Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E | Vertrieb: ASH Krebsmühle 6370 Oberursel 5 | Nr. 24 Jahrgang 3 | September '86 | 3.00 DM

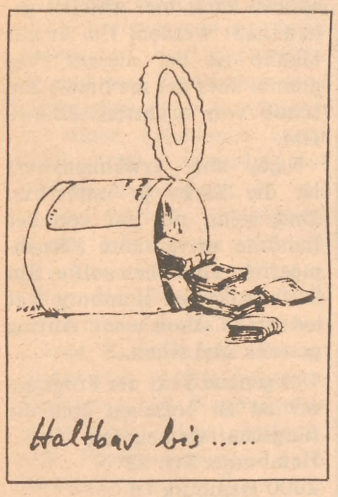
Selbstverwaltung im linken Buchhandel

Red. Heidelberg Zu diesem Thema tagte eine Woche lang eine Arbeitsgruppe auf dem diesjährigen Sommerseminar des „Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie" (TAK AÖ) der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK). Ausgangspunkt war die Überlegung, daß der „Verband des linken Buchhandels" (VLB) als solcher und in seinen Reihen die längste Tradition praktizierter (oder eben nicht-praktizierter) „Neuer Selbstverwaltung" besitzt. So bestehen einige linke Buchhandelsprojekte seit 20 Jahren und haben somit das ganze Auf und Ab der Entwicklung der neuen Selbstverwaltung miterlebt, mitgeprägt und in verschiedenen Formen verarbeitet. Es gibt hier Erfahrungen z.B. in Bezug auf Vernetzung, die für die aktuelle Diskussion und Standortbestimmung alternativer Ökonomie interessant sein dürften.

Der Beitrag zu unserem Schwerpunktthema auf Seite 3 stellt eine überarbeitete Fassung der wichtigsten Ergebnisse der Arbeitsgruppe auf dem Sommerseminar dar. Der dort intensiv diskutierte Bereich „Konflikte in selbstverwalteten Betrieben" wird dabei ausgeklammert, da er in einer der nächsten CONTRASTE ausführlicher behandelt werden soll.

Nach dem ersten Teil der Geschichte der Selbstverwaltung, der in der Oktober-CONTRASTE fortgesetzt wird, beschäftigt sich Elmar Sing mit der Gegenwart der Selbstverwaltung anhand einer Ana*lyse der Konfliktgeschichte des Buchladens „Schwarze* Geiß" in Konstanz und fordert schließlich die „Re-*Projektierung der Projekte*" auf Seite 4.

Im dritten Teil werden zehn Thesen zur „Zukunft des linken Buchhandels" vorgestellt, die von der Arbeitsgruppe während des Sommerseminares entwickelt wurden. Seite 5



Berichtigung

In dem Beitrag „Teilen oder Beteiligen' (CONTRASTE 22/23) über das saarländische Modell einer Beteiligungsgesellschaft ist dem Setzer ein Fehler unterlaufen. Der letzte Satz des Beitrages lautet richtig: „Statt einer Kapital-Beteiligungsgesellschaft konnten wir ja immer noch gründen, worüber wir bisher nur gefrotzelt haben: die Kapital-Beleidigungsgesellschaft, mit beschränkter Haftung, versteht sich."

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wirtschaft von unten ~ohne Frauen?

Red. Ffm. *Starke Frauen bekommen Schwierigkeiten in der alternativen Bewegung — bei der taz bis zu den Grünen. Eigenschaften, die Frauen weiterbringen könnten, werden intern abgewertet. „Stark sein", sagt eine, „heißt der eigenen Geschichte treu bleiben, egal ob man dafür Lob oder Dresche kriegt."*

Gegenwärtig scheint es mehr Dresche zu geben, als herrsche das Motto: „Starke Frauen — Nein danke!" Ein Beitrag von Sibylle Plogstedt auf Seite 7

Unter dem Titel „Wirtschaft von unten — ohne Frauen?" soll im November '86 ein Seminar stattfinden. Jutta Gelbrich stellt das Seminarkonzept vor.
Auf der Ökobankvereins-Seite 9

Alternativen in der Arbeit mit geistig Behinderten

Radikale Institutionskritik übte Gerhard Kern in seinem Referat bei einer Tagung mit „Behinderten und Nichtbehinderten". Ein Tagungsbericht
auf Seite 2

Vom Elend der deutschen Konsevativen

Als die Junggenossen von der ÖkobankAnfang Juli bei gepflegten Rauchwaren und starkem Kaffee von den Altgenossen des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken empfangen wurden, hatte sich die eine Seite schon festgelegt.

Nach einer guten Stunde genossenschaftlichen Smalltalks stand fest Der BVR will die Ökobank nicht in den Einlagensicherungsfond aufnehmen. Begründung: Das Risiko sei unkalkulierbar, die Bonität der zukünftigen Kundschaft sei nicht gegeben.
Ökobankvereins-Seite 8

Spanische Arbeiterbank will Ökobank unterstützen

Zwischen der baskischen „Caja Laboral Popular' in Mondragon und der Ökobank wurde auf einem ersten Treffen die langfristige Kooperation beider Einrichtungen anvisiert.
Ökobankvereins-Seite 9

Neues in Sachen Vernetzung

Die Gedanken sind nicht neu. Vernetzung, gemeinsames wirtschaftliches Handeln hilft allen, die sich daran beteiligen. In der Krebsmühle trafen sich jetzt einige Kollektive, um einen ernsthaften Versuch zur Vernetzung zu unternehmen. Beschlossen wurde ein neuer Ansatz für gemeinsames Marketing und eine gemeinsame Kontaktadresse unter der Bezeichnung „Forum Selbstverwaltung"
Bericht auf Seite 6

Eine außerparlamentarische Koalition von unten

Die Netzwerklandschaft verändert sich. Auf dem vergangenen Düsseldorfer Bundestreffen gab es sie auf einmal, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke in Gründung. Ein Bericht von Kurt Regenauer
auf Seite 10

Die Mühen der Berge und Ebenen

Red. Heidelberg *Nachdem lange Zeit der irreführende Eindruck entstanden war, alternative Ökonomie sei eine Art Hobby für eine kleine Minderheit, die auch noch als eine von „Aussteigern" bezeichnet wurde, hat sich hierin in den Achtzigerjahren ein grundlegender Wandel ergeben. Allenthalben, von der Europäischen Gemeinschaft bis zu Landesregierungen und Kommunalverwaltungen, ist von „lokalen Beschäftigungsinitiativen", „zweiter Arbeitsmarkt", „Selbsthilfeförderung", „Regionalförderung strukturschwacher Gebiete", also von Aspekten der Alternativen Ökonomie die Rede.*

Rechtzeitig zur Frankfurter Buchmesse erscheinen zwei Bände zu den „Grundlegungen der Alternativen Ökonomie". Auf den Seiten 12 und 13 veröffentlichen wir als Vorabdruck die „Notate zu den Mühen der Berge" des Herausgebers Rolf Schwendter.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Jetzt ganz offiziell — Kanzlerkandidat. Genosse Bruder Johannes bei der ‚großen nationalen Kraftanstrengung" der SPD in Nürnberg.

Die Bayern kommen!

Red. Nürnberg
Bereits auf ihrem Rosenheimer Landestreffen im April waren die bayerischen Netzwerke, beeindruckt von den Berliner Thesen zu einer Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke und bedrängt vom emsigen Netzwerk Landsberg, übereingekommen, verbindlichere Zusammenhänge zu suchen. Das Ergebnis ist vorerst eine Postadresse

Netzwerke Bayern
Kistlerstr. 1
8000 München 90

und dabei überhaupt keine Organisationshuberei. Gefunden wurde das neue Domizil nämlich in der Absicht, Debatten über Selbstverwaltungs- und Netzwerkpolitik aufzunehmen und im Rahmen eines wohlvorbereiteten Treffens in Nürnberg.

Und das geht nun alle CONTRASTE-Leser etwas an: Der ursprünglich gefasste Plan, ein eigenes Landesinfoblättchen herauszubringen, wurde dort nach Vorlage einer Rohfassung verworfen. Vielmehr wurden die CONTRASTE-Redaktionen gebeten, ihrer staunenden Leserschaft künftig Einblick in solche Skripte zu verschaffen.

Eigentlich wurde damit ja schon angefangen: Selbsthilfe in Abgrenzung zu einer Selbstverwaltung von Armut (CONTRASTE 23/24 1986, Seite 13), aber auch Monikas Bemerkungen zum ABM-Unwesen, speziell im öffentlich finanzierten Beratungsgeschäft oder die Wutausbrüche von Hans über den langsamen Gang der Basisdemokratie auf ihrem Weg zu arbeitsfähigen Strukturen (in dieser Ausgabe auf Seite 11), all das hat uns auf den vergangenen Landestreffen der Netzwerke bewegt — Weiteres soll folgen. Die Bayern spitzen ihre Federn.

Einen Aufschwung der bislang eher niedrigen Abonnentenzahlen in Bayern erhofft die Contraste-Redaktion sich jedoch nicht nur hierdurch und hospitiert daher als zweite bayerische Adresse (neben der AG SPAK, München) künftig beim Netzwerk Franken in Nürnberg.

Frauen-Adressbuch

Red. Heidelberg Das Projekt „Frauen, Arbeit und Zukunft e.V." möchte ein Adreßbuch von Projekten, Initiativen, Läden etc. zusammenstellen (evtl. begrenzt auf NRW), in denen Frauen sich Arbeitsplätze geschaffen haben (inbesondere auch kunsthandwerklich arbeitende!).

Die entsprechenden Frauen, die Interesse an einer Veröffentlichung ihrer Adresse haben, möchten bitte an den Verein schreiben – evtl. eine Selbstdarstellung und ob sie Interesse an der Arbeit des Vereines (Vernetzung der Frauenprojekte in NRW, inhaltliche Auseinandersetzung mit „Arbeit", sammeln von Finanzierungsideen, Veröffentlichung von Arbeitsergebnissen etc.) haben.

Näheres über:
Frauen, Arbeit und Zukunft e.V.
Postfach 278
4600 Dortmund
Tel. (0231) 83 60 54

Nürnberger Alternativtopf

Red. Heidelberg Landauf landab ist das Nürnberger Modell „Alternativtopf" wegen seiner Vergabebedingungen im Gespräch gewesen. Beschlußvorlagen für Kulturausschuß und/oder Stadtrat kommen von einem durch Projektevertreter majorisierten Beirat mit „äußerst interessierten und wohlwollenden Unabhängigen". Die zweite halbe Million steht mittlerweile zur Verteilung an. Trotz Bildung eines (derzeit) mit 7:2 weiblich dominierten Beirats für diesen kommunalen Fonds waren schon in der Gründungsphase die feministischen Projekte ausgezogen. Damals bildete sich paralell zum Projekteverbund ein Frauenplenum, das bislang jährlich ein Drittel der „Knete" autonom verteilen konnte. Mit Unterstützung aller Projekte fanden in diesem Haushaltsjahr in der „zweiten Runde" des Topfes einige wenige Initiativen den Weg zur eigenen Haushaltsstelle – was eine Förderung wie im Regelfall (außerhalb des Topfvolumens) bedeutet.

Auch hier waren feministische Frauen vornan und konnten „ihr" Topfdrittel gleich um 70.000 DM entlasten. In einigen, wenigen Fällen war dem Projekteplenum auch eine (geringe) Förderung gegen ihr ursprüngliches Votum recht, weil politische Vorteile für andere (wacklige) Anträge erhofft wurden. Drei Projekte wurden bislang definitiv abgelehnt oder solange vertagt, bis sie aufgaben. Die SPD wollte in keinem Fall mitziehen und der Stadtrat sagte „No". Nur ein Projekt, die Indianerkommune, wurde bislang vom Beirat abgelehnt – einige Projekte spendeten ihr daraufhin „Kohle". Die „Indianer" waren trotzdem sauer, weil die Projektevollversammlung zuvor mehrheitlich zu einem weitaus höheren „Spendenziel" aufgerufen hatte. Erboste „Indianer" sprengten daher im Herbst solange die Vollversammlungen, bis sie aus dem Projekteverbund ausgeschlossen wurden. Aber auch ohne solche Krawalle wurden ermüdende Diskussionen zur vernetzenden Solidarität untereinander für so manches Projekt fast zur Last. Das zeigte zuletzt die Diskussion um die Zeitung Fraz, deren jähes Ende mögliche „Erben" zu Problemkindern des Projekteverbundes machte. Trotzdem trafen sich die Projekte unlängst zum inhaltlichen Erfahrungsaustausch.

Seit kurzem liegt eine Dokumentation über den „Alternativtopf" vor, deren Inhalt wir kurz vorstellen:

- **Wie alles anfing...**
  Ein kurzer geschichtlicher Abriß über die Staatsknetediskussion
- **Der „Alternativtopf" und die Frauen**
  Zum Verhältnis zwischen Frauen- und anderen Projekten
- **Der „Alternativtopf" und die Indianerkommune**
  Über den Krach mit der Indianerkommune
- **Selbsthilfe und Staatsknete**
  Ein kurzer Überblick über die Geschichte der Alternativbewegung und über die aktuelle „Staatsknete" Diskussion – gekürzte Wiedergabe eines Referates von Christian Wendt (Nürnberg, April 1986)
- **Interviews mit Vertretern von Stadtratsfraktionen**
- **Der „Alternativtopf" vor seinem dritten Jahr**
  Ein Resumeé
- **Vergabemodell, Kriterienkatalog, Geschäftsordnung des Verbundes, Bestimmungen für den Beirat**
- **Selbstdarstellungen geförderter Projekte**
- **Erfahrungsberichte und Pressespiegel**

Die Dokumentation kann bezogen werden über:
Netzwerk Franken
Hochstr. 23
8500 Nürnberg 80

Im September 1986 erscheint eine eigene **Broschüre der Frauenprojekte** im Verbund autonomer Frauenprojekte in Nürnberg.
Zu beziehen über:
Frauenbuchladen
Innerer Kleinreuther Weg 28
8500 Nürnberg
Tel. (0911) 35 24 03

Alternativen in der Arbeit mit geistig Behinderten

Red. Heidelberg Natürlich ist der Titel falsch und müßte lauten: „ALTERNATIVEN FÜR GEISTIG BEHINDERTE". Doch das fiel uns, den Veranstaltern dieser mit der AG SPAK inzernierten Tagung erst hinterher auf. Arbeit mit geistig Behinderten vermittelt den Eindruck: da gibt es einerseits den oder die geistig Behinderten als das zu bearbeitende Material und andererseits die Sozialarbeiter oder Therapeuten, welche das Material bearbeiten. Sorry, so nicht!

Wir, die wir mit dem HERRSCHENDEN Bewußtsein infiziert sind, müssen lernen auch in der Sprache die Unterdrückung und Ausgrenzung von Andersseiendem zu erkennen.

Eine ganze Woche stand den Teilnehmern, „Behinderte und Nichtbehinderte" zur Verfügung, ein Thema zu beleuchten, welches bei der heutigen Überversorgung an Betreuung gerade in diesem Bereich des ausgegrenzten Lebens zu kurz kommt. Die, die es besonders schwer haben oder auch andersherum, denen es besonders schwer gemacht wird, ihre Bedürfnisse zu artikulieren, kommen bei einer Selbstbestimmung überall zu kurz und erfahren zu allem Überfluß Repressionen auf vielen Lebensgebieten.

Fragen, die andiskutiert wurden, wie z.B.: „Was ist Repression in der Arbeit mit geistig Behinderten? Gibt es Verhaltensweisen, Organisationsformen, die nicht repressiv sind? Woran erkennt mensch, daß sich jemand unterdrückt fühlt? Was ist an der „demokratischen Mitbestimmung" realistisch, die in vielen großen Institutionen eingerichtet wurde? Wessen Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechen solche bürgerlich-demokratischen Spielregeln? Wessen Bedürfnisse werden in Institutionen, die mit Behinderten zu tun haben, in erster Linie Rechnung getragen?" lassen die Komplexität und Übertragbarkeit auf das allgemeine Leben er-ahnen.

Neben der inhaltlichen Arbeit gab es Gelegenheiten auser der LiD zwei weitere Behinderteneinrichtungen, auf ihr Alternativsein abzuklopfen: das „Haus am Geisberg" im Westerwald, als Einrichtung für Langzeitpatienten aus Landeskrankenhäusern und die anthroposophische Lebens- und Arbeitsgemeinschaft „Haus Sonne" im Saarland.

Es zog sich ein schwarz/roter Faden durch die Seminarwoche. Zum einen übte Gerhard Kern in seinem Referat radikale Institutionskritik und wies auf den anti-pädagogischen Aspekt hin, als Voraussetzung für einen herrschaftsfreien Umgang der Menschen untereinander. Das werde in der LiD zumindest versucht. Zum anderen referierte Jörg Staiber Maud Mannonis psychoanalytischen Ansatz, die in ihren „Orten des Lebens" (Frankreich) erleben läßt, daß oftmals nur Orts- und Personenveränderung die sogenannte „Behinderung" fast völlig zurücktreten läßt und manche „Behinderung" durch Umwelt und Personen erst gemacht wird. Wie sich die Versicherungsvorschriften auf mündige und unmündige Bürger auswirken, erläuterte Heinz-Peter Wilhelm, der vom Union-Versicherungsdienst kam. Schließlich ging Alfred Schaub in seinen Ausführungen dazu über, den zwingenden ökonomischen Aspekt im institutionalisierten Leben mit Behinderten am Beispiel des Arbeitsbereiches Landwirtschaft in der LID darzustellen.

Es war dies die dritte Tagung im Rahmen der AG SPAK zu diesem Thema und es besteht das Interesse, überregional an den Fragestellungen weiterzuarbeiten. Außerdem ist der Wunsch geäußert, daß möglichst viele Personen aus ähnlichen Lebensbereichen sich unserer Initiative anschließen. Da wir uns nicht abgrenzen wollen, wäre es erfreulich, wenn auch Leute aus anderen „Disziplinen" sich anschließen. Letztlich geht es um Kooperation der verschiedenen „linken" Initiativen zum Thema Solidarität.
Nach dem Motto: „ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen" laden wir Interessierte zur Mitarbeit ein.

Anfragen an: AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90 oder Lebensgemeinschaft im Dhrontal e.V., Dörrwiese 4, 5552 Morbach

Biogasprojekt

Biogasprojekt der BTA in München geht in die Versuchsphase

Red. Heidelberg **Das Vorhaben, eine Versuchs- und Demonstrationsanlage zur Biogasgewinnung aus Naßmüll über die Aufnahme von Gesellschaftern in die BTA GmbH & Co zu finanzieren, steht vor ihrem erfolgreichen Abschluß. inzwischen sind über 2,1 Mio DM an Einlagen gezeichnet worden. Seit März dieses Jahres wird die Demonstrationsanlage aufgebaut. Über den Beginn des Vorhabens wurde in CONTRASTE Juni '85 bereits berichtet.**

Die Münchner Gruppe von Ingenieuren, Wissenschaftlern und jetzt auch Kaufleuten arbeitet seit langem an einem leistungsfähigen Verfahren der Biogasgewinnung aus Naßmüll der getrennten Müllsammlung. Das Verfahren liefert einen Beitrag zur Beseitigung und Verwertung eines Teils des Müllberges. Bevor jedoch das Verfahren an Kommunen oder Kreise verkauft werden kann, ist es erforderlich, in einer Demonstrationsanlage die Leistungsfähigkeit des Verfahrens nachzuweisen.

Die dazu erforderlichen Gelder in Höhe von 3,8 Mio DM müssen selbst aufgebracht werden, öffentliche Fördermittel können allerhöchstens einen Restbetrag abdecken und die Finanzierung über Kredite scheidet aus. Um die Finanzierung und den Vertrieb sicherzustellen, wurde die BTA GmbH & Co KG gegründet. Das Know-how zum Aufbau der Anlage liefert die REA GmbH, die nicht nur in München als ein selbstverwalteter Betrieb bereits als Anbieter von Heizungen, Solaranlagen und Energieberatung bekannt ist.

Seit Mai letzten Jahres ermöglicht die BTA interessierten Personen eine Beteiligung. Einlagen sind ab 5.000.– DM möglich und bieten neben steuerlichen Vorteilen, Mitbestimmungsmöglichkeiten und Ertragsaussichten.

Die Halle mit anschließendem Labortrakt steht bereits, in Kürze werden die ersten Anlagenteile installiert. Auf der ersten Gesellschafterversammlung mit über 80 Gesellschaftern konnte die BTA einen Geschäftsbericht vorlegen, der zeigt, daß die tatsächlichen Ausgaben unter den geplanten Ausgaben lagen.

Eine Beteiligung ist heute noch möglich, Auskünfte sind zu erhalten über:
BTA Biotechnische Abfallverwertung GmbH & Co KG
Holzstr. 2
8000 München 5
Tel. (089) 26 53 60

HAMBURG

Neue Förderprogramme

Die Hamburger Verwaltung hat sich zwei kleine neue **Förderprogramme** ausgedacht, um den (Medien-) Standort Hamburg gegen den Süden der Republik zu stärken.

Zum einen handelt es sich um das **Programm Medien- und Kommunikationstechnik**, nach dem mittelständische Unternehmen, die im Bereich der neuen Medien investieren wollen, mit einem Zuschuß von maximal 400.000 DM angelockt werden sollen. Unter Umständen werden sogar die Umzugskosten in den Norden übernommen. Voraussetzung ist, daß es sich um einen unabhängigen mittelständischen Betrieb handelt und er seine Investition über eine Bank oder Sparkasse kreditiert bekommt. Dies spart der Behörde die aufwendige Überprüfung des Antragstellers. Betriebsmittel, Warenlager usw. werden nicht finanziert. ERP-Darlehen sind vorrangig zu beantragen, sofern diese nicht unter einer Kreditsumme von 20.000 DM liegen würden.

Interessanter für selbstverwaltete Betriebe ist sicher das **Sonderprogramm kleine Buchverlage**. Hier gelten ähnliche Beschränkungen wie bei dem anderen Programm. Unterstützt werden hier aber auch andere Kosten, wie z.B. der Erwerb von Buchrechten, Vorfinanzierungskosten für Produktionen oder Vertrieb. Auch die Bankfinanzierungsklausel kann hier weicher gehandhabt werden. Ein dickes Manko ist bei diesem Programm aber der maximale Zuschuß von höchstens 50.000 DM.

Naja, aber erwähnenswert ist die Sache ja immerhin. Und wenn nur der von der Behörde so verhaßte Mitnahmeeffekt entstehen sollte. Ein Buchverlag in Hamburg hat jedenfalls schon einen Antrag gestellt. Mal sehen...

Der genaue Text der Programme ist zu beziehen über die Bürgschaftsgemeinden
Hamburger Str. 23
2000 Hamburg 76
Dort sind auch Anträge zu stellen.

Foto: Jürgen Baldiga

Geschichte der Selbstverwaltung im linken Buchhandel

Der linke Buchhandel in der BRD ist ein Kind der 60er Jahre, an deren Ende verschiedene Entwicklungsstränge der Außerparlamentarischen Opposition (APO) zusammenlaufen und den „Verband des linken Buchhandels" konstituieren. Als wichtigste historische Quellen erscheinen hierbei:

- die Entstehung des SDS-Verlages „Neue Kritik" als erstes selbstverwaltetes Buchhandelsprojekt,
- die Politisierung und Kollektivierungsversuche bestehender Verlage und
- die Produktion und Distribution von „Raubdrukken" zur Reproduktionssicherung.

SDS und „Neue Kritik"

Ende 1959 erscheint die letzte Ausgabe der „Standpunkte", dem Theorieorgan des „Sozialistischen Studentenbundes" (SDS) da die SPD ihrer bereits in Ungnade gefallenen Studentenorganisation die dazu notwendigen finanziellen Mittel streicht (1). Der Bundesvorstand des SDS antwortet im März 1960 mit der Herausgabe der SPD-unabhängigen Zeitschrift „Neue Kritik", die sich durch den Verkauf an und durch Mitglieder selbst finanziert.

Mit dem Beginn der Studentenbewegung erscheint 1965 auch das erste Buch in einer Auflage von 300 Exemplaren Rosa Luxemburg, „Die Akkumulation des Kapitals", das mit der „Neuen Kritik ' zusammen an die jeweiligen Universitätsgruppen vertrieben wird. Der schnelle Umschlag der ersten Auflage, – die übrigens von einem Genossen auf der Druckmaschine und dem Papier einer amerikanischen Protestantensekte in seiner Arbeitszeit hergestellt wurde –, veranlaßt den SDS-Bundesvorstand, die „Neue Kritik" als eigenen Verlag mit eigener DIN A4-Druckmaschine zu gründen.

Bei der juristischen Konstruktion des SDS-Verlages „Neue Kritik" in Frankfurt finden die dortige politische Diskussion als Kapitalismuskritik (z.B. Eigentumsfrage) und Sozialismuskritik (z.B. Räteproblematik) ihren Niederschlag im sogenannten „NK-Modell":

„Das NK-Modell, das den Eigentümer entmachtet, keiner politischen Fraktion einen Eingriff von außen ermöglicht (was möglicherweise viele der später mit dem KBW liierten Projekte sowohl vor der politischen Bevormundung als auch ihrer späteren Liquidation bewahrt hätte), die persönliche Haftung ausschließt und bei Kollektivkrächen verhindert, daß Leute, die rausgehen, ihren Anteil mitnehmen und somit das Projekt möglicherweise ruinieren, ist zum Musterbeispiel für die meisten Projekte des linken Buchhandels und später auch der Alternativbetriebe geworden. In den Fällen, in denen z.B. eine Person Eigentümer blieb, waren dann auch die Konflikte vorprogrammiert: Das bekannteste ist der Wagenbach-Konflikt." (2)

Kollektivierung und Kollektive

Klaus Wagenbach gründet 1964 den gleichnamigen Verlag als Einzelfirma und entschließt sich nach dem Berliner Vietnam-Kongreß 1968 und der daraus resultierenden Gründung des „Internationalen Forschungsinstituts" (INFI) den Wagenbachverlag zu erweitern: als Buchserie des INFI werden die „Rotbücher" geplant und Wolfgang Dreßen tritt als Delegierter in den Verlag ein (3).

1969 kommt es dann zur vielbeachteten Kollektivierung des damals größten unabhängigen linken Verlags, die schließlich 1971 zur Gründung einer GmbH führt. Doch bereits 1973 eskalieren die inhaltlichen Differenzen zum öffentlichen Eklat: Die Kollektivmehrheit trennt sich von der Minderheit um Klaus Wagenbach und arbeitet als Rotbuch-Verlag weiter. Parallel zur Kollektivierung des Wagenbachverlages kommt es in Berlin zur Politisierung des links - gewerkschaftlichen „Jungbuchhändlerkellers", aus dessen Mitte beispielsweise der neugegründete MerveVerlag einen weiteren Mitarbeiter gewinnt. Anfänglich in enger räumlicher Allianz mit dem Basis-Verlag versteht sich der Merve-Verlag als subkulturelles Projekt ehemaliger oder Noch-Student/inn/en:

„1. Die Organisation des Unternehmens als subkulturelles Projekt. Und das heißt: als Experiment im Gegensatz ebenso zu kapitalistischen, etablierten und auf Profitschaffung basierenden Betrieben wie zu parteimäßigen linken politischen Organisationen;
2. Die Bestimmung des Unternehmens in all seinen Gliedern als politisches, das heißt: als Praxis kollektiver Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in kritischer Ablehnung dogmatischer linker Politiktheorien und -praktiken von seiten der Parteiorganisationen einerseits, unmittelbarkeitsideologischer Handwerkelei der Neuen Linken in Stadtteil und Betriebsgruppen andererseits." (4)

Aber auch in anderen Universitätsstädten kommt es ab 1967 zu Verlagsgründungen. So entsteht z.B. in München der internationalistisch ausgerichtete Trikont (= „Tri-Kontinent") Verlag, der mit dem Monopolvertrieb der Mao-Bibel die gesamte Verlagsproduktion von 1967 / 68 finanziert, und dem Pamphlet-Verlag, in dem u.a. das APO-Adressbuch erscheint. Eine einfache Auszählung dieses von Rolf Schwendter herausgegebenen Verzeichnisses (5) weist ca. 40 Verlage (inklusive Suhrkamp, Rowohlt und Luchterhand) gegenüber nur ca. 20 Buchläden aus, die zu dieser Zeit noch nicht die zentrale Rolle spielen.

Gebrauchswert: Raubdrucke als Selbsthilfe

Vielmehr sind es in dieser Zeit noch die „fliegenden Mensatische", also Büchertische in den Universitäten, die die Lesewut der Studentenbewegung zu stillen versuchen:

„Zum einen entsprach das Selbst - in - die - Handnehmen auch der materiellen Seite intellektueller Produktion, also des Drucks, des Verlegens, Vertreibens und Verkaufens von Literatur der allgemeinen Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel (...)

Das unter die Leute bringen von Theorie, das Vertreiben von kritischer Literatur bekam so einen wichtigen Stellenwert im Rahmen der revolutionären Strategie. Das Theoriebedürfnis explodierte förmlich (...)

Doch die Texte waren im bürgerlichen Buchhandel größtenteils nicht zu erwerben. 35 Jahre Antikommunismus hatten Tabula Rasa gemacht. Erst war es noch Selbsthilfe, daß man die Texte auf Handabzugsmaschinen als Papers vervielfältigte. Dann stiegen die Auflagen, die Drucktechnik verbesserte sich, die Papers wurden nicht mehr im Seminar verteilt, sondern ganze Büchertische hielten in den Mensen die 'Raubdrucke' feil." (6)

Die Gebrauchswertorientierung der Raubdrucke ist in dieser Phase eine doppelte: einerseits wird so z.B. das unzensierte Frühwerk von Wilhelm Reich bewußt gegen die tendeziöse Ausgabe des Kiepenheuer & Witsch-Verlages veröffentlicht, der sofort die Justiz bemüht, und andererseits dienen die Erlöse dem Aufbau einer Gegenökonomie. Insbesondere Kommunen wie die „K 1" (7) oder die Linkeck-Kommune (8) sichern sich ihre Reproduktionsbasis über die Herstellung von Raubdrucken, eigene Zeitschriften und den Vertrieb ausgewählter offiziöser Literatur. Nach der Auflösung der Linkeck-Kommune im Sommer 1969 geht aus der Konkursmasse im Jahr 1970 der anarchistische Karin-Kramer-Verlag hervor.

Selbst der SDS-Verlag „Neue Kritik" schafft sich 1969 die Vertriebsgesellschaft „AGIT", um die eigenen halblegalen Reprints zu vertreiben. Wobei der Verlag diese Nachdrucke linker Klassiker letztlich durch seine 1967er Knüller „Kleines Rotes Schülerbuch", Claessons „Sexualinformation für Jugendliche" und Mandels „Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie" (inzwischen über 100.000 Auflage) finanziert.

Tauschwert: Raubdrucke als Testmarkt

Doch schon bald werfen die großen Verlage preiswerte Taschenbuchausgaben „linker Literatur" auf den hauptsächlich von den Raubdrukkern erschlossenen Markt: z.B. Luchterhand-Typoskripte, Sammlung Luchterhand, Basis-Bücher der Europäischen Verlagsanstalt, Taschenbuch-Editionen bei Suhrkamp und Rowohlt.

Die Attraktivität dieser Taschenbuchreihen erhöht sich sehr schnell durch das Verlegen einiger Autoren aus den Reihen der Studentenbewegung. So wechselt beispielsweise Dutschke 1968 von der Oberbaumpresse zum Rowohlt-Verlag, der prompt darauf aufmerksam macht, daß damit sämtliche Verlagsrechte an allen Arbeiten und Texten Rudi Dutschkes erworben worden seien. Auch Dany Cohn-Bendit bastelt zusammen mit seinem Bruder innerhalb von 6 Wochen in einem von Rowohlt angemieteten Appartment eines bayrischen Hotels für ca. 100.000.– DM Honorar das Buch „Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit Kommunismus" zusammen. Wobei sich F J. Raddatz als Herausgeber der Reihe „rororo aktuell" nicht enblödet auf der letzten Seite kokett festzustellen: „Daniel Cohn-Bendit konnte wegen seiner Festnahme am 22. September 1968 in Frankfurt a.M. im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den senegalesischen Staatspräsidenten Léopold Sédar Senghor die Fahnen des Buches vor Drucklegung nicht mehr Korrektur lesen." (9)

Die so als „Polizeimesse" bekanntgewordene Buchmesse 1968 wird erstmalig mit einer „Gegenbuchmesse" konfrontiert, die von der Ça ira-Presse initiiert wird. Hier schließen sich eine Anzahl von Autoren, Buchhandels- und Verlagsangestellten im Rückgriff auf die bekannte Formulierung Walter Benjamins zur Gruppe der „Literaturproduzenten" zusammen (10). Es kommt zu einer Negativ-Koalition von Autoren, die nicht bei Springer publizieren wollen und zur Eigenvergesellschaftung des Theater-Verlages der Autoren. Hier setzt auch die Kritik am „Buch als Ware" und dem „Linksgeschäftemachertum" der bürgerlichen Verlage und ihrer Kollaborateure ein.

Buchläden, Vertriebe und Konflikte

Nach der Buchmesse 1968 entwickelt sich Frankfurt zu einem Zentrum des linken Buchhandels: Dem ehemaligen „SDS-Außenminister" und SDS-Bundesvorstandsmitglied K.D. Wolff wird 1970 beim März-Verlag gekündigt, weil die Konstitution eines Betriebsrates verhindert wurde. Daraufhin versucht K.D. zusammen mit Genossen aus dem Black-Panther - Solidaritätskomitee im Verlag Neue Kritik eine eigene Reihe „Roter Stern" herauszubringen, was jedoch abgelehnt wird. Stattdessen wird einer der Gruppe bei der Vertriebsgesellschaft AGIT eingestellt.

Von hier aus hilft der „Rote Stern" beim Aufbau der Buchläden in Marburg, Mainz und Bochum. Aber der intensive persönliche Zusammenhang läßt sich auf Dauer nicht aufrechterhalten. Die enge Kooperation scheitert und der eigenständige Verlag „Roter Stern" entsteht (11).

Gleichzeitig gründet der Verlag Neue Kritik 1970 in Frankfurt die „Karl-Marx-Buchhandlung" als Konkurrenzgründung zum Libresso-Buchladen, der sich immer stärker dem dogmatischen Marxismus-Leninismus maoistischer Prägung zuwendet. Nur so glaubt der Verlag sicherstellen zu können, daß die eigenen Bücher in Frankfurt auch gekauft werden können. Dazu kommt 1971 als drittes Tochterunternehmen die „Sozialistische Verlagsauslieferung" (SOVA), die sich neben der AGIT um den Vertrieb der legalen Bücher der Neuen Kritik und anderer linker Verlage wie beispielsweise Roter Stern sorgen soll:

„Aber es kam wie es kommen mußte: die Tochterunternehmen rebellierten gegen die Zentrale. Die Proleten des Konzerns, die Packer der SOVA sahen die Trennung zwischen Kopfarbeit (Verlag) und Handarbeit (SOVA) nicht mehr ein und probten den Aufstand. Auf einer Versammlung aller im Konzern arbeitenden Menschen wurde die revoltierende Arbeiterklasse per Mehrheitsbeschluß entlassen. Kurze Zeit danach muckten die Intellektuellen in der Karl-Marx-Buchhandlung auf. Jetzt wurden wochenlange, erbitterte Debatten geführt. Eine Konsequenz der Auseinandersetzung war, daß alle NK-Betriebe ihre Unabhängigkeit von der Muttergesellschaft auch juristisch zugesichert wurde." (12) Doch der Diskussionszusammenhang bleibt und Neue Kritik, Karl - Marx - Buchhandlung, SOVA und AGIT formulieren z.B. gemeinsam im Oktober 1971 „Anmerkungen zur Situation Revolutionärer Literaturproduktion", in denen sie den gerade ins Leben gerufenen „Verband des linken Buchhandels" (VLB) kritisieren. (13)

Elmar Sing

Fortsetzung in CONTRASTE 25/86

Anmerkungen:

1) 1961 wird dem SDS die offizielle Anerkennung als sozialdemokratische Studentenorganisation entzogen. Vgl. den hier zugrundeliegenden Artikel von Karl Piberhofer, Zwischen Revolution und Hysterie – 20 Jahre Verlag „Neue Kritik". In: Pflasterstrand 220, 1985; S. 38-43.
2) Karl Piberhofer, Zwischen Revolution und Hysterie; S. 39.
3) Vgl. Klaus Wagenbach, Das Individuum als Kollektiv, und umgekehrt. In: Freibeuter 10, 1981 S. 59-73.
4) Merve Lowien, Weibliche Produktivkraft – Gibt es eine andere Ökonomie? Erfahrungen in einem linken Projekt. Merve (IMD 65) 1977, S. 7
5) Rolf Schwendter (Hg.), APO-Adressbuch 69/70. Pamphlet 1969/70.
6) Heinz-Peter Weiss, Der Öffentlichkeitsbegriff der Neuen Linken und seine praktische Umsetzung und historische Entwicklung am Beispiel des linken Buchhandels bzw. der Karl-Marx-Buchhandlung. Unveröffentlichtes Manuskript 1980, o.S.
7) Bommi Baumann, Wie alles anfing. Trikont 1976, S. 22. Vgl. auch Rainer Langhans/ Fritz Teufel, Klau mich. Trikont 1977 (ehemals edition Voltaire 1968)
8) Günter Bartsch, Anarchismus in Deutschland. Band II: 1965 bis 1973. Fackelträger 1973, S. 106.
9) Gabriel und Daniel Cohn-Bendit, Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus. Rowohlt 1968.
10) Thomas Daum, Die zweite Kultur. Gutenberg-Syndrom 2, New Lit 1981, S. 62.
11) Karl Piberhofer, Kim Il Sung, Hölderlin, Goethe – Stationen eines Verlages. In: Pflasterstrand 220, 1985, S. 45. Vgl. auch K.D. Wolff (Hg.), 15 Jahre – Almanach aufs Jahr 1986. Roter Stern/ Stroemfeld 1985.
12) Karl Piberhofer, Zwischen Revolution und Hysterie; S. 40.
13) Abgedruckt in: Seminar-Reader „Selbstverwaltung am Beispiel des linken Buchhandels '. Roter Stern/Marburg 1986.

Gegenwart der Selbstverwaltung

oder

Über die Notwendigkeit der Re-Projektierung der Projekte

Dieser Text entstand ursprünglich aus meiner Analyse der Konfliktgeschichte des Buchladens „Zur schwarzen Geiß" in Konstanz und wurde als solche in den Seminarreader des TAK AÖ zur Vorbereitung des Sommerseminares 1986 aufgenommen. Doch die Diskussionen auf dem Sommerseminar haben gezeigt, das viele Projektvertreter/innen (auch über den Buchhandel hinaus) darin einige ihrer aktuellen Kollektiv-Probleme erklärt fanden.

Die Forderung nach einer „Re-Projektierung" orientiert sich übrigens stark an dem Entwurfspapier „Gruppe 2000" von Rolf Schwendter (1).

Projektion

Die bisherigen Untersuchungen der Alternativ-Projekte ließen deren Projektcharakter weitgehend außer acht und versuchten über eine Analyse des Attributes „alternativ" dem innovativen Moment dieser Einrichtungen auf die Spur zu kommen.

Derweil stellen sich die meisten von ihnen noch heute als Pseudoprojekte dar, denen es an den elementarsten Merkmalen eines Projektes mangelt: z.B. Projekt-Ziel, Zeitperspektive, Durchführungsplanung u.ä. Die Selbstbeschränkung und -etikettierung auf „alternative (selbstverwaltete) Betriebe" ist deshalb adäquat, sofern nicht eine neue politische „Projektierung" beabsichtigt ist.

Dieser Pseudo-Projektcharakter entsteht bereits in der Projektionsphase, in der sich verschiedene Leute auf das Projekt als Konglomerat unterschiedlicher Interessen, nicht-/eingestandener Wünsche und un-/bekannter Erfordernisse einigen.

Anlaß bietet oft ein konkreter Mißstand, der als Reaktion eine „Negativ-Koalition" hervorbringt, die den einzelnen als Projektor die Projektion ihrer persönlichen Vorstellungen auf ein antizipiertes Projekt als Hoffnungsträger ermöglicht.

Dies gelingt bei den einzelnen sehr unterschiedlich, d.h. die Artikulation der individuellen Vorschläge, deren kollektive Diskussion, Kritik, Modifikation und eventuelle Umsetzung schafft von vorneherein eine informelle Hierarchie.

Diese wiederum hat einerseits aufgrund ihrer Entlastungsfunktion einen kurzfristigen Homogenisierungseffekt für die Gruppen- und politische Identität; andererseits sind hier mittel- und langfristige Heterogenisierungseffekte (Lustlosigkeit, Wegbleiben, Aussteigen etc.) aufgrund der damit verbundenen Ängste, Tabus, Mystifikationen, Rivalitäten, Identifikationsdefizite usw. vorprogrammiert.

Wohlwissend um diese Gefahr wird von allen zu programmatischen Formeln („Politik in erster Person", „Politik und Leben", „Politik und Selbstverwirklichung" u.ä.) gegriffen, die mit ihrem impliziten Synthese-/Harmonieversprechen eine Programmatik lediglich vorgaukeln. Sie umschreiben damit das Problem und nicht dessen Lösung, die eigentlich Gegenstand des Projektes sein müßte.

Da eine konkrete Planung des Projektes dieses Dilemma aufzeigen würde, wird diese stillschweigend von den Beteiligten verzögert, vergessen und auf eine technisch-ökonomische Ebene transformiert. Schließlich ist das Projekt „Politik und Selbstverwirklichung" ein Hoffnungsträger sowohl für die „Politiker" als auch die „Selbstverwirklicher".

Somit erweist sich gerade die Nicht-Planung als Voraussetzung für die konkrete Durchführung, die Halbherzigkeit als Mut zum Risiko und die Naivität letztlich als zentrale Produktivkraft in der Konkretionsphase. Gerade diese Naivität führt bei der bürgerlichen Konkurrenz zu einer vollkomenen Unterschätzung als vorübergehende Markterscheinung, was wiederum Marktlücken und -anteile erobern läßt. Gleichzeitig werden auf dieselbe naive Weise neue Produkte und Dienstleistungen entwickelt bzw. kombiniert, die aufgrund ihrer Originalität erfolgreich sind.

Dieser ökonomische Erfolg läßt den ausbleibenden politischen Erfolg weitgehend vergessen, zumal vielen als „Projekt-Mitarbeiter" jetzt eine bisher unbekannte soziale Anerkennung zukommt: vom alternativen Adelstitel („Peter vom Buchladen") über neuen Elternstolz bis zur Stadtverwaltung.

Gleichzeitig rückt damit aber auch die Möglichkeit eines oder mehrerer bezahlter Arbeitsplätze in greifbare Nähe, d.h. zur Konkurrenz auf dem Markt tritt die Konkurrenz auf dem projekt-internen Arbeitsmarkt.

Dies schlägt sich verstärkt in der kollektiven Diskussion nieder: Das stetige Verblassen der politischen und emotionalen gemeinsamen Basis wird durch die Installation von (vermeintlichen) ökonomischen und technischen Sachzwängen aufgefangen.

Wurde in der Projektionsphase die Ungleichzeitigkeit in der politischen und sachlichen Erfahrung als Problem wahrgenommen, so erscheint diese nun als (vermeintliche) Kompetenz für effizientere Problemlösungen angesichts der Sachzwänge. Die informelle Hierarchie wird ergänzt (und modifiziert) durch eine informelle oder gar formelle Arbeitsteilung.

Dieses Sachzwang-Argumentieren und -Verhalten läßt für den einzelnen Projektarbeiter das Moment der Selbstbestimmung immer mehr in den Hintergrund treten. Die alltägliche Fremdbestimmung durch die anderen und vor allem durch die Arbeitsteilung dominiert das „Projekt", das für alle ein immer stärkeres Eigenleben führt.

Auf diese demotivierende „Entfremdungs - Erfahrung" kommt es zu mehreren Reaktionen; hier die wichtigsten:

- enttäuschter Ausstieg
- Dienst nach Vorschrift, bis sich eine Alternative findet
- Pfründe - Sicherung / Arbeitsplatzanspruch, Auf- und Abrechnung
- Konzentration auf übernommene Arbeitsbereiche, um Erfolgserlebnisse zu bekommen
- Aufhebung der Interessensspaltung und Arbeitsteilung durch Mehrarbeit

War die Nicht-Planung durchaus ein positives konstruktives Element in der praktischen Umsetzung des „Projektes", so erweist sie sich nun als destruktiv: es mangelt an gemeinsamen Konfliktregelungen, überschaubarer Arbeitsorganisation und politischer Perspektive. Sollte das „Projekt" wider Erwarten in dieser Krise nicht scheitern und eine künftige Projektplanung beabsichtigt sein, dann tut sich erneut ein Manko der bisherigen Nicht-Planung auf: es fehlt an reflektierten, dokumentierten Erfahrungswerten und Betriebs-/Projekt-Daten.

Erste Professionalisierung

Selbst wenn diese kollektive Krise des „Projektes" überstanden wird, bleiben sicher einige der Mitarbeiter und (nicht nur deren) politische Ansprüche auf der Strecke. Die daraus resultierende politische Orientierungslosigkeit verstärkt sich durch die fehlende Reflexion der bisherigen Praxis und entsprechender Konsequenzen, das Ausbleiben von (meßbaren) politischen Erfolgen und die Angst vor neuen Konflikten. In diesem Chaos bleibt als einziges Ordnugs- und Sinnstiftendes Element lediglich die Betriebsökonomie, deren Erfolge an steigenden Umsatzzahlen ablesbar sind und die als hauptsächliche Motivationsquelle obsiegt: Die Stunde der Krämerseelen ist gekommen.

Der Grad der Gleichzeitigkeit von Entpolitisierung und Ökonomisierung des „Projektes" zeigt sich auch bei einer möglichen Umschichtung der informellen Hierarchie: Wurden bisher von der ersten (älteren) Generation/Garnitur die politischen Konzepte entworfen, so werden diese nun von der zweiten (jüngeren) Generation/Garnitur ökonomisch in Frage und damit kalt gestellt (oder umgekehrt).

Deutlicher stellt sich das Problem durch den Einstieg von neuen Interessenten, die die gelichteten Reihen wieder schließen und neue Impulse bringen sollen. Ihnen fehlt die Projektionserfahrung, so daß sie sich auf das Vorfindbare, d.h. das weitgehend ökonomisch bestimmte „Projekt" und dessen Außenwirkung beziehen.

Für das „Projekt" stellt sich somit ein Qualifikationsproblem auf der politischen, ökonomisch-technischen und gruppendynamischen Ebene. Prompt taucht in dieser Situation wieder eine Zauberformel auf: „Professionalisierung".

Dahinter verbirgt sich in erster Linie die Selbstqualifikation der (bisherigen) „Projekt"-Träger gemäß ihrer kollektiv anerkannten Komptenzen. Ihre unterschwellige Angst vor den Neuen bzw. vor einer Veränderung äußert sich als seltsamer „Konservatismus", der bislang durch „langjährige Projekterfahrung" begründet wurde und nun die höhere Qualifikation als Argument benutzt.

Der beruhigende Abstand zu den „Unqualifizierten" vergrößert sich insbesondere dann, wenn die Professionalisierung mit Hilfe ausgestiegener Professioneller gelingt. Gewöhnt an traditionelle Arbeitsstrukturen entwickeln sie ein feines Gespür für diejenigen, die das Sagen im „Projekt" haben. Es kommt zu Koalitionen, die die bestehende (informelle) Hierarchie zementieren.

Doch nicht alle ausgestiegenen und/oder arbeitslosen Profis können in „Alternativ-Projekten" unterkommen. So bleibt ihnen nur die Gründung eines eigenen Betriebes. Kurzum, die „Neuen Selbständigen" konkurrieren hinfort mit auf dem „alternativen" Markt.

Der Druck auf die sich professionalisierenden „Projekte" wächst gerade in dem Moment, wo eigentlich gerade eine neue politische Orientierung, ein Hinterfragen der Professionalisierung in den „Projekten" und der Bewegung vonnöten wäre.

Zweite Professionalisierung

So kann auch nicht die positive Resonanz in der Öffentlichkeit, die Ausbreitung ähnlicher Betriebe und die Vermarktung durch herkömmliche Unternehmen als politischer Erfolg der eigenen gesellschaftsverändernden Kraft begriffen werden. Dazu fehlen die entsprechenden Parameter einer Projekt-Planung und deren Erfogskontrolle.

Stattdessen wird über die Vermarktung geklagt, ein Gefühl des Betrogenseins macht sich breit. Kurzum der Selbstbetrug wird spürbar, zur ökonomischen kommt die Sinnkrise.

Da also eine klare (politische) Orientierung fehlt, weist in bewährter Manier die Ökonomie die Richtung: Höhere Effizienz durch stärkere Professionalisierung.

Mit der Anerkennung als Ausbildungsbetrieb kann nun auch die ehemals verdammte und jetzt begehrte „Staatsknete" in Anspruch genommen werden; sei es durch Umschulungsmaßnahmen oder Bezuschussung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Gleichzeitig werden Unternehmensberatungen genutzt und nach Rationalisierungsmöglichkeiten gesucht.

Dadurch kommt es zur Übernahme von herkömmlichen Effizienzkriterien, zur Anerkennung der traditionellen Berufsqualifikation, einer Arbeitnehmer-/Arbeitgeber-Mentalität, zum Einstieg in die staatliche Mittelstandsförderung usw. Die Ökonomisierung des „Projektes" wird forciert, der Projektcharakter schwindet, – wie Phönix aus der Projekt-Asche steigt der „alternative (selbstverwaltete) Betrieb". Während so unter dem Banner der „Selbsthilfe" eine immer stärkere Professionalisierung und Monetarisierung der gegenseitigen Hilfe im alternativen Sektor stattfindet, bemüht sich der Staat gleichzeitig um eine stärkere „Entprofessionalisierung" als Kostendämpfung durch „Selbsthilfe".

„Alternativ-Betriebe" und Unternehmen der „Neuen Selbständigen" konvergieren so in staatlichen Existenzgründungsprogrammen und in ihrem Marktverhalten. Beide nutzen das werbewirksame „alternative" Image lediglich solange der Markt bzw. das entsprechende Klientel dies erfordert.

Politische Ziele sind in den „Alternativ-Betrieben" schon längst zweitrangig; nun werden sogar die eigentlichen ökonomischen Ziele nach außen hin nur noch politisch verbrämt („Stärkung der Selbstverwaltungswirtschaft") um seinen Image-Marktwert zu halten.

Ist erst einmal der Zustand der Konvergenz erreicht, sind die „Alternativ-Projekte" verloren. Auf dem Markt mangelt es ihnen an attraktiver Originalität und in der betriebswirtschaftlichen Effizienz hinken sie hinterher. Die Konkurrenzfähigkeit kann auch nicht mehr durch Lohnverzicht, unbezahlte Arbeit und Solidaritätsaktionen wieder hergestellt werden, da dazu mittlerweile die politische Motivation verloren gegangen ist.

Re-Projektierung

In dieser Situation schlägt die Konkurrenz und Konvergenz innerbetrieblich durch: Zur Erhöhung der Effizienz werden im Rückgriff auf die vagen Kenntnisse der jahrelang tabuisierten Betriebswirtschaftslehre hierarchische Unternehmenskonzepte („Es fehlt ein Chef") favorisiert.

Während so die „Alternativprojekte" sich vollends mittels obsoleter Betriebsführung ins Abseits manövrieren, hat das fortschrittliche Kapital längst aus der Teil-Effizienz der bisherigen Selbstverwaltungspraxis der „Alternativ-Projekte" gelernt.

Lernfähigkeit und Lernmöglichkeit waren schließlich schon immer ein Erfolgsrezept kapitalistischer Unternehmer.

So sind längst zu den klassischen Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit zwei weitere gestoßen: Kommunikation und Information. Damit gewinnt der Mensch – als Unternehmer oder Mitarbeiter – im Betrieb die entscheidende Rolle am Unternehmenserfolg. Dem wird in neuen Betriebsorganisationsmodellen Rechnung getragen und sie ähneln frappierend den praktischen Versuchen mit rotierender Arbeitsteilung, wöchentlichem Plenum, Tranparenz u.ä. im Bereich der alternativen Ökonomie.

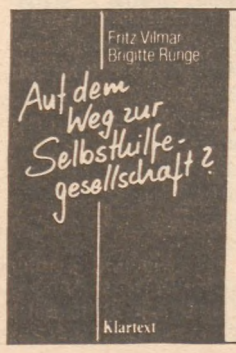
Unter dem Druck der Krise dürfen also die Ansprüche nicht zurückgenommen werden, sondern im Gegenteil, sie müssen endlich ernstgenommen werden. Es geht nach wie vor um das Projekt der Aufklärung und der Emanzipation, um „Politik und Selbstverwirklichung", schließlich beruht das Funktionieren der Arbeitskollektive auf der Motivation und Kreativität ihrer Mitglieder. Hier muß die Re-Projektierung der „Alternativ-Projekte" ansetzen.

Dazu gehört die Klärung der offenen Fragen der Zeitökonomie, der Einarbeitung/Qualifikation, der Bedürfnisse/Interessen, der Methoden, der Finanzierung, der Verbreitung/Vermittlung und der Gruppe.

Elmar Sing

Anmerkungen:

1) Rolf Schwendter, Entwurf einer Gruppe 2000, 2. Auflage 1976. (erhältlich bei Rolf)



Dieses wichtige Buch läßt mit seinem gelungenen Überblick über die breite Skala der aktiven sozialen Selbsthilfegruppen Kräfte spüren, von denen durchaus ein nachhaltiger gesellschaftsverändernder Einfluß ausgehen kann.

aus dem Vorwort von Horst Eberhard Richter

Mit Adressenverzeichnis und Register
360 S., DM 22,–

Klartext

Klartext-Verlag · Viehofer Platz 1 · 4300 Essen 1

Zukunft des linken Buchhandels

Die folgende Einschätzung der weiteren Entwicklung des linken Buchhandels wurde von der Arbeitsgruppe auf dem Sommerseminar entlang der vor einem Jahr in CONTRASTE (1) erschienen Thesen von Rolf Schwendter zur Zukunft der Alternativen Ökonomie entwickelt.

1 **Bürgerliche Prognosen** gehen davon aus, daß sich das Bildungsniveau weiter erhöht (bis 1995 2,5 Millionen mehr „Höhergebildete") und dadurch mehr Geld zum privaten Verbrauch für diese Gruppe bereitstünde. Auf die verschärfte Konkurrenzsituation wird der traditionelle Sortimentsbuchhandel mit einer Differenzierung der Betriebstypen mit hoher Sortimentskompetenz reagieren. Dabei wird eine zunehmende Kombination von Ware und Service angestrebt (Kommunikation, Sozialkontakte und Erfahrungsmöglichkeiten rund ums Buch). (2)

2 Im linken Buchhandel werden sich entsprechende **Ausdifferenzierungen** ergeben:

- **Heinrich-Heine-Läden**
  als etablierte Läden, die noch Wachstum zu verzeichnen haben und durch Angebotserweiterung den bürgerlichen Buchhandlungen Marktanteile abringen können. Dazu gehören Filialgründungen, in denen Spezialangebote wie Modernes Antiquariat gemacht werden, und die langfristige Belieferung von Institutionen mittels der guten Kontakte zu GRÜNEN, aufgeschlossenen Verwaltungs- und Universitätsangestellten usw.
- **Wagenbach-Läden (3)**
  als kleine elitäre Läden, die sich der buchhändlerischen Tradition verpflichtet fühlen. Sie bieten ein von hochqualifizierten Mitarbeiter/inne/n ausgesuchtes Sortiment und ein besonders exklusives Flair für ihr vorwiegend intellektuelles Stammpublikum an.
- **VLB-Läden**
  als selbstverwaltete Betriebe, die nach wie vor ein politisches und alternatives Sortiment führen und entsprechend den Betrieb kollektiv organisieren. Ihre Kundschaft dürfte mit dem Aufschwung abnehmen, woraufhin sie mit einer stärkeren Einbindung in bestehende politische Gruppen und Initiativen reagieren werden. Ehrenamtlichkeit und personelle Fluktuation werden wieder zunehmen.
- **Spezial-Läden**
  als erfolgreiche „Geschäftsideen", sofern sie die Krisenjahre überleben. Eine Variante könnte hier ein „Software - Technik-Hobby"- Buchladen sein. Eine weitere wäre im Zuge der ökologischen Modernisierung sozialdemokratischen Typs eine Art „Buchhandels - Reformhaus" mit Fachbüchern zur Dachbegrünung, Ökologiegeschichte, Ökospiele usw.
  Wobei solche Buchläden sowohl selbstverwaltet als auch von öko-libertären Neuen Selbständigen betrieben werden könnten.
- **Pleiten**
  und Betriebsaufgaben werden bis Anfang/Mitte der 90er Jahre zunehmen: Ein Teil wird zugunsten besser bezahlter neuer Arbeitsplätze im Aufschwung aufgeben, ein anderer mit guter Geschäftslage wird als Filialen der Heinrich-Heine-Läden weiterbestehen.

3 Die **EDV-Welle** wird am linken Buchhandel so gut wie vorbeischwappen. Nur einige wenige größere Buchläden, also vor allem Heinrich-Heine-Läden und bestimmte Spezialläden, werden sich in den nächsten 10 Jahren an der EDVisierung des Buchhandels (Bestellung, Lagerkontrolle etc.) beteiligen. Ansonsten bleibt die Einschätzung der EDV- und Videoentwicklung ambivalent:

- Software im linken Buchhandel erfordert eine qualifizierte Kundenberatung, die dort (noch) nicht leistbar ist.
- Die Standardisierung der Standardprogramme läßt diese zu einer dem Buch ähnlichen Handelsware auch für den linken Buchhandel werden.
- Hacker-Bibeln, Alternativ-Software, subkulturelle Videoclips etc. sind in ihrer Distribution auf den linken Buchhandel angewiesen, der ohnehin eine Produkt - Diversifizierung betreibt.
- Oder eben nicht, wenn die Produzenten verstärkt eine Direktvermarktung (Katalog, Versand) organisieren.

4 Bei der **Gebrauchswertorientierung** wird sich die Tendenz des „persönlichen Gebrauchswerts" zur Beliebigkeit (Lebenshilfen und Handbücher aller Art) zunächst fortsetzen.

Nach einem Aufschwung könnte der „politische Gebrauchswert" (ausgerichtet auf politische Bewegungen) und damit die VLB-Läden wieder in Mode kommen. Dabei könnte eine Modifizierung der alten Zentrumsfunktion in Frage kommen, wobei Buchladen- und Zentrumsarbeit nicht mehr in den gleichen Räumlichkeiten stattfinden müssen. Denkbar wäre z.B. ein dezentral vernetztes Engagement der Kollektivmitglieder vor Ort mittels einer Doppelstruktur GmbH und Bildungsverein. Damit wäre auch die zunehmende ehrenamtliche politische Gebrauchswertarbeit durch ABM-Stellen etc. in der kollektiven Selbstverwaltung eingebunden und teilweise abgesichert.

5 Die Tendenz zur **Arbeitsteilung** wird weiter anhalten und zwar in allen Formen. Das bisherige An- und Umlernen durch „Learning by doing" wird so immer ineffektiver, die Selbstverwaltungspraxis ständig fragwürdiger und damit der Bedarf an außerbetrieblicher Schulung in kollektivem Management größer. Dieser könnte von neuen Weiterbildungseinrichtungen gedeckt werden, die aus der Vernetzung der heutigen Beraterszene entstehen und neben Selbstverwaltungswissen auch fachliche Qualifikationen (z.B. EDV-Kurse, Sozial-/Buchführung usw.) vermitteln.

6 Die **Revenuequellen** werden wie in der Vergangenheit beim Buchhandel etwas reichhaltiger sprudeln als in anderen Selbstverwaltungs-Branchen durch den großen Kundenkreis, die teilweise lange Tradition und die intellektuelle Verbundenheit.

Jedoch wird sich gleichzeitig der tendenzielle Fall der Revenuen fortsetzen: Zunächst Zuschüsse, dann unverzinsliche Darlehen zu den bereits heute üblichen verzinsten Darlehen. Außerdem wird sich die staatliche Förderpolitik (z.B. Hessentopf) und die des grünen Umfelds (z.B. Ökofonds) gemäß ihrer Schwerpunktsetzung auf Ökologie und Frauen den Buchhandel außen vor lassen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

7 Die **paradoxen Aufgaben** der Zukunft wird der VLB auch nicht bewältigen können, wenngleich ein politischer Branchenverband der Printmedien (zumindest als ökonomischer Prüfungsverband) im Rahmen einer „Interessensgemeinschaft Selbstverwaltungswirtschaft", die aus dem Ökobankverein nach der Ökobank-Gründung hervorgehen könnte, wahrscheinlich scheint. Der **Lohn** wird je nach Laden-Typus unterschiedlich schnell steigen und die Selbstausbeutungsrate abgebaut werden.. Gleichzeitig wird aber auch das tradeunionistische Bewußtsein (in Form von Tarifforderungen u.ä.) in den Betrieben zunehmen.

Bei der **Arbeit** wird eine dritte Professionalisierung stattfinden, die die Kollektivverhältnisse auf die reine Zusammen-ARBEIT reduziert und eine strikte Trennung in Arbeit und Freizeit, die einen sehr hohen Stellenwert erlangt, bringt.

8 Die in der aktuellen Selbstverwaltungs-Diskussion immer wieder auftauchende Illusion eines geschlossenen linken **Produktions- und Distributionskreislaufes** haben die VLB-Läden schon länger abgelegt. Die Tendenz, daß der Umsatzanteil der linken Buchläden bei den linken Verlagen sinkt, wird sich sogar noch verstärken (Gebrauchswert-Diversifizierung).

Kooperationen werden weiterhin regional und punktuell vorkommen (zumal unter verstärkt ökonomischen Druck) bei gleichzeitiger Verstärkung der Konkurrenz in den Sparten (z.B. Buchladen/Buchladen). In einem möglichen ökonomischen Aufschwung dürfte eine klare Trennung der Ladentypen vollzogen sein und eine Kooperation der verschiedenen Typen möglich werden.

9 Andere linke Buchhandels-**Zusammenschlüsse** als den VLB wird es wohl nicht geben – eher dessen endgültige Beerdigung oder Transformation in einem ökonomischen Prüfungsverband für die Ökobank u.ä.

Eine Orientierung einiger Läden an den verschiedenen regionalen und überregionalen Zusammenschlüssen ist jedoch möglich, obwohl dabei eher ein passives Nicht-Verhalten wahrscheinlich ist.

Denkbar wäre auch einerseits die Rückkehr in den Schoß des Börsenvereins mittels des „Arbeitskreises Kleine Sortimenter" (AKS) oder andererseits die Doppelmitgliedschaft VLB und AKS bezüglich einer Politisierung des Börsenvereins in der gemeinsamen Verteidigung der Lesekultur gegen die neuen Medien.

10 Eine **Subventionierung** des Kulturbereiches wird bei den Buchläden eher durch die Konkurrenz als quasi-soziokulturelle Zentren (mit eigenen Veranstaltungen usw.) ersetzt. Dies schließt jedoch die Hilfe an soziale und kulturelle Projekte durch gelegentliche oder regelmäßige Spenden (z.B. übers Netzwerk) je nach ökonomischer Lage nicht aus. Eine vertragsähnliche Bindung an solche Projekte erscheint jedoch – ausser bei gemeinsamen Kulturwochen u.ä. – sehr unwahrscheinlich.

Elmar Sing

Anmerkungen:

1) Rolf Schwendter, Zur Zukunft der alternativen Ökonomie. In: CONTRASTE 10/1985, S. 6-7. (Nachgedruckt im Seminar-Reader „Selbstverwaltung am Beispiel des linken Buchhandels").
2) s. Buchmarkt 1/86, S. 66.
3) vgl. Klaus Wagenbach, Kenntnis und Neugier. In: Börsenblatt 36/6.5.1986, S. 1357-1358.

Seminar-Reader „Selbstverwaltung am Beispiel des linken Buchhandels"

Zur Vorbereitung der Arbeitsgruppe zu diesem Thema auf dem TAK AÖ-Sommerseminar wurden von Roland Kreling und Elmar Sing die wichtigsten Texte und Dokumente zusammengestellt. Es sind noch einige wenige Exemplare erhältlich für 15.– DM bei:
Politische Buchhandlung Roter Stern
z. Hd. Roland Kreling/ Helmut Schwarz
Am Grün 28
3550 Marburg
Tel. (06421) 2 47 87

Tagungszeitung „Sommerseminar 1986" des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie (TAK AÖ) der AG SPAK

Aus den Materialien und Protokollen sämtlicher Arbeitsgruppen:

- Frauen und Macht
- Selbstverwaltung am Beispiel des linken Buchhandels
- Alternative Ökonomie und Regionalentwicklung
- Alternative Organisationskonzepte
- Gesellschaftliche Perspektiven und Stellenwert der Selbstverwaltungswirtschaft
- Mitarbeiterunternehmen als Betriebstyp der postindustriellen Gesellschaft

des diesjährigen Sommerseminars wurde ebenfalls ein dicker Reader produziert, den es wie jedes Jahr für ca. 15. – DM gibt bei der:
AG SPAK
Bundesgeschäftsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Ökonomie Alternativen 1
Hugo Godschalk
Die geldlose Wirtschaft
Vom Tempeltausch bis zum Barter-Club
64 S. mit Abb., 14,80 DM

Ein Abriß der Geldreformbewegungen, deren Geschichte wahrscheinlich so alt ist wie die 'Erfindung' des Geldes. Godschalk weist nach, daß die alte Frage, ob Geld abgeschafft werden sollte, zwar legitim, aber auch eine Frage der Definition ist, und daß es darauf ankommt, das Geld auf seine Hauptfunktion als Tauschmittel zurückzuführen. Damit würde es seine die Wirtschaft und Gesellschaft beherrschende und Krisen verursachende Rolle verlieren.

neu

Basis Verlag
Postfach 645, D-1000 Berlin 15

Ökonomie Alternativen 2
Helmut Creutz, Dieter Suhr, Werner Onken
Wachstum bis zur Krise?
Drei Aufsätze
88 S. mit Abb., 14,80 DM

Helmut Creutz: **Wachstum bis zur Selbstzerstörung? Auswirkungen des Zinssystems.** Eine Analyse.
Dieter Suhr: **Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft. Diagnose und rechtstechnische Behandlung des Mehrwertsyndroms.** Geldreformansätze der 30er Jahre u. Wirtschaftskrise heute.
Werner Onken: **Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte: Die Selbsthilfeaktionen mit Freigeld.** Dokumentation der 'Schwundgeld-Experimente' dieses Jahrhunderts.

neu

Basis Verlag
Postfach 645, D-1000 Berlin 15

Neues in Sachen Vernetzung

Red. Ffm. Die Gedanken sind nicht neu. Vernetzung, gemeinsames wirtschaftliches Handeln hilft allen, die sich daran beteiligen. Merkwürdigerweise aber kommt es über das **Gerede von Vernetzung** meist nicht hinaus. In der Krebsmühle trafen sich jetzt einige Kollektive, um einen ernsthaften Versuch zur Vernetzung zu unternehmen.

Eingeladen worden war gezielt. Erstmal nur solche Gruppen - so die Devise -, die über ihre bisherige Praxis deutlich gemacht haben, daß es ihnen um mehr geht als die bloße Erhaltung der eigenen Existenz. Denn selbst da, wo es um wirtschaftliche Vorteile **für alle** geht, haut ansonsten der verbreitete Gruppenegoismus die guten Ansätze schnell wieder zu Klump.
So angeblich gerade wieder passiert im Bereich der Fahrradproduzenten, wo ein gemeinsames neues Produkt (Fahrrad) zum Verkaufsschlager wurde und eine der beteiligten Gruppen daraufhin auf eigene Rechnung und unter eigenem Namen just dieses Produkt, leicht modifiziert, auf den - jetzt nicht mehr gemeinsamen - Markt gebracht hat. Klar, daß sowas nicht nur Ärger macht, sondern auf Dauer an der Hoffnung auf echte Zusammenarbeit verzweifeln läßt.
(Sollte die Information, die ich dazu erhalten habe, nicht richtig sein, bitte ich um Entschuldigung - ich fände es aber gut, wenn solche Dinge in CONTRASTE ihren Niederschlag fänden, weil ich nicht der Meinung bin, daß es hier um das Waschen schmutziger Wäsche geht, sondern einfach glaube, daß wir nur über die Diskussion dieser Geschehnisse schrittweise weiterkommen.)

Die "Auswahlkriterien" bei der Einladung: es sollten zunächst mal solche Gruppen sein, die schon länger existieren und für die **Vernetzung**, **Kapitalneutralisierung** und **Austausch** keine neuen Wunderdinge sind, sondern Angelegenheiten, an denen schon jahrelang gedacht und gearbeitet wurde.
Trotzdem: das Spektrum der vertretenen Gruppen war so breit, daß wir uns eine ganze Weile lang sehr schwer damit getan haben, konkrete Vernetzungsansätze zu finden. Wie soll eine Bäckerei in Süddeutschland auf wirtschaftlicher Ebene kooperieren mit einem EDV-Kollektiv im Norden?

Aber nachdem es dann mal angelaufen war, haben wir festgestellt, daß diese Bandbreite gerade umgekehrt von Vorteil war. Denn dadurch waren wir gezwungen, von branchenspezifischen Problemen zu abstrahieren und eben zu **übergreifenden Lösungen** zu kommen.

Beschlossen wurde ein neuer Ansatz für gemeinsames Marketing.
In der Gesamtheit der Kollektive decken diese im Bereich Handel und Dienstleistung und zunehmend in der Gebrauchsgüterproduktion schon sehr viel von dem ab, was im normalen Leben von Bedeutung ist. Wenn es gelingt, dies nach außen deutlich zu machen und **gleichzeitig zu transportieren**, daß das Produkt oder die Dienstleistung **aus der Selbstverwaltung** für den Kunden den entscheidenden Vorteil hat, daß hier neben seinem Geldbeutel auch er selbst eine Rolle spielt (zu deutsch: daß er hier eben nicht **genauso beschissen wird wie nebenan**), dann könnte dies zu einem schlagenden Verkaufsargument werden. Die selbstverwaltete Wirtschaft wäre damit nachhaltig voranzubringen.

Was ist notwendig, um so vorgehen zu können?
Zum Einen muß der Angesprochene dann, wenn er sich interessiert und eine konkrete Dienstleistung nachfragt, eine Adresse haben, an die er sich wenden kann und wo er wirklich detailliert erfährt, ob sein Problem gelöst werden kann oder nicht. Es darf nicht (oder doch jedenfalls nicht oft) vorkommen, daß man - dann passen muß ("wir kennen keinen Betrieb, der das anbietet") und es darf vor allen Dingen nicht vorkommen, daß der Anrufer ein total gestreßtes oder desinteressiertes Kollektivmitglied am anderen Ende der Leitung hat, das dann eben gestreßt oder desinteressiert mit ihm umgeht. Das wäre das Gegenteil dessen, was erreicht werden soll und kann.
Und das war dann auch der Grund, abzugehen vom naheliegenden Vorschlag, einfach eine Mappe zusammenzustellen mit der Auflistung aller Gruppen, die dies oder jenes anbieten und/oder produzieren, und diese Mappe dann allen angeschlossenen Kollektiven zur Verfügung zu stellen.

Sondern: wir haben eine **gemeinsame** Telefonnummer eingerichtet, bei der garantiert ist, daß
1. sie tagsüber immer besetzt ist, und
2. angemessen Auskunft erteilt wird.

Das alleine reicht natürlich nicht aus. Sichergestellt werden muß außerdem, daß bei dieser zentralen "Auskunftei" tatsächlich auch die Auskünfte gegeben werden können, die nachgefragt werden. Also: hier müssen möglichst umfassende Informationen möglichst schnell greifbar sein.
Dies bedeutet, daß alle Kollektivbetriebe, die sich dieser Initiative anschließen wollen, eine detaillierte Auflistung ihres Dienstleistungs- und/oder Warenangebots an diese Adresse schicken sollten. Dies möglichst gestern, wie sich versteht, weil wir vorgestern mit der Kampagne eigentlich schon beginnen wollten.

Was passiert dann weiter?

Zum Einen werden die Informationen so aufbereitet, daß sie jederzeit schnell verfügbar sind, und d.h., sie werden entsprechend im Computer erfaßt.
Zum Zweiten wird - sobald sich dies lohnt - ein Katalog erstellt mit den gesammelten Angeboten, geordnet nach Branchen, Produkten und Regionen.
Und schließlich kann dann eine bundesweite Werbekampagne gestartet werden, die sich - und das ist eigentlich der Gag bei der Sache - branchenübergreifend konzentrieren kann auf die Darstellung der Ziele, Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Selbstverwaltung, hin zu dem Motto: **Stärke die Wirtschaft von unten - kauf selbstverwaltet**. Oder so ähnlich.

Das das historisch nicht unbedingt ein ganz neuer Dreh ist, ist klar. Die alten Genossenschaften sind so vorgegangen z.B. Aber das heißt ja nicht, daß es nicht **für uns** eine neue Sache ist - zumindest ist sie bisher noch nicht ausprobiert worden. Und da sich das unserer Meinung nach im Verhältnis der Kosten zum zu erwartenden Nutzen "rechnet", wollen wir es einfach mal ausprobieren.

Sollte die Initiative einigermaßen tragfähig werden, lassen sich eine ganze Menge Ansätze und Ideen zusätzlich mit ihr verknüpfen. Aber es wäre verfrüht, das jetzt alles an dieser Stelle schon auszubreiten. Zu schnell erscheint zu Vielen größenwahnsinnig, was eigentlich nichts anderes ist als der Versuch, verknüpft oder ganzheitlich oder wie immer man das nennen will zu denken.
So lassen wir es an dieser Stelle bei der Aufforderung an alle, die was anzubieten haben, an die, die ein Produkt oder eine Dienstleistung nachfragen oder einfach eine Auskunft haben wollen, und an die, die schon immer überlegt haben, wie sie am besten den Kontakt zur Selbstverwaltung herstellen können, um dort irgendwo mitzuspielen: schreibt an die folgende Adresse bzw ruft an unter:

Forum Selbstverwaltung
Tel 05665/4589
Kollektiv Riedmühle
Guntershäuserstr. 6
3501 Fuldabrück 3

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Beneidenswertes Alter

Leben in der UFA-Fabrik

Wir werden es gut haben, wir, die Altengruppe auf dem UFA-Gelände in Berlin; 200 m entfernt gelegen von dem lebhaften Geschäftsleben des Tempelhofer Damms, aber eingebettet in die Grünanlagen längs des Teltowkanals übergehen, wo lange Spaziergänge möglich sind.
Nicht in einer Kaserne werden wir eingepfercht sein, sondern in einem kleinen Gebäude zu ebener Erde werden wir wohnen. Jeder wird unabhängig sein kleines Studio haben, soll aber nach Wunsch an den gemeinsamen Mahlzeiten teilnehmen können.
Es soll nicht nur eine Zuflucht für die „Ganz-Alten" werden, sondern auch „rüstige Renter/innen" sollen hier einen neuen Lebensmittelpunkt finden können, von dem aus sie, unbeschwert von der Sorge für eine zu große Wohnung, sich eine fruchtbare Alterstätigkeit aufbauen können. Im Gegensatz zu dem Dasein in der früheren „eigenen" Wohnung wollen wir hier ebenso selbständig leben können, aber in der Gewißheit, bis zum letzten Atemzug versorgt zu werden. Eine verständnisvolle Pflegerin wird uns nicht morgens begrüßen, wie es schon manchem Alten ergangen ist, herablassend: „Na, wie geht's uns denn, Alterchen", oder etwas rauher: „Marsch, aus den Federn, Alter". Es ist ja „unsere" Pflegerin. Wir selbst bilden die Genossenschaft, die unsere Betreuerin einstellt.
Eins allerdings erwarten wir von Euch: eine Aufgeschlossenheit gegenüber der Gruppe, den guten Willen gegenüber den Mitbewohnern des Hauses, aber auch ein Eingehen auf die UFA-Kommune, zu der wir gehören, und die durch einen langjährigen Erbpachtvertrag mit der Stadt Berlin Besitzerin des Geländes ist.
Wer mehr wissen möchte, wendet sich an:
Walter Hinze, bei UFA-Fabrik, Viktoriastr. 10-18, 1000 Berlin 42

Millionäre ohne Geld

Erbbaurechtsvertrag unterzeichnet

In sieben Jahren UFA-Fabrik hat in Berlin fünfmal die Regierung gewechselt. Die UFA-Fabrik gibt es immer noch, und nachdem sie auch das verflixte siebte Jahr hinter sich gebracht hatte, wurde Anfang Juni ein „Staatsvertrag" zwischen UFA-Fabrik und dem Land Berlin unterzeichnet.
Der Erbbaurechtsvertrag gibt das Nutzungsrecht für Grundstück und Gebäude auf die nächsten 35 Jahre (bis zum 31.12. 2020), aber eigenwirtschaftliches Handeln ermöglicht der Vertrag nicht. Die UFA-Fabrik trägt den Pachtzins von 160.000 DM pro Jahr und sämtliche Neben- und Bewirtschaftungskosten für das landeseigene Grundstück. Sie verpflichtet sich, die Gebäude instandzusetzen, ohne daß aus dem Vertrag direkte Ansprüche an das Land Berlin abgeleitet werden können.
Die Freude über den Vertragsabschluß ist getrübt. Vier Jahre zähe Verhandlungen und das Kleingedruckte gefällt den UFA-Leuten immer noch nicht. Wenn die Gebäude die nächsten 35 Jahre genutzt werden sollen, stehen dringende Renovierungs- und Instandsetzungsarbeiten an. Normalerweise kann das Erbbaurecht beliehen werden. Für die UFA trifft das nicht zu. Vielmehr ließ der Eigentümer, das Land Berlin, eine Grundschuld von 5 Millionen DM auf das Grundstück eintragen, um sicherzustellen, daß die UFA-Fabrik keine Hypotheken auf das Grundstück aufnehmen kann und diese in die Altbauten investiert. Damit ist der UFA-Fabrik die Möglichkeit genommen, die Instandsetzung und den Ausbau des Geländes mit Hilfe von eigenem Kapital, bzw. Krediten auf das Grundstück zu finanzieren.
Für dieses Problem gibt es eine Lösung: Für Instandsetzung und Ausbau müssen von den Fachverwaltungen (Bausenator, Senator für Stadtentwicklung) Mittel bereitgestellt werden. Die ersten Anträge sind schon gestellt; Entscheidungen stehen noch aus.
Doch wenn neben den Anträgen bei den Senatsverwaltungen die Unabhängigkeit gewahrt bleiben soll, kann die Forderung nur lauten: Weg mit der 5-Millionen-Schuld!

Die Revolution entläßt ihre Mütter

Fortsetzung von Seite 1

Spektakuläre Frauenpolitik erscheint im Rampenlicht der Medien der Appell deutscher und dänischer Friedensfrauen, der Frauenbeschluß der taz, solange Frauen einzustellen, bis eine Gleichheit der Geschlechter hergestellt ist, das grüne Feminat in Bonn, die Frauenfraktion der GAL in Hamburg. Fast könnte man meinen, die Gemeinschaft der neuen sozialen Bewegungen sei ein Dorado für Frauenpolitikerinnen.

Die Konflikte, die Frauen in den alternativen Projekten und der ökologischen und Friedensbewegung eingehen, um solche – für Männer unbequeme – Beschlüsse durchzusetzen, werden nur selten zum Thema. Wenn, dann als ausgefallene Idee einer Spontibewegung: Als in der taz eine leere Frauenseite erschien aus Protest, daß der Quotierungsbeschluß nicht eingehalten wurde.

Daß wutentbrannt ganze Gruppen von Frauen wie in Braunschweig oder Berlin die grüne Partei verlassen, erfährt man fast nur privat. Dabei kehrt ein solcher Aderlaß mit fast regelmäßiger Sicherheit wieder, ohne daß bisher die Intensität des Frauenkampfes nachgelassen hätte: Andere übernehmen den Stab derer, die die Hoffnung aufgegeben haben.

Dies wird nicht so bleiben, wenn der Prozeß, in dem sich die neuen sozialen Bewegungen von ihren profilierten Frauenpolitikerinnen, öffentlich sichtbar und verstanden wird.

Es ist nicht nur ein Männer-Frauenkonflikt, sondern auch einer unter den Frauen: Ein nicht offen ausgetragener Streit, dessen Motor der Neid untereinander ist. In der alternativen Tageszeitung (taz) entwickelte sich solch ein Streit zu einer sozialdarwinistischen Schlacht.

Vor gut zwei Jahren sollte das höchste Entscheidungsgremium – das taz-Plenum – eine der regelmäßig wiederkehrenden Finanzmiseren beenden. Allen war klar, daß Entlassungen vorgenommen werden mußten. Eine gewählte Kündigungskommission sollte entscheiden. Annette Eckert, eine der Gründerinnen der taz: „Nach dem Selbstverständnis der taz hätte sich die Kündigungskommission als erste selbst entlassen müssen. Das ist natürlich nicht geschehen."

Während der Suche nach Lösungen für das Weitermachen der taz tauchte ein Vorschlag auf: Die Frauen machen die taz weiter. Annette Eckert: „Eine Frau hatte den Vorschlag aus Jux und Tollerei eingebracht. Die Leute waren sprachlos, als die Abstimmung positiv darauf reagierte. Es wurde weiter diskutiert und wieder abgestimmt. Ich war über die Möglichkeit, die taz mit Frauen weiterzumachen, völlig begeistert. Ich dachte, dann werden wir wieder atemlos, betreten Neuland, sind wieder neugierig."

Weitaus weniger euphorisch reagierten die Männer der taz. „Darauf sagte das Büro – nur mit Männern besetzt – sie schmeißen den Schlüssel in die Spree", berichtet Annette Eckert. „Das sei das allerletzte, das komme überhaupt nicht in Frage. Dabei war der Konflikt eigentlich davon ausgegangen, daß das Büro falsch kalkuliert hatte."

Die Mehrzahl der Frauen konnte den Druck der Männer, mit denen sie zusammenlebten, nicht standhalten. Annette Eckert: „ Die kamen am Morgen wieder mit ganz kleinen Gesichtern und ganz kleinen Stimmen. Sie kamen ohne Seele wieder." Daß die nächste Abstimmung nicht mehr für eine Frauentaz ausfiel ist klar. Nur dabei blieb es nicht. Nun trat die selbstverwaltete Kündigungskommission in Aktion. Es hieß: „Fristlose Kündigung all derer, die für den Frauenbeschluß gestimmt hatten."

Formal gesehen wurden gleich viele Männer entlassen. Aber selbst taz-Anwalt Christian Ströbele, heute grünes Mitglied des Bundestages, gibt zu: „Die Männer, denen gekündigt wurde, waren solche, die sowieso gehen wollten. Bei den Frauen war das anders."

Die Auseinandersetzungen, die die Gründerinnen der Projekte und Bewegungen auszustehen haben, sind typisch für eine Bewegung, die ganz jung und im bewußten Verstoß gegen verharrschte Traditionen aufgestanden war, und die Älterwerden, Erfahrener- und möglicherweise Weiserwerden als Erkenntnis bei sich noch nicht zugelassen hat.

Bislang setzten die ehemaligen Jugendbewegungen alles dran, jung zu bleiben, indem sie die älteren vergraulen. Diejenigen, die dennoch in diesen Bewegungen sind, stoßen neu dazu. Auf Dauer können sie sich in den Gruppen nur halten, wenn sie die Jugendlichen an Radikalität übertreffen. Dieses Kunststück bringen aber auch Männer nur da fertig, wo sie sich unentbehrlich gemacht haben.

Entläßt die Revolution also ihre Mütter?

Der Prozeß der Aussonderung der Generation der revolutionären Mütter, der heutigen Frauenpolitikerinnen, hat auch vor der Frauenbewegung nicht Halt gemacht. Kein Projekt, keine Gruppe, die nicht irgendwann den Versuch gemacht hätte, ihre Gründerinnen auszuschließen. Die autonome Frauenbewegung hat dies vor Jahren schon als „Tyrannei der strukturlosen Gruppen" analysiert.

Frauen spielen in dem Aussonderungsprozeß eine besondere Rolle. Annette Eckert: „Ich bin mehrheitlich von Frauen gekündigt worden. Das muß jede, die heute in einem ähnlichen Konflikt steht, ganz klar sehen. Die Frauen hassen die Frauen, die sich durchsetzen können. Dafür wird man gekündigt. Die Männer hätten es ja gar nicht gewagt. Keine Sekunde."

Der Ausschluß der Frauen scheint traditionell abzulaufen. Frauen gegen Frauen, Männer brauchen sich gar nicht mehr die Finger schmutzig zu machen. Eva Quistorp, lange Mitglied im Vorstand des BBU und eine derjenigen, die die großen Kundgebungen der Friedensbewegung organisiert hat, beschreibt die jüngeren Frauen als grau-lila Eminenzen, die versuchen, sich durch cliquenhaftes Gruppenverhalten selber Macht zu verschaffen. Meist geschieht dies auf Kosten von anderen Frauen.

Eigentlich geht es dabei um einen Generationskonflikt unter Frauen. Eva Quistorp: „Da entsteht so eine Schnoddrigkeit der jungen Generation als Widerspiegelung der herrschenden Schnoddrigkeit, wo man völlig gedankenlos mit so etwas wie Alter und Älterwerden in unserer Gesellschaft umgeht und auch keinen Respekt davor hat, daß andere gerade gestanden haben und ihren Weg zu gehen versucht haben. Daß man selber also in die Fußstapfen von anderen tritt und bestimmte Sachen bei den Grünen und in der Frauenbewegung nur deshalb machen kann, weil es vorher andere Projekte und manchmal bescheidener erscheinende Versuche gegeben hat."

Annette Eckert meint: „Die Jüngeren denken ja, die Alten schaffen das sowieso irgendwie. Die sind so stabil, daß sie jeden Tritt aushalten und vergessen, daß man, wenn man mutig ist, ebenso zerbrechlich ist wie mutig. Wenn man für andere stabil wirkt, dann vergessen die Leute, die treten, was dazugehört, daß man diese Tritte aushält."

Genauso haben unsere Mütter über uns mißratene Töchter geklagt. Der Prozeß dieser Auseinandersetzung ist nötig für die jüngeren Frauen, um ihre eigenen Kräfte voll zu entfalten. In den neuen sozialen Bewegungen aber treffen die Angriffe – anders als in der Familie – auf Frauen, die alles andere als wirtschaftlich und sozial abgesichert sind.

Der Zusammenhalt unter Frauen, die gemeinsam etwas erkämpft haben, zerbricht dort, wo es am Ende zuwenig Positionen gibt, in die auch nachfolgende Frauengenerationen hineinwachsen könnten. Und da die Frauenbewegung Positionen bislang nur punktuell erobern konnte, müssen die Frauen, die nachkommen, immer noch mit der Demontage ihrer Vorgängerinnen fortfahren, die ihnen – im Sinne des Wortes – den Weg bereitet haben. Diese Demontage, die junge Frauen in dieselbe Sackgasse führen muß, produziert die alten Muster des Kampfes. Frauen sind sich selbst der ärgste Feind.

Immerhin gehen heute die Frauen daran, dies mitzubedenken. Waltraud Schoppe (GRÜNE): „Weil die Frauen sowenig Vorbilder haben, an denen sie sich abarbeiten können, arbeiten sie sich jetzt an den Frauen ab, die bekannt geworden sind, und versuchen den Frauen etwas zu unterstellen, was die Frauen auch tatsächlich haben. Ich habe zum Beispiel Ehrgeiz, weil ich denke, es ist wichtig, ehrgeizig zu sein, um die Sache der Frauen voranzubringen." Das ist nicht der einzige Grund: „Ich habe diesen Ehrgeiz auch, weil er mich lebensgeschichtlich weiterbringt. Ich bin lange Jahre nur zu Hause als Hausfrau gewesen und ich war damit nicht mehr zufrieden. Ich habe gesehen, wenn ich fleißig bin und ehrgeizig, dann erreiche ich etwas. Dieses Arbeiten an neuen Positionen macht mir Spaß. Aber Ehrgeiz gehört zu den Fähigkeiten, die bei den Frauen suspekt sind."

Analytisch sind die Frauen der Lösung dieses Problems näher denn je. Annette Eckert meint: „Das ist vielleicht wie im Wald, wo die Bäume zu dicht stehen und sich gegenseitig das Licht nehmen."

Waltraud Schoppe sieht die Lösung in der Quotierung für Frauen. Nur so könne sich auch der Erwartungsdruck, dem einzelne Frauen ausgesetzt sind, verteilen. Nur so können auch ausreichend Frauen auf neue Stellen nachrücken, ohne daß es zu einem selbstzerstörerischen Verdrängungswettbewerb kommen muß.

Bis vor wenigen Jahren noch wurden Frauen einem rigiden Anpassungsschema an männliches Verhalten unterworfen. Heute ist Frauenpolitik schon anders möglich. Die Verletzungen von damals sind immer noch sichtbar.

Harte Umgangsformen beweisen nicht nur die Projekte, in denen die Frauen stecken. Auch die „Szene", der weitere Umkreis der Bewegung, kann mit solchen Niederlagen nicht umgehen.

Als eine ehemalige Mitarbeiterin der Fraktion „Die Grünen" sich bei Greenpeace in Hamburg als Pressesprecherin bewarb, hatte die Gerüchtewelle aus Bonn sie schnell eingeholt: Sie wurde nicht genommen.

Die Erfahrung des von zwei Seiten Angegriffenwerdens schwächt aber. Eva Quistorp: „Ich kann nicht mehr so kämpfen wie früher. Nicht deshalb, weil ich nicht kämpfen will oder weil meine Kraft weg ist, sondern weil ich habe sehen müssen, daß Leute, die einen anderen Stil von Politik haben, meistens stärker sind – in der Linken wie in der Frauenbewegung. Von dem machtorientierten Taktieren lassen sich unheimlich viele Leute blenden. Auch die, die so eine Machtpolitik garnicht wollen."

Die Revolution ist dabei, ihre Mütter, ihre erfahrenen Frauenpolitikerinnen, zu entlassen. Stärken wird das die neuen sozialen Bewegungen nicht. Waltraud Schoppe: „Ich glaube, daß eine Bewegung sich das keinesfalls erlauben kann. Wenn bestimmte Personen für ein Programm stehen, dann wird man, indem man diese Personen abbaut, ein Stück des Programms mit abbauen. Es ist ja nicht so einfach bekannt zu werden und Politik authentisch rüberzubringen. Ich glaube, daß sich die ganze Bewegung immer damit schwächt, wenn sie ihre bekannten Frauen wieder zurückzieht!"

Sibylle Plogstedt
aus: VORWÄRTS Nr. 23/86
mit freundlicher Genehmigung des Verlages.

Foto: Erika Sulzer-Kleinmeier

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Haß
Lochmühlstr. 43
6000 Frankfurt/Main 56

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 2/86) ist über die Heidelberger Redaktion zu erhalten.

Redaktionen:

Berlin
STATTwerke e.V.
Michael Makowski
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 611 59 04

Frankfurt
Blättterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Bayern
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel. (089) 691 78 21
Kurt Regenauer
c/o Netzwerk Franken
Hochstr. 23, Rgb.
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 96 58

Kulturredaktionen:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26b
7400 Tübingen 1
Tel. (07071) 5 15 24

Riedmühle
Robert F. Mayer
Guntershäuserstr. 6
3501 Fuldabrücck 3
Tel. (05665) 45 89

V.i.S.d.P.:
Peter Tejkl, Dieter Poschen (Heidelberg), Eckard Holler (Tübingen), Karl Bergmann (Frankfurt), Elmar Sing (Konstanz), Kurt Regenauer (Nürnberg), Gerhard Kern (Morbach), Dieter Reincke (Ökobank-Verein).

Herstellung
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Druck
Caro-Druck
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1

Vertrieb
Kerstin Schmidt
Krebsmühle
6370 Oberursel
Tel. (06171) 7 50 30

Konto
Postgiroamt Frankfurt/M.
Nr. 3836 87 – 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Vom Elend der deutschen Konservativen

Bei einem Gespräch zwischen Vertretern der Vorgenossenschaft der Ökobank und dem BVR Anfang Juli in Bonn, stellten die Sprecher des BVR unmißverständlich klar, daß an eine Aufnahme der in Gründung befindlichen Ökobank im Einlagensicherungsfond der Genossenschaften nicht zu denken sei.
Dieser Beschluß war innerhalb des BVR gefaßt worden, ohne daß die angereisten Vertreter der Ökobank Gelegenheit erhalten hatten, das Geschäftskonzept der Bank vorzustellen.

Der Verband der Volks- und Raiffeisenkassen, kurz BVR genannt, zeigt sich „gesprächsbereit". Er korrigiert seine Haltung vom Vorjahr, als er noch jedes Gespräch mit der Ökobankinitiative, oder gar die Übermittlung von Informationen an sie rundheraus abgelehnt hatte mit dem Argument, bei der geplanten Ökobank handele es sich um ein politisches Projekt und als solches stehe es im Widerspruch zu den Ideen und Idealen der Gründungsväter der Genossenschaftsbewegung. Wozu da noch Informationen und Gespräche – reine Zeitverschwendung.

Man ist flexibler geworden. Ulrich Klose von der SPD und Lukas Beckmann von den GRÜNEN haben inzwischen ihre Aufwartung gemacht und für einen differenzierten Politikbegriff geworben – scheinbar mit Erfolg. Eine erneute Bitte, diesmal der Vorgenossenschaft der Bank, um ein erstes informatives Gespräch jedenfalls wird positiv beantwortet – bitte sehr, man möge doch kommen.

Und siehe da, die „Gesprächsbereitschaft" entpuppt sich als neue Variante des alten Standpunktes, als die etwas ungewöhnliche Form der Mitteilung, daß man Gespräche für völlig überflüssig halte. In Gesprächen innerhalb des BVR nämlich sei man zu der Auffassung gelangt, daß die Aufnahme der Ökobank in die Sicherungseinrichtungen der Kreditgenossenschaft für diese mit unzumutbaren Risiken verbunden – und also abzulehnen sei. Wie die Herren im BVR denn zu dieser Einschätzung kommen konnten, ohne das Geschäftskonzept der Ökobank zu kennen? Es ist das Unbekannte, meine Herren! Ob man denn da nicht mal das Konzept vorstellen dürfe? Freundliches Abwinken. Ob man es den Herren vielleicht schriftlich dalassen dürfe. Wieder freundliche Ablehnung. Das Unbekannte, das so bedrohlich daherkommt, man möchte es lieber nicht kennenlernen. Zum Schluß der freundliche Ratschlag, es doch mal bei einer anderen Einlagensicherung zu versuchen, etwa der der Sparkassen, oder aber doch gleich zu einer anderen Rechtsform als der der Genossenschaft zu greifen, ein aufmunterndes „Kopf hoch!" und ein sentimentaler Rückblick auf die eigenen schweren Anfänge: vor 130 Jahren wurden auch wir belächelt und schauen sie sich mal um, was wir bis jetzt alles erreicht haben!

Man könnte darüber zur Tagesordnung übergehen. Das Ganze als eine der üblichen Possen sehen, die zur Zeit in der laufenden Aufführung vom Niedergang der Bundeszur Bananenrepublik so beliebt sind. Aber dahinter verbergen sich ja nicht geringe Gefahren. Nicht nur für die Gründung der Bank, sondern vielmehr für das gesellschaftliche Leben in der BRD generell.

Es ist den Konservativen in dieser unserer Republik ja nicht vorzuwerfen, daß sie konservative Positionen einnehmen und vertreten. Nach meiner Überzeugung jedenfalls gehört zu einer entwicklungs- und anpassungsfähigen Gesellschaft eine lebendige konservative Kultur ebenso wie progressive, auf Veränderung, auf Einlösung gesellschaftlicher Utopien pochende Bewegungen. Nein, vorzuwerfen ist ihnen, über jene lebendige Kultur eben nicht zu verfügen. Denn Kennzeichen einer solchen Kultur ist allemal eine gewisse Intellektualität, sprich Offenheit, sprich Fähigkeit zum kritischen Dialog, zur Kontroverse. Ist die Bereitschaft, die eigenen Positionen hinterfragen zu lassen, sie zu begründen. Doch wo, bitte schön, findet man das?

Dieser Familienclan der Konservativen, der nach dem Kriege die entscheidenden gesellschaftlichen Einflußgebiete unter sich aufgeteilt hat, pflegt in der Zurückgezogenheit auf die eigenen Kreise ein Ambiente, das vor allem in der gegenseitigen Bestätigung besteht, zu dem kleinen Kreis derer zu gehören, die noch im Besitz all dessen sind, was das Abendland als vernünftig, anständig, staatstragend und demokratisch bezeichnet. Draußen dagegen toben die Barbaren und vor ihnen schützt man sich am besten, in dem man die gesellschaftlichen Schaltstellen in der Art exclusiver Golfclubs verwaltet. Zugang erhält nur, wer eine Empfehlung vorlegen und nachweisen kann, daß er auch im Besitz des Wissens um die wahren Werte abendländischer Kultur ist, die allen Klubmitgliedern so teuer sind.

Die Grundlagen der Kultur selbst stehen nicht mehr zur Diskussion. Denken ist nicht mehr gefragt, abweichendes Denken gar wird mit Ausschluß geahndet – wie etwa der Friedensforscher Alfred Mechtersheimer erfahren mußte. Das heißt aber nun nichts anderes, und darin liegt die Gefahr für das gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik, daß alle anderen Denkansätze von der aktiven Mitgestaltung des sozialen Lebens ausgeschlossen sind. Daß ihnen nur die Wahl zwischen Resignation, Isolation bzw. radikaler Opposition bleibt. Es bedarf keiner großen Phantasie vorauszusagen, wo die Zukunft eines solchen Staates liegt.

Das Elend der Konservativen scheint zu sein, daß sie in ihrer paranoiden Angst vor revolutionären Prozessen, die einzige nun wirklich revolutionäre Veränderung in diesem Jahrhundert, die diesen Namen verdient, übersehen bzw. nicht wahrgenommen haben. Die Ablösung des Newtonschen Weltbildes durch die Quantenphysik. Der Vielzahl der neueren sozialen Bewegungen, die mehr oder weniger bewußt aus der Erschütterung dieser Revolution heraus ihre Dynamik beziehen, stehen sie rat- bis fassungslos gegenüber. Eine Neubestimmung gesellschaftlicher Denk- und Handlungsweisen aufgrund des neuen Wissens um die Stellung des Menschen in der Natur steht für sie nicht auf der Tagesordnung. Für sie gilt ungebrochen das alte Newtonsche Weltbild isolierter, mechanischen Gesetzen gehorchenden Systeme, das sich schließlich über Jahrhunderte bewährt hat.

Auch Menetekel wie die Verelendung der Dritten Welt, die zunehmende Vergiftung des eigenen Lebensraumes, oder gar Katastrophen wie die von Tschernobyl vermögen diese selbstsichere Weltschau nicht zu erschüttern.

Wie geht es weiter?

Die Ökobank wird, daran gibt es überhaupt keinen Zweifel, Anfang 1987 ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen. In welchem Umfang sie diese allerdings dann schon wahrnehmen kann, das wird von dem Stand der politischen und juristischen Auseinandersetzungen zu diesem Zeitpunkt abhängen. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sich diese Bank ihre Entwicklung zu einer gleichberechtigten Vollbank im Kreise der anderen Banken der BRD erst Schritt für Schritt erstreiten müssen – kein schlechter Weg denke ich, um eine größere Öffentlichkeit mit den Ideen und Zielen dieser Bank bekannt zu machen.

Und sie wird in dieser Auseinandersetzung nicht allein sein. Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß selbst in einem nach aussen so geschlossen wirkenden Establishment, wie das der Banken, Menschen arbeiten, die neuen Ansätzen in ihrem Arbeitsbereich beweglicher, offener, diskussionsbereiter gegenübertreten, als nach der Philosophie des Hauses zu erwarten wäre. Mit ihnen wird die Ökobank das Gespräch und die Kooperation ebenso suchen, wie mit den europäischen Genossenschaften, deren Tradition eine größere gesellschaftliche Flexibilität zuläßt, als dieses bei den bundesrepublikanischen Genossenschaften der Fall ist. Es gibt viel zu tun – packen wir's an!

Dieter Reincke

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Meldungen

Der Verein zur Förderung selbstverwalteten und ökologischen Wirtschaftens – Freunde und Förderer der Ökobank, Landesverband Schleswig-Holstein e.V., lädt zur Mitgliederversammlung ein: am 20.9.86, Beginn 15 Uhr, im Gasthof „Stadt Renzburg" Neumünster (Nähe Bahnhof)

Hilferuf angekommen!

In der letzten CONTRASTE hat das Büro um eine Stellungnahme der Vereinsmitglieder zur Frage der Gestaltung der Ökobank - Seiten in CONTRASTE gebeten. Nach diesem Aufruf kam es im darauffolgenden Delgiertenrat nochmals zu einer Diskussion und es wurde von den Delgierten darauf bestanden, daß der Beschluß für die Gestaltung der Ökobank-Seiten ist redaktionell das Büro zuständig aufrecht erhalten und durchgesetzt wird. Dieser Beschluß wird von den wenigen Zuschriften, die wir erhalten haben, bestärkt.

Also ihr Zündsätzer – hier ist die Ökobankredaktion – auf gute Zusammenarbeit!

Ungewöhnliche Töne

„In den 90er Jahren werden die moralischen Maßstäbe noch strenger werden. Die Frage lautet dann nicht mehr nur WAS, sondern auch WIE, WARUM und WOFÜR produziert wird".

Management Wissen 8/86

Ungewöhnliche Töne hört man in der letzten Zeit. Und dies gerade aus solchen Zeitungen, die sehr intensiv in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft gelesen werden.

Da ist in Management Wissen die Rede vom „kritischen Management", von „moralischen Maßstäben der Produktion", vom „New-Age Management", von der „handlungsorientierten Ethik des moralischen Denkens" im Hinblick auf die Entwicklung des Managements. Daneben liest man in der Wirtschaftswoche vom 25.7.1986 davon, daß „die Banken einen Lernprozeß durchlaufen müssen", anstatt bei der Kreditvergabe „noch immer auf Nummer Sicher" zu gehen. Daß Existenzgründer meistens an den „hausbackenen Bewertungskriterien" der Banken scheitern. Der „immaterielle Faktor qualifizierte Information" wird als zusätzliches Entscheidungskriterium eingeklagt.

Tiefgreifender Wertewandel

Wenngleich sich in diesen Symptomen nicht der Hegelsche Weltgeist auf seinem Weg zur absoluten Wahrheit (Vernunft) offenbart, so ist in unserer Gesellschaft doch ein tiefgreifender Wertewandel feststellbar. Es scheint, als ob die großen Bürgerbewegungen wie die Friedens- und Ökologiebewegung in der Gesellschaft ihre Spuren hinterlassen haben. Es scheint, als ob das Denken selbst – trotz einer eher gegenläufigen Regierungspolitik – sich neuen Bereichen öffnet, daß die Bereitschaft immer größer wird, die eingetretenen Pfade zu verlassen.

Diese Wandlungen in den moralischen Maximen des Denkens konnten nicht ohne Auswirkungen auf die Wirtschaft bleiben. „Wirtschaft und Gesellschaft sind nicht zwei voneinander unabhängige Bereiche", schreibt Management Wissen weiter und leitet aus dem Wandel der moralischen Werte in der Gesellschaft bestimmte neue handlungsleitende Ethiken ab. So wird eine „Verbraucherethik, Dritte-Welt-Ethik, Umweltethik, Gesundheitsethik, Sozialethik, Arbeitsethik und Tierethik" gefordert.

Verständnis wecken für neue Wege

Kritiker mögen zu recht einwenden, daß es sich hier eher um Worthülsen, als um konkrete Ansätze zur Umorientierung der Industriegesellschaft handelt, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seinem Motor der Profitorientierung alles vermarktet, sogar die Kritik an ihm selbst. Trotz diesem ernst zu nehmenden Einwand sollte man nicht die Augen, vor dem was sich hier abzeichnet, verschliessen, sollte man offen und flexibel bleiben für den Dialog, sollte man AUCH die Chancen einer derartigen Entwicklung sehen.

Die Bereitschaft des Denkens über neue wirtschaftspolitische Wege ist allmählich in weiten Teilen der Öffentlichkeit vorhanden. Hier gilt es weitergehende Aufklärungs- und Verständigungsarbeit zu leisten. Gerade die Alternative Ökonomie als Teil einer Demokratisierung der Wirtschaft wird noch immer sehr schnell mit dem Nimbus des „Spinnernen, Unrealistischen" versehen. Dies hat oft mehr mit einem dogmatischen Denken der Betrachter, als mit der tatsächlichen Situation zu tun. Um so fataler wäre es, würde sich die Alternative Ökonomie in ähnlicher Weise dem Dialog verschließen.

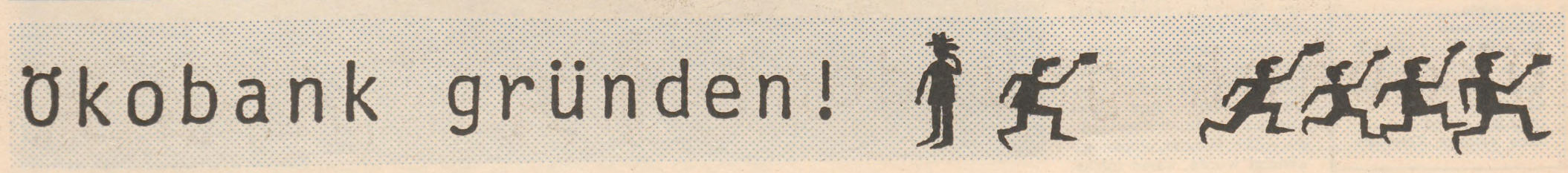
Ansätze einer neuen Wirtschaftsethik

Der Rückzug in die Bollwerke des Dogmatismus der verschiedenen Gesellschaftsgruppen ist nicht immer nur ein Absichern von Einflußsphären, sondern auch Ausdruck der Sprachlosigkeit der Mega-Maschine Industriegesellschaft. Wo aber die Verständigung aufhört, beginnt das große Schweigen, ersetzen Mutmaßungen die notwendigen kritischen Dialoge.

So gesehen erscheinen diese ersten Ansätze eines gesellschaftlichen Diskurses über eine neue Ethik in der Wirtschaftspolitik wie Inseln im Strom der Gesellschaft.

Es bleibt mit Spannung abzuwarten, wie diese Entwicklung (sofern sie eine ist) weitergehen wird. Nur eines dürfte sicher sein: die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft wird nicht in „Geschlossenen Gesellschaften" entschieden werden.

Torsten Martin



Wirtschaft von unten - ohne Frauen?

In der April-Ausgabe der CONTRASTE ist mit einem Artikel von Agnes Lewe „Frauen und Ökonomie" versucht worden, eine Diskussion zu diesem Thema in Gang zu setzen. Die Resonanz war gleich null. Es gab keine Proteste und auch keine Unterstützung.
Anscheinend lesen Feministinnen die CONTRASTE nicht, oder jede Leserin war mit der Autorin einer Meinung?
Das wäre ja nicht schlecht, nur davon haben wir erstmal nichts. Unsere Hoffnung auf andere Beiträge kam aus dem Wunsch, Material für einen CONTRASTE - Schwerpunkt und ein Seminar zu sammeln, das im folgenden Artikel vorgestellt werden soll.

Einige Frauen aus dem Ökobank-Verein haben aufgrund der Diskussion um Ökobank und alternatives Wirtschaften festgestellt, daß eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Thema „ökonomische Perspektiven und Utopien" immer wichtiger wird – und daß es dabei keine geschlossene feministische Theorie gibt, auf die wir zurückgreifen könnten.

Die Frauenfrage hat zwar in den letzten Jahren in den programmatischen Aussagen der Parteien und im Bewußtsein der Öffentlichkeit an Stellenwert gewonnen, es wird jedoch dabei streng unterschieden zwischen allgemeinen Wirtschaftsprogrammen und speziellen Frauenprogrammen.

Eine Entwicklung, die den Frauen nicht unbedingt dienlich ist und die m.E. damit zusammenhängt, daß die Frauenbewegung kaum eigene Wirtschaftskonzepte entwikkelt, sondern immer nur einzelne Forderungen aufgestellt hat, die dann ihren oft nur verzerrten Niederschlag in diesen Programmen gefunden haben.

Ich bin der Meinung, wenn die Frauenbewegung ihren Einfluß erhalten und ausbauen, wenn sie nicht nur in der Rückschau auf matriarchalischen Urgesellschaften die Kraft und die Rechtfertigung für ihren Kampf beziehen, sondern die Situation von Frauen jetzt und in der Zukunft nachhaltig verändern und verbessern will, muß sie ein Stück (der z.T. durchaus berechtigten) Verweigerungshaltung aufgeben und sich auch mit ökonomischen Fragen und Konzepten auseinandersetzen. Auch wenn Ökonomie nach Meinung vieler Frauen eine rein patriarchalische Erfindung ist, ist sie doch der Dreh- und Angelpunkt des heutigen Gesellschaftssystems und bedingt das Verhältnis der Geschlechter zueinander ganz wesentlich.

Ein Wirtschaftskonzept, daß wir deshalb auf dem Seminar genauer untersuchen sollten, ist das Konzept der „Wirtschaft von unten", daß ja sehr stark in das Ökobank-Konzept eingeflossen ist.

Ein Konzept, das die Utopie „Leben und Arbeiten in einer emanzipatorischen, selbstbestimmten und friedlichen Gesellschaft und einer intakten Umwelt" umschreibt. Eine Konzeption, die den Menschen in den Mittelpunkt des Planens und Wirtschaftens stellt und ihn nicht zerstükkelt in einzelne Bedürfnisse, das Alt und Jung, Frauen und Männer, Kranke und Gesunde gleichberechtigt einbezieht. M.E. ein eher matriarchistisches Modell, das nicht im Widerspruch zu den Ideen der Frauenbewegung steht.

Auf der Tagung werden wir auch mit Vertreterinnen der Parteien über die Frauenförderungsprogramme diskutieren, es sollen Erfahrungen aus der Praxis mit einfließen. Agnes Lewe wird versuchen alle Ansätze feministischer Wirtschaftspolitik zusammenzufassen und zur Diskussion stellen, Beispiele feministischer Wirtschaftsexperimente z. B. in den USA werden von Ricarda Buch vorgestellt.

Wir glauben nicht, daß feministische Wirtschaftspolitik in vier Tagen abzuhandeln ist, deshalb wird es eine Aufgabe der Tagung sein, eine mögliche Weiterarbeit zu organisieren.

Diese Tagung soll ein erster Versuch sein, Frauen aus den verschiedenen Bereichen (Parteien, Selbstverwaltung, Frauenbewegung) zusammenzubringen, um Ansätze einer feministischen Wirtschaftspolitik zu entwickeln.

Eingeladen sind alle Frauen aus Finanzierungs , Beratungsinstituten, Frauen aus Parteien und Gruppen, die zu diesem Thema arbeiten. Die Teilnehmerinnenzahl ist auf 50 beschränkt.

Jutta Gelbrich

Anmeldung auf nebenstehenden Coupon bis zum 30.9.86 an Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Jutta Gelbrich
Postfach 51 25
6370 Oberursel 5

Über den Verlauf und die Ergebnisse der Tagung wird ein Reader zusammengestellt werden.

Tagung vom 15. bis 18.11.1986
im Frauenlandhaus Charlottenberg

Name .....

Gruppe/Institution .....

Adresse .....

Tel.: .....

Anreise am: .....Abreise:.....
(Kosten Unterkunft und Verpflegung pro Tag 32,– DM)

Spanische Arbeiterbank will Ökobank unterstützen

In einem ersten Gespräch zwischen der Ökobank-Ini und der Arbeiterbank „Caja Laboral Popular" im Juli 1986 wurde eine langfristige Kooperation beider Einrichtungen anvisiert.

Auf dem Treffen wurde vereinbart, daß in wenigen Monaten ein weiteres Treffen zwischen Vertretern der Ökobank und der CLP in Mondragon stattfinden soll, auf dem Einzelschritte der Zusammenarbeit festgelegt werden sollen. Dabei sollen z.B. Fragen der Kreditvergabepraxis der Arbeiterbank, die integrierte Förderung von Alternativbetrieben in der Region, Fragen zum Umgang mit Technologien seitens der Betriebe und Professionalisierungsaspekte erörtert werden.

Es wird angestrebt, daß eine Gruppe von 4 - 6 Personen für 3 - 4 Tage nach Mondragon fahren, wobei neben Bankfachleuten auf jeden Fall auch ein Ingenieur, ein Ökobauer und ein Umweltfachmann anwesend sein sollen. Wer Interesse hat, an diesem Treffen teilzunehmen, soll sich bitte beim Ökobankbüro melden.

Was ist die Mondragon-Initiative?

Die Arbeitergenossenschaftsinitiative von Mondragon (Baskisch: Arrasate) geht auf ein Ausbildungsprojekt zurück, das am Ende des 2. Weltkrieges initiiert wurde.

Bereits während der fünfziger Jahre wurden verschiedene Arbeitergenossenschaften gegründet, die sich in Verbindung mit diesem Ausbildungsprojekt entwickelten.

Im Jahre 1960 wurde ein eigenes Finanzierungsinstrument die „Caja Laboral Popular" (Baskisch: „Lan Kide Aurrezkia") geschaffen. Durch sie bekam die regionale Genossenschaftsbewegung sehr großen Auftrieb.

Heute wird 80 % des Wirtschaftslebens der Kleinstadt Mondragon von der Arbeitergenossenschaftsgruppe getragen.

Die Mondragon-Initiative erstreckt sich allerdings nicht nur auf diese Stadt und die umliegenden Dörfer, sondern auf das ganze Baskenland. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf die Provinzen Guipuzcoa, Vizcaya Alava und Navarra, sowie auf die spanische Hauptstadt Madrid.

Inzwischen gibt es sieben genossenschaftliche Dachverbände, denen 185 Einzelgenossenschaften mit über 19.000 Beschäftigten angehören.

Die Bank selbst hat ein Umsatzvolumen von 186 Mrd. Pesetas (2,9 Mrd. DM) und unterhält 164 Filialen.

Neben den Einzelgenossenschaften und der bewegungseigenen Bank gibt es eine Serie infrastruktureller Institutionen, die das Gesamtprojekt unterstützen: Schulen, Trainingszentrum, Technologiezentrum, Versicherungseinrichtungen usw.

Die Mondragon-Gruppe hat inzwischen eine Größe erreicht, die in der Region wirtschaftspolitisch nicht mehr ignoriert werden kann.

Thomas Maus

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kontaktadressen:

Freunde und Förderer der Ökobank, c/o Netzwerk, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin, 030/691 30 72
Petra Heidenfelder,
Segitzdamm 54, 1000 Berlin, 030/391 94 59
Jochen Abeling
Schwanenwik 32, 2000 Hamburg, 040/220 18 47
Jens Reuter
Kegelhofstr. 16, 2000 Hamburg, 040/48 26 70
Thomas Schröder
Schönhausenstr. 51, 2800 Bremen
Alf Baumhöfer
Lindenallee 4, 2900 Oldenburg, 0441/7 66 36
Uwe Brockmann
Bernwardstr. 4, 3000 Hannover, 0511/843 70 76
Volker Ruwisch
Albrecht-Thaer-Weg 20b-11, 3400 Göttingen, 0551/3 33 03
Werner Simmen
Friedrich-Ebert-Str. 147, 3500 Kassel, 0561/77 79 66
Juliane und Bernhard Weber
Uferstr. 4, 3550 Marburg, 06421/6 36 28
Karl-Heinz Brendgen
Kirchfeldstr. 11, 4000 Düsseldorf, 0211/31 39 46
Koll. Versicherungsagentur Alfred und Klaus
Märkische Str. 53, 4000 Düsseldorf, 0211/28 10 91
Barbara Behr, Volker Fleing
Orffstr. 22, 4044 Kaarst
Hilko Koch
Kaiserstr. 107, 4150 Krefeld, 02151/59 84 61
Walter Neumann
Lange Str. 30a, 4400 Münster
Burkhardt Rücker
Am Fracke 21, 4600 Dortmund
Ökobankinitiative, c/o Umweltzentrum,
August-Bebel-Str. 14, 4800 Bielefeld, 0521/17 90 82
Anke Schlingmann
Kasernenstr. 2, 4950 Minden
Ökobankinitiative
Herwarthstr. 22, 5000 Köln
Klaus Wehrend
Jakobstr. 21, 5500 Trier, 0651/4 49 51
Ökobankinitiative, LID,
Dörrwiese 4, 5552 Morbach / Merscheid, 06533/35 34
Guido Mengelberg
Liegnitzer Str. 76, 5600 Wuppertal, 0202/66 17 29
Klaus Arons
Walter-Rietig-Str. 20, 6070 Langen
Hans-Joachim Pohl
Heidenreichstr. 21, 6100 Darmstadt, 06151/42 33 75
Prolit-Buchvertrieb
Jochen Mende, Siemensstr. 18a, 6300 Gießen
Thomas Fläschner
Mühlenstr. 10, 6600 Saarbrücken
Andreas Kopp
Uhlandstr. 28, 6904 Eppelheim
AK Ökobank, c/o Korngarbe,
Augsburger Str. 660, 7000 Stuttgart, 0711/32 62 68
WIR-Gemeinschaft
Richard-Biener-Str. 13, 7453 Burladingen, 07475/68 37
Christine Allgaier
Brühlstr. 33, 7500 Karlsruhe, 0721/49 27 66
Bernd Steyer
Kirchstr. 11, 7817 Ihringen, 07668/76 72
Freunde und Förderer der Ökobank
Jahnstr. 20, 8000 München, 089/26 67 36
Bertold Söder
Wörderhauptstr. 66, 8500 Nürnberg, 0911/53 77 22
Gabriele Buck
Wannenbergweg 6, 8851 Morseheim
Ökobankinitiative
Humboldthaus, 8991 Achberg, 08380/3 35

Treugeldstand per 20.08.1986	**5.224.970,59 DM**
Treugeldgeber	**11.187**
Vereinsmitglieder	**2.450**

Treugeldstand nach Regionen

Baden-Württemberg	1.195.113,33 DM
Nordrhein-Westfalen	987.437,66 DM
Hessen	824.625,10 DM
Bayern	716.360,00 DM
Bremen/Niedersachsen	484.741,00 DM
Schleswig-Holstein	440.356,50 DM
Berlin	322.340,00 DM
Hamburg	185.986,50 DM
Rheinland-Pfalz	181.000,00 DM
Ausland	39.197,00 DM
Saarland	33.800,00 DM

Treugeldkonto: Postgiroamt Frankfurt/Main,
Konto-Nr. 4151 75 – 609 (Anteil Startkapital Ökobank)

Ökobank gründen!

Eine außerparlamentarische Koalition von unten

Bundesarbeitsgemeinschaft Netzwerke

Red. Heidelberg Da gab es sie auf einmal, die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der Netzwerke: auf dem vergangenen Düsseldorfer Bundestreffen verschworen sich die versammelten Netzwerker/innen plötzlich zu einer Art politischen Gemeinschaft, oder, wie Alt-Netzwerker Christian Wendt süffisant lächelnd bemerkte, zur BAG-AO („Aufbauorganisation").

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Aber es sollte schon etwas anderes werden als der Parteigründungswahn von vor 15 Jahren, was da in Mache ist. Dem Trick mit den Strukturen, die da entstehen, soll der Kick zu neuer Bewegung folgen. Und es war weniger das Sendungsbewußtsein politischer Kraftakte von anno dunnemals aus der K-Gruppenära als vielmehr das Signal zum letzten Gefecht wildentschlossener Netzwerk-Fans, die Sau mal wieder tüchtig rauszulassen. Netzwerk macht mobil – bei Arbeit, Sport und Spiel.

Ihre Vernetzung wollen die Netzwerke am ersten Novemberwochenende dieses Herbstes bewerkstelligen – ausgerechnet nach dem Weltspartag (30.10.) und ausgerechnet bei uns in Nürnberg, wo ein Bundestreffen vor fünf Jahren noch die Entflechtung und Regionalisierung vieler lokaler Netzwerk-Ferkelchen und die Abnabelung von der Muttersau in Berlin in die Wege geleitet hatte. Mittlerweile tummeln sich fast 40 kleine Netzwerk-Vereine auch „im Westen".

Die „Morsezeichen aus Berlin" (so der Titel der Berliner Thesen zur BAG) waren angekommen. Ein modernes Kommunikations- und Beziehungsgeflecht schien plausibel – nachfolgende „Rauchzeichen aus Landsberg" und „Trommelsignale aus Rosenheim" (schriftliche Netzwerk-Reaktionen aus der bayrischen Provinz – siehe auch die Beiträge auf dieser und der nächsten Seite) unterstrichen dies bloß.

Keine Partei, aber einiges dabei

Einen Apparat wollten sie denn auch alle, die versammelten Netzwerker. Zumindest unter dem **Dienstleistungsaspekt** wurde einmütig gesehen: das Ding kann nicht schaden und ist vielleicht sogar nützlich, „wenn es Arbeit abnimmt", wie MUM aus Freiburg relativ unverblümt erklärte. So war es denn auch dieser reine „Servicebereich", der nach einem Brainstorming über mögliche Aufgaben einer BAG unwidersprochen als drängend, aber auch kurzfristig machbar, akzeptiert wurde.

Eine **Infozentrale** muß her, die **Daten** und **Erfahrungen** sammelt und als **Anlauf** und **Kontaktstelle** (etwa auch für bundesweite Finanzanträge) fungiert. Diese Schaltstelle soll denn auch das, was das Netzwerk so ist und diskutiert, öffentlich machen. Bundesweite Netzwerk-Werbung, längst beschlossen, nie geschehen, und ebenso die (bislang sporadische) Beteiligung an CONTRASTE soll von der fruchtlosen Ebene der reinen Appelle auf die wirksamere Ebene verbindlicher Zusammenarbeit gehoben werden.

Bundestagungen wären von einer möglichen Netzwerk-Zentrale anzuleiern, die **Beraterfortbildung** zu organisieren. Der bisherige „Wanderzirkus" der ca. 15 Leute, die auf allen möglichen Tagungen rumhupfen, um Selbstverwaltungspolitik zu machen, sei als professionell strukturierter **„Reisekader"** zu organisieren.

Vom Utopist zum Lobbyist

Ein solcher „Reisekader" ist natürlich nur so gut, wie die Politik, die er vertreten soll. Und ein weiteres Ergebnis der Düsseldorfer Diskussion war zweifelsohne, daß ein gemeinsames Verständnis der Netzwerke über die Inhalte einer solchen Politik für Selbstverwaltung wohl noch auf sich warten läßt. Entsprechend skeptisch wurde denn auch der **Aufgabenbereich politische Interessensvertretung** diskutiert.

Dennoch, auch die Angst vor möglicherweise entstehenden Machteliten und der Widerspruch etlicher Netzwerker vor Lobbypolitik darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich mit der BAG Gründung so etwas wie eine „Gewerkschaft des Selbstverwaltungsbereichs" konstituiert.

Denn politische Außenkontakte, so der berechtigte Einwand leidgeprüfter Lobby-Aktivisten, bestehen seit eh und jeh und in Hülle und Fülle. Nur waren sie bisher nicht „legitimiert" und daher klagten sie, wie sehr sie bisher „in der Luft hängen gelassen wurden". Und künftig ergibt sich eher noch mehr Notwendigkeit, für Selbstverwaltung zu antichambrieren. Da machen unsere grünen und sozialdemokratischen Politiker einen Gesetzentwurf nach dem anderen, aber Selbstverwaltung ist bestenfalls „Verhandlungsmasse" bei Koalitionen, ansonsten aber eher „Randthema". Was da in Staat, Parteien und Organisationen aber alles so ausgeheckt wird und den Selbstverwaltungsbereich eigentlich angeht, wäre mal vom Rand ins Zentrum der öffentlichen Diskussion zu holen. Hierfür fehlt für den Selbstverwaltungsbereich der offizielle Gesprächspartner.

Als **Gremiensitz** sahen die Netzwerke daher auch ihre zu gründende BAG. Bei ihr sei ein mögliches **Finanzforum** der Finanzierungsinitiativen oder ein ständiger **Kontakt zur AG SPAK** anzusiedeln. Aber darüber hinaus soll eine BAG Netzwerke auch von Anfang an gezielt Personen, Organisationen und Parteien ansprechen, um den Willen der Netzwerke kundzutun.

Wie sich eine Willensbildung der Netzwerke dann aber auch basisdemokratisch gestalten soll, blieb vorerst unklar. Kontrollgremien sind hier erst noch zu entwickeln, die eine Basisanbindung der BAG-Profis gewährleistet.

Eine BAG Netzwerke als neuer Lobbyverein soll hingegen nicht nur politisch wirken – auch der Rubel soll künftig aus Bonn rollen. Die BAG wäre somit auch eine Art **Zuwendungsleitstelle für Bundesknete**, wenn hier erst einmal entsprechende Töpfe „angerissen" sind.

Eine Denkfabrik zu Alternativen?

Die restlichen Stichworte zu den Aufgaben einer BAG behandelten den Komplex der **Strategiebildung** und **Theorieentwicklung**. Eine regelrechte **Selbst (verwaltungs)forschung** schien angesagt, um die Begriffsbildung und Schwerpunktsetzung hierbei voranzutreiben. Nur zu oft waren bisher die Ideen der Alternativen geklaut, verfremdet und vermarktet worden, da eine sach- und projektbezogene Arbeit auch oft Neues hervorbringt, was ganz andere verwerten können. Präzisere Vorstellungen, was warum wie gut und förderungswürdig ist, müßten her, bevor auch der letzte Waschmittelkonzern auf die Idee kommt, seine Kunden künftig „alternativ" einzuseifen. Und wo regionale Förderschwerpunkte zu setzen sind, um durch „alternative **Strukturpolitik**" auch bisherige Einöden in der Netzwerk-Landschaft urbar zu machen, ist ja schließlich auch nicht ganz unwichtig.

Die Alternativen werden durch die Bildung eines bundesweiten Lobbyvereins sicher auch Spielball der einen oder anderen Koalition. Wichtiger als parlamentarische Koalitionen wären aber für die Zukunft der Netzwerke, was sich außerhalb des Parlaments um sie herum so bewegt. Die Netzwerke sollten daher nicht deshalb nach Bonn gehen, weil sie auf die eine oder andere Koalition setzen, sondern weil sie Öffentlichkeit für neue gesellschaftliche Prozesse bilden können, für die Netzwerk steht. Sie repräsentieren gewissermaßen eine eigene, außerparlamentarische Koalition, die für die neue Vergesellschaftung von unten.

Kurt Regenauer

Von Szene zu Szene, von Mensch zu Mensch

Seit ein paar Tagen strahlen wir wieder alle. Wenigstens etwas, das wir gemeinsam haben – wir, die Szene oder Szenen und alle Szenen, die sich um diese Szenen gruppieren. Ein Sammelsurium an Szenen also, strahlend momentan, weils endlich wieder eine Gemeinsamkeit gibt (siehst Du, jetzt werden auch die Andern umdenken...!?), die für alle Gültigkeit hat.

Und wie schauts sonst aus: ein heilloses Durcheinander an Vorstellungen, Zielen, Werten, Wünschen, ein Durcheinander an genetischen Mitbringseln, an Umwelteinflüssen, hervorgerufen durch bereits bestehendes, unterschiedliches genetisches Potential der Erzieher: eine geometrische Reihe, ein endlos geflochtenes Band. Biologisch gesehen, ist jeder Mensch einmalig, einzig, ein Faktor dieser unendlichen geometrischen Reihe, mit dem Drang sich mit Seinesgleichen zu verbinden: der homo sociologicus. Aber wer ist gleich oder gleicher, wer ist gleichgesinnt?

Nun, was wir wirklich gemeinsam haben, sind unsere Grundbedürfnisse nach Nahrung, Schlaf, Liebe und Verwirklichung. Alle anderen Bedürfnisse sind antrainiert und Erfüllung oder Nichterfüllung werden von früh auf verinnerlicht. Barrieren entstehen, Mauern werden hochgezogen Jalousien heruntergeklappt. Dazwischen bleiben schmale Gänge für den Weg zueinander: Krater tun sich auf, Labyrinthe und Irrgärten entstehen, in denen man sich zwar manchmal aber doch getrennt durch Hecken, Gräben, Mauern, gegenübersteht. Und anstatt einfach mal zu versuchen diese Gräben zu überwinden, die Hecken beiseite zu schieben, also auf den Andern zuzugehen, geht man seinen Weg stur weiter, irrt durch Gegenwart und Zukunft, voller Hoffnung, den Ausgang noch rechtzeitig zu finden.

Dort stehen oder gehen wir also, jeder einzelne von uns, alleine, zu zweit, zu dritt, mit Familie oder Clique, in Parteien, Organisationen, und und und. Da stehen wir also – oder treten auf der Stelle. Bewegung, nur um sich warm zu halten und die Glieder nicht einschlafen zu lassen: die Einsamkeit eines auf der Stelle tretenden Langstreckenläufers also, mit der Mentalität desselben, das Ziel zu erreichen, das für jeden woanders ist. Natürlich soll jeder seinen Weg gehen. Aber damit jeder das kann, sollten wenigstens die Grundbedürfnisse für jeden befriedigbar sein. Aber gerade daran mangelt es.

Wenn sich auch noch viele satt essen können und ein Dach über dem Kopf haben, wird dem Bedürfnis nach Verwirklichung, nach Selbstverwirklichung nicht mehr genüge getan. In fast allen Fällen bedingt die Erfüllung des einen, die Nichtanerkennung des anderen. Aber das kennen wir ja. Trotzdem. Nur die Situation des sich verkaufen müssens, um Körper und Geist erst einmal die Chance zur Selbstverwirklichung zu geben, bedingt oder erzeugt den Mangel an Selbstverwirklichung.

Naja – „schmal ist der Weg und eng die Pforte und nur wenige werden es sein, die..." – Selektion also! Der Stärkere bleibt übrig. Wer will da nicht stark sein? Und – könnte nicht derjenige, der auf der anderen Seite des Zaunes einem gegenübersteht, der sein, der übrigbleibt, während man selbst...? Nicht auszuhalten. Der andere, die andere Gruppe wird zum Gegner: Neid, Haß Mißgunst entstehen, wie sie schon immer entstanden sind. Auch das wissen wir. Eigentlich wissen wir doch eh alles, oder nicht? Aber warum dann noch lange polemisieren und Tatsachen wiederkäuen? Sind wir denn von der allesumfassenden Lösung so weit weg und sind die Gedanken und Gespräche um die Lösung nicht selbst die Illusion, die uns im Wege steht, ein Traum unerfüllbar, aber unverzichtbar für das weitermachen? Ist das nicht der Motor für jeden von uns? Und trotzdem wird er immer wieder durch diese scheinbare Unerfüllbarkeit, durch unsere Illusionen und Träume abgewürgt. Es schaut so aus, als ob wir unsere Ziele so weit von uns weggesetzt haben, daß wir sie fast aus unseren Sinnen verloren haben, trotzdem wir laufen und laufen. Vielleicht sollten wir die Strecke einfach verkürzen, also die Ziele näher stecken, erreichbarer machen. Die pessimistische Stimmung würde verschwinden, Optimismus würde wieder Einkehr halten, Kräfte gesammelt und konzentriert werden. Dann erst hätten wir was übrig für uns und für andere, die die gleiche Strecke laufen.

Aber jeder sollte sich zunächst einmal seine eigenen Ziele stekken, so nah vor sich, daß sie verwirklichbar sind. Theoretisches Gefasel? Aber das ist doch die Netzwerkgeschichte: Selbsthilfe – Hilfe zur Selbsthilfe. Hilf Dir selbst, dann wird Dir geholfen! Wenn Du willst, daß man Dir hilft. Aber die Antwort mußt Du Dir selbst geben! Aber was wollen wir, was wollen wir wirklich? – „Von dem würde ich mir nicht helfen lassen!" – Warum vertrauen wir nicht? Warum verzeihen wir nicht? Warum vergessen wir nicht?

Um weiterzukommen auf unserem Weg sollten das unsere ersten Ziele sein, auch wenn wir noch ein paar mal in den Krater stürzen. Bis jetzt sind wir doch immer wieder rausgekommen. Also lassen wir den andern endlich wie er ist. Nörgelei und Kritik sind nur Viren, die dem Gesamtorganismus schaden, krebsige Zellen, die sich durch unseren Leib gefressen haben und jegliche Zusammenarbeit unmöglich machen. Also lassen wir den andern. Er wird sich schon von alleine ändern, alleine oder angeregt durch unser eigenes Beispiel. Zeit haben wir noch genug, auch wenn sie nur noch reicht, ein Apfelbäumchen zu pflanzen! Aber geben wir den andern immer wieder die Möglichkeit aufzuspringen. Nur so wird unser Weg ein gemeinsamer! Verlangen wir vom andern nicht einmal das, was wir selber zu leisten imstande sind. Respektieren wir seine Verstrickung, die Divergenzen zwischen seinen Möglichkeiten und seinen Hindernissen. Erwarten wir nichts. Machen wir also die Sache für uns klar, wischen wir die Illusionen vom Tisch und füllen wir damit die Gräben zwischen uns. Das ist Aktivität! Das ist Selbsthilfe! Das ist Hilfe zur Selbsthilfe! Fangen wir klein an, noch mal von vorn, von unten, an der Basis, dem abgenützten Standpunkt, im Labyrinth unserer eigenen Wertewelt.

Johannes

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Netzwerk und öffentlich finanzierte Beratungsprojekte oder:

Die Wildsau und das künstlich verlängerte Zuchtschwein

Netzwerk:
Beratung
- als Weitergabe von Erfahrungswerten?
- als Nachhilfe für Zugangsberechtigungen zur „freien" Marktwirtschaft: „Wie werde ich alternativer Jungunternehmer?"
- als 1001 Nacht der alternativen Ökonomie?
- als Vermittlung einer Umformungsstrategie kapitalistischer in postkapitalistische Prinzipien?

Beraterschnellgewächse:
Beratung
- als endlich mal wieder nen Job, wenn auch nur für ein Jahr gesicherf (ABM)?
- als Verteilung von Streicheleinheiten für ungeduldige oder unzufriedene Projekte?
- als über-den-Zaun-ziehen ins Paragraphengerechte Projekt?
- als Care-Paket-packen (Notration in der Einkommenssicherung statt politische Handlung)?
- als „Sozial-Innovationsmanagment" (ZERP Rdb 5/86) Ideenklau und Abzug von Kompetenzen?

unter Verwendung des alternativen Jargons und äußerer Formen wird Vertrauen erweckt: Selbsthilfe ist super, Selbstverwaltung ist top.

Einst begab es sich also...
Netzwerk wurde zu einer Zeit gegründet, als die Aufbruchstimmung der damaligen mehr-oder-weniger politischen Szene (auf alle Fälle Szene oder die „proletarischen Intelektuellen") ihre Phantasie an neue Ufer trug...

Netzwerk war somit ein Solidaritätstopf für neue Formen und Inhalte, für Experimente und Versuche, politische Theorie in die Praxis umzusetzen: **„anders leben – anders arbeiten".**

Während der Phase der Konsolidierung und Professionalisierung in den Projekten (irgendwann werden wir uns schon mal im Griff haben, hoffentlich nicht im Würgegriff) verharrte die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit auf lästige Weise.

Netzwerk wurde mehr und mehr (zusammen mit hinzukommenden alternativen Meta-Einrichtungen) zum Reflexionsbassin für die „neue Ökonomie", hatte aber durch seine ehrenamtliche Struktur nicht das Kreuz, den strategischen Unterbau für konkrete Forderungen zu liefern. So machten sich einige arbeitslose Symphatisanten (u.a. aus der geisteswissenschaftlichen Ecke) auf die Suche nach Staatsknete, die ihnen die Brotsuppe während dem Aufspüren der „Knackpunkte" sicherten. Das Etikett, unter dem die Knete zu bekommen war, hieß: „Beratung von Selbsthilfegruppen" oder „wissenschaftliche Untersuchung über neue soziale/ökonomische Bewegungen".

Staatsknete für Beratungs-/Anwalts- und Vermittlerfunktionen an arbeitslose Bildungsschichtler zur Verlängerung der öffentlichen Hand

In einem Artikel der Frankfurter Rundschau vom 31.1.84, S. 10 meint ein SPD-Sympathisant: „Die öffentliche Hand muß Selbsthilfegruppierungen mit Steuergeldern unterstützen. Allerdings nicht, wie es die Alternativen fordern, eine auflagen- und kontrollfreie Finanzierung:
- finanzelle Unterstützung der Gründungsphase durch Sach- und Personalkosten (ABM)
- durch Übernahme einer Beratungs und Anwaltsfunktion im organisatorischen, politischen und rechtlichen Bereich
- Vermittlung von Kontakten zu anderen Selbsthilfegruppen: Informationsbroschüren, Adressenverzeichnisse."

Die erwünschte Gängelung kommt hier – neben den etatistischen Kontrollgelüsten – aus der Überzeugung, daß Selbsthilfegruppen und alternative Betriebe einer privilegierten Mittelschicht vorbehalten sind und der „breiten Schicht der Bevölkerung" (wohl ehemaliges Proletariat) gegenüber nicht offen. Wenn also Staatsknete (Steuergelder) hier in nichtproletarische Hände gelangt und wenn die Selbsthilfe angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit und Sozialabbau nicht mehr abzuschaffen ist, dann sollte sie zumindest durch die Verwaltung kontrolliert sein.

Eine „gute" Selbsthilfe gewährleistet demgemäß „...ein Höchstmaß an Effizienz ... durch Verstärkung der Wirkung öffentlicher Leistung... und durch Übernahme mit der lokalen Verwaltung vereinbarter Aufgabenstellungen..." (ebd.)

Für die Konservativen ist die Devise recht einfach: „Selbsthilfe statt Sozialstaat" (siehe CONTRASTE 22/23, Seite 13)

ABM als „wegweisendes" Instrument
Durch ABM-Gelder wird das Anzapfen von Staatsknetetöpfen auf folgende Dimensionen beschränkt:
a) die Tätigkeit darf nicht „marktverzerrende" Wirkung haben (= darf nicht gewinnbringend sein, also: sozial, abstrakt)
b) sie darf nicht im eigentlichen Zweck des Vereins/gemeinnützigen Betriebs angesiedelt sein (zusätzlicher Arbeitsplatz)
c) sie muß vom Träger spätestens nach drei Jahren selbst finanziert werden (Kurzprogramm, dann Sendepause, Durchlauferhitzer, Bittgesuche)

Aus diesen Vorgaben entstehen Kurzfristige (c) Projekte aus der „zusätzlichen" (b) Meta- = Beraterebene, die sich auf Grund ihrer „weitgefaßten" Äußerungen nicht in Konkurrenz (a) zu Wirtschaftsberatern begeben. Um ein Weiterleben des Beraterprojekts/des eigenen Bankkontos zu sichern, wird versucht, mit Leistungsnachweisen in Form von Broschüren über: wer wen wie worüber beraten hat und was noch alles zu beraten-ist, die Verwaltung zu zusätzlichen Almosen zu bewegen. Nach der starken Anbindung oder Inkooperierung durch die etablierten Verbände geht es dann diesen Gewächsen immer besser. – Der Beratungsboom ist perfekt!

Arbeitslose Sozialpädagogen, Soziologen, Psychologen u.ä. hauen sich um die Stellen, die mehr den Zweck zu haben scheinen, den Außenstehenden besseren Einblick in die Entwicklungen der Szene (und sonstiger Marginalisierter) zu verschaffen, als die Szene im Kampf gegen das Staatsknetеverwirrspiel zu unterstützen – auch wenn der/die Einzelne mit den Alternativen sympathisiert.

Etatismus
Durch das steigende Ansehen alternativer Projekte fangen von Arbeitslosigkeit gepeitschte Regierungen, Parteien, Kommunen und erfolgsuchende Wohlfahrtsverbände (und Jugendverbände) an, sich zu überlegen, was aus der alternativen Bewegung wohl für sie abzukupfern sei, um ihre eigene Politik aufzumöbeln, bzw. im Trend zu liegen.

Projekte entstehen nicht mehr von selbst, sondern werden in Retorten geboren und mit vielen Infusionen hochgepäppelt – was oft dann auch nicht gelingt.

Der Ideenklau und die nachfolgende Pervertierung des Selbstbestimmungs- und Verwaltungsgedanken ist nicht ganz perfekt, aber trotzdem ziemlich übel. Auch wenn es die „Macher" mal wieder nur gut meinen mit den „Betroffenen", so ist es doch noch lange nicht die Sache dieser sogenannten Betroffenen. Das Ergebnis ist dann, daß die bildungsbürgerlichen Samariter durch das „Selbsthilfe"projekt zu kompetenten Fachleuten aufpoliert, die „Betroffenen" zu unfähigen Benachteiligten stigmatisiert werden!

dazu: bei den Projekten des „2. Arbeitsmarktes" in München (Mischfinanzierung ABM und kommunale Gelder) wurde von Studenten festgestellt, daß die Projekte generell in Händen von Leuten mit höherer Bildung sind.

Ökonomische und ständische Interessen

Die etablierte Wirtschaft und ihre Lobbyisten haben natürlich kein Interesse daran, daß die Schwelle zum Unternehmertum mit geringerem Aufwand an Kapital und sonstigen Eingangsvoraussetzungen (IHK, HK) überschritten werden kann. Zu der großen Zurückhaltung der Banken bei der Vorfinanzierung nicht-gewinnorientierter Kollektivbetriebe kommt die Verweigerung von öffentlichen Geldern für wirtschaftliche Vorhaben über das Sprachrohr Verwaltung.

Projekte, die aus der sozialen und zusätzlichen Förderungsecke heraus ein ökonomisches Standbein entwickeln wollen, um ihre Zukunftsperspektive jenseits von Staatsknetеabhängigkeiten zu gestalten, werden hier mittels Zuschußrichtlinien eiskalt abgeblockt. – und – guter Rat ist jetzt: der Rat der Beratungs-GmbH oder der Rat der Netzwerkstrategen????.....

Jedoch steht auf der anderen Seite auch ein wachsendes Interese an den staats- und wirtschaftserhaltenden Qualitäten der Alternativbewegung, an ihrer „Umlenkung gesellschaftlicher Widersprüche in die individuelle Bearbeitung", an der persönlichen Identifikation mit dem Arbeitsgeschehen. Denn eine stärkere Einbindung der Person durch Übertragung von Teilverantwortung gibt Aussicht auf erhöhten Profit. Durch Übernahme Potemkin'scher Selbstverwaltungs-strukturen und alternativem Gehabe, durch Zuzug in die von Alternativen aufgespürten ökologischen Nischen erwächst den alternativen Betrieben massive Konkurrenz, ein zusätzlicher Gefahrenfaktor umzukippen.

Die Aufgabe des Netzwerks
Es ist aus diesem Bewußtwerdungsprozeß der Abläufe heraus kein Zufall, daß die Netzwerker näher zusammenrücken, in die BAG und LAG's, denn es steht dringlichst an, aus der Reaktion auf Staatsknete heraus zur Formulierung der politischen und finanziellen Ansprüche zu gelangen:

„Wird auf dem Hintergrund d(ies)er Prozesse das Unvermögen oder die Weigerung beibehalten, die in der eigenen Perspektive enthaltene Ambivalenz selbst zu bewegen, und zwar auf Lösungen hin, die auf Eingriffe in die gesellschaftlichen Strukturen gerichtet sind, die die erreichten Potenzen der gesellschaftlichen Arbeit zum Ausgangspunkt der Erneuerungen machen, statt sie so weit wie möglich zu negieren *(so nicht drum zu kümmern. M.)*, so besteht die reale Gefahr der Auflösung dieser Ambivalenz nur in eine Richtung: eine konservativ-reaktionäre Gesellschaftsperspektive." (Marlo Riege in: Heinz Bierbaum u.a. – Die neue Genossenschaftsbewegung, S. 156/7) (soweit Marlos Meinung – bitte mehrmals lesen!)

Netzwerk als politisches Instrument zur Durchsetzung der Ansprüche von *„anders leben – anders arbeiten"* hätte in seiner „Beratungs"funktion für sich die politische Funktion von bestimmten Vorgehensweisen zu informieren und nicht ein kleines §§-beratungspflänzchen neben den etablierten Beratungsgewächsen zu spielen, die auch nur gangbare Wege durch den §§-Dschungel der Behörden (im positivsten Fall) aufzeigen.

Und das Wort Beratung brauchts auch nicht, ebenso wie das Wort Selbsthilfe!!!

Um diese Einschätzung von seiten der Netzwerke leisten zu können, bedarf es – neben Kohle – eines entsprechenden Zusammenhalts.

Wenn sich Netzwerke als Lobby für Alternativniks verstehen, ist es an der Zeit, Finanzierungskonzepte mit entsprechendem politischen Back-Ground zu formulieren und mit entsprechendem politischen Auftreten durchzufechten!!!!!!

Monika Seidel

Morsezeichen aus Berlin
Rauchzeichen aus Landsberg
Telefongespräch aus München

Netzwerke sind anscheinend Clubs von Dilletanten und Schwätzern, die nicht in der Lage sind, die einfachsten Mechanismen eines auch auf Pluralismen aufbauenden Staates mit demokratischem Anspruch zu durchschauen.

Warum, frage ich, kommen Berliner erst jetzt auf die Idee, eine Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Netzwerke anzuregen? Warum brauchen die Netzwerke in Bayern erst „Morsezeichen" aus Berlin, bis sie die Notwendigkeit eines landesweiten Zusammenschlusses wenigstens diskutieren?

Die Netzwerke müssen dahin kommen, daß sie die Vorschläge bringen, mit denen sich andere auseinanderzusetzen haben, und nicht umgekehrt.Aus den „gleichen" Gründen, wie sie in der Denkschrift von Franz-Josef Bartsch (Berlin) aufgeführt sind (siehe auch CONTRASTE 21/86), läßt sich auch die Notwendigkeit eines Landesverbandes Bayern begründen.

Ich frage im Nachhinein, ob diese Gründe nicht vor einem Jahr auch schon ihre Gültigkeit hatten oder waren diese „Bremser" auf den Bayern-Treffen nur noch nicht soweit in ihren politischen Einsichten. Vielleicht war auch einfach der Öko-Fond-Topf näher und hat dadurch andere Überlegungen verhindert. Falls es an den „Einsichten" mangelt, können diese jetzt noch nachgeholt werden, hoffentlich ist es nicht etwas zu spät. Wir sollten in Zukunft einfach etwas „skrupelloser" mit sowieso vorhandenen Instrumentarien umgehen und auch etwas vorbehaltloser ohne die verbreiteten Minderwertigkeitskomplexe (wir sind zu wenige etc.) neue und alte Netzwerk-Perspektiven diskutieren.

Es sollte nicht wieder vorkommen, daß wir aufgrund der uns überholenden politischen Veränderungen (z.B. GRÜNE im Landtag) erst mal auf dem „Schlauch stehen" und dann nur noch schauen können, daß Geld durchfließt. Die politische Diskussion lassen wir in der Eile dann zunächst weg und holen sie wegen dem Streß mit der Geldvermittlung auch nicht mehr nach.

Hans

Kurzes polemisches Statement über ein Netzwerk-Beraterselbstverständnis, mit kleinem Hoffnungsfunken:

Anstatt gemeinsam über die „Tellerränder" unserer „Nischen" hinaus, gesamtgesellschaftliche Konzepte zu entwickeln, verschiedene Umsetzungsmöglichkeiten auszuprobieren, politische Inhalte mitlaufen zu lassen, gehen wir daran, uns bei den wirtschaftlich „Mächtigen" auf kriecherische Weise (s. Finanzierungstagung der STATTwerke – Bankenforum) eine Gleichbehandlung und Gleichstellung unserer Klientel zu erbetteln. Überall wo Staatsknete winkt, verstummt die Diskussion über politische Inhalte.

Wir als Makler und Mittler einer „alternativen Konkursmasse" sehen uns genötigt, in einem strukturell nicht klar umrissenen Sumpf von „Projekten" zu waten und deren Gleichstellung aus einem unterpriviligierten in einen anerkannten „Stand" zu fördern. Was wir betreiben ist „Standespolitik" für einen unterentwickelten Bereich innerhalb des wirtschaftlichen und sozialen Gesamtgeschehens in dieser Republik. Wobei der weitaus größte Teil der Berater weder diesem „Stand" angehört, noch sich angehörig fühlt.

Wenn wir es nicht schaffen, z.B. über Netzwerke oder ähnliche Einrichtungen, zwischen sogenannten Projekten und Einzelnen, in herkömmlichen Bereichen erwerbstätigen Menschen, eine Brücke von gemeinsamen Interessen zu formulieren und bekanntzumachen, wird sich in jedem Bereich eine lückenlose Eingliederung in die Mechanik kapitalistischer Verwertungsinteressen einstellen.

Die, aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Krisen, zunehmende Konzentration auf die bloße Existenzsicherung der eigenen Person, wird eine, im weitesten Sinn „politische Kultur" mit klaren Zielvorstellungen unmöglich machen. Aber trotzdem: wir werden weiterwurschteln!!!

Hans

Bunte Seiten

Red. Heidelberg Die **BUNTEN SEITEN**, der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft als Beilage der CONTRASTE, werden im November '86 wieder erscheinen. Wer in diesem aktuellen Branchen- und Projektführer bisher noch nicht vertreten war, sollte sich möglichst umgehend mit dem Zeitsprung-Verlag, Gaisbergstr. 97 (HH), 6900 Heidelberg 1, in Verbindung setzen. Die Adressseneinträge sind kostenlos.

Um die BUNTEN SEITEN finanzieren zu können, bitten wir Betriebe und Projekte um eine Schaltung von Inseraten. Preisbeispiel: Anzeige 1-spaltig, 43 mm breit und 30 mm hoch, kostet 30 DM netto.

Die „Anzeigenpreisliste ist ab sofort abrufbar.

Redaktionsschluß für diese Herbst/Winterausgabe ist unwiderruflich der 15. Sept. 86.

Die Mühen der Berge und Ebenen

Grundlegungen zur Alternativen Ökonomie

Die Mühen der Berge und Ebenen bestehen gleichzeitig. Praxis und Theorie sind aufeinander bezogen, bedürfen des immerwährenden Vergleichs. Beide Momente zusammen zu denken ist notwendig, um Alternative Ökonomie entfalten zu können, insbesondere über die Jahrzehnte der Strukturkrise hinaus.

Die soeben bei der AG SPAK (Kistlerstr. 1, 8 München 90) erschienenen „Grundlegungen zur Alternativen Ökonomie" unternehmen es in zwei Bänden zu je ca. 270 Seiten, einen exemplarischen Überblick über Geschichte und Aktualität subkultureller Ökonomie zu geben. Hierbei werden Diskussionsbeiträge vom frühen 19. Jahrhundert bis 1986 dokumentiert, sowohl vom Gesichtspunkt der Arbeiterbewegung her, als auch von jenem der diversen sozialen Bewegungen. Der überwiegende Anteil der Beiträge ist in früher viel gelesenen, zwischenzeitlich vergriffenen, Publikationen und Zeitschriften erschienen, die in der Diskussion zum Teil „klassisch" gewordene Aspekte des Themas beleuchten. Die Bände bemühen sich um eine umfassende Darstellung des Gegenstandes: vom Genossenschaftswesen, der Marxschen Kooperativenfabriken, den israelischen Kibbuzim ist ebenso die Rede, wie von Ökologie, Dualökonomie und Verselbständigungstendenzen, von Frauenfrage und Alternativforschung, von Ökobank, Betriebsberatung und Versicherungswesen.
Nachfolgend, als Vorabdruck, die „Notate zu den Mühen der Berge", aus dem ersten der beiden Bände, von Rolf Schwendter.

Wenn Bertold Brecht einmal ausgeführt hat, die Mühen der Berge lägen nun glücklich hinter uns, aber vor uns lägen die Mühen der Ebenen, ist dies in seiner einem damals gültigen Revolutionsmodell entsprechenden Ausschließlichkeit für die Entwicklung der Alternativen Ökonomie unzutreffend. Das zentrale Problem Alternativer Ökonomie, um in der Metapher zu bleiben, besteht darin, gleichzeitig den Mühen der Berge und den Mühen der Ebene ausgesetzt zu sein. Gleichzeitig bleibt die Frage, wie denn eine Gesellschaft aussehen könne, die auf dem, was heute als Alternative Ökonomie erscheint, basierte, nicht länger das Betätigungsfeld einiger Privatgelehrten und Utopist(inn)en, sondern wird den alternativen Bewegungen unter Etiketten wie „Selbstverwaltungswirtschaft", „zweiter Arbeitsmarkt", „lokale Beschäftigungsinitiativen ", ‚Umbau der Gesellschaft" – um nur einige zu nennen, geradezu aufgedrängt. Gleichzeitig wird im Zuge einer Praxis, die selbst in Mitteleuropa zwischenzeitlich das erste Jahrzehnt überschritten hat, überdeutlich, daß der Teufel im Detail steckt. Kaum ein größerer Kontrast ist denkbar, als der zwischen großformatigen gesellschaftlichen Entwürfen und dem markt- oder staatskneteorientierten Alltag einer Hinterhofhandwerklerei. Und doch ist es nötig, beide Momente zusammen zu denken, um Alternative Ökonomie entfalten zu können, insbesondere über die Jahrzehnte jener Strukturkrise hinaus, in welcher wir stecken (und noch auf absehbare Zeit stecken werden).

Als ich vor nunmehr elf Jahren damit begann, auf Grund von Erfahrungen in alternativen Organisationen und Verbänden darüber nachzudenken, wie sich subkulturelle Ökonomie einigermaßen verallgemeinerbar darstellen läßt, erschien dies weithin als das Hobby eines Sozialwissenschaftlers, der sich ohnehin mit etwas so Obskurem wie Subkulturen befaßt. Am meisten überrascht hat mich hierbei, wie wenig sich an jenen strukturellen Voraussetzungen geändert hat, von welchen ich in den „Notaten" 1975 geschrieben hatte. Eher ist der Gegenstand der damaligen Kritik nahezu entschwunden: der Mythos der Autarkie, die überhöhten Selbstausbeutungsraten, die Illusionen vom „Freistaat". Gab es auch (was oft übersehen wird) damals bereits eine erkleckliche Anzahl alternativer Projekte (etwa im Umkreis des linken Buchhandels, dezentraler Medien, ländlicher Wohngemeinschaften, anthroposophischer Assoziationen, nicht zu sprechen vom nicht-mitteleuropäischen Raum – von LIP bis Tvind, von „The Farm" bis zu den Kibbuzim), so wäre doch wenigen die Prognose eingefallen, daß man/frau sich 1986 nur noch darüber streiten würde, wie hoch jene sechsstellige Zahl von Leuten ist, die sich über Mitarbeit in alternativen Projekten am Leben hält. Und wie sie sich noch steigern ließe.

Dieses rasante Entstehen eines, wie immer in sich problematischen, „alternativen Sektors' hat selbstredend zu einer neuen Schere zwischen jenen geführt, die an Bestand und Erweiterung desselben interessiert sind. Zum einen ist manchen dieser Prozeß nicht rasant genug vor sich gegangen, und sie sind enttäuscht und wenden sich den nächsten Gegenständen zu. (1) Zum anderen geht es vielen anderen zu rasch, wird ihnen zu unüberschaubar. Und da sie fürchten, daß sich eine Ausweitung Alternativer Ökonomie ähnlich zentralisierend auswirken würde, wie die Maßnahmen des Staates und der großen Industrie (Atomkraftwerke, Aufrüstung, Computerrisierung, Verdatung, Genmanipulation), wird von ersteren jedem neuen Projekt, das von Größe und Ausweitung her geeignet ist, die Dimension des Hinterhofs zu überschreiten, zunächst einmal Opposition entgegengebracht. Und manchmal auch auf Dauer (2).

Entsprechend ist es kein Wunder, daß es derzeit keine in sich kohärente Vorstellung davon gibt, wie jene „Selbstverwaltungswirtschaft" aussehen könnte, von der als Zielvorstellung oft die Rede ist, die aus den alternativen Projekten selbst kommt. Wenn es auch kein Zufall ist, daß die Anzahl der einschlägigen Utopien im bislang letzten Jahrzehnt steil angestiegen ist, so wiederholen diese (einschließlich meiner eigenen) den vertrauten Sachverhalt, unabhängige Privatarbeiter zu sein, deren Zusammenhang zu den real existierenden alternativen Projekten bruchstückhaft bleibt.

Obwohl sie am wenigsten in der zurückliegenden Praxis Alternativer Ökonomie geschichtlich bislang in Mitteleuropa authentisch geworden ist, erhitzt schubweise die Vorstellung der Großkommune (und, entsprechend, der Selbstverwaltungswirtschaft als eines Verbunds derselben) immer wieder die alternativen Gemüter. Und dies schreibe ich im vollen Bewußtsein dessen, daß sich diese Diskussion im Moment in einem Wellental befindet, und die wenigen mitteleuropäischen Kommunen mit mehr als 30 Leuten, die es gibt, in andere Länder umgezogen sind, diesen Umzug planen, oder sich in Genossenschaften transformiert haben. Aber der nächste Wellenberg kommt bestimmt (M 72, Gizycki und Bahro, M 73, Blechschmidt und Opielka/Trede).

Löst die Kommunendiskussion den historisch gewordenen Widerspruch zwischen Stadt und Land zugunsten des Landes auf (3), so ist die herkömmliche Genossenschaftsbewegung zumeist städtisch orientiert (wir sehen hier von den Genossenschaften in der Dritten Welt ab). Die zumindest implizite Vorstellung einer selbstverwalteten Gesellschaft, die in einer überwiegenden Vielzahl von handwerklichen Kooperativen, später Kollektivfabriken, gründet, entspräche in etwa dem jugoslawischen Realsozialismus, reduziert um die führende Rolle einer kommunistischen Partei.Den zunehmenden Ausbau einer Selbstverwaltungswirtschaft auf der Basis von Kollektivbetrieben, und das noch unter kapitalistischen Bedingungen mit Hilfe von Alternativbanken – ja, auch das hat noch Marx prognostiziert (und ich gestehe gerne, daß ich selbst dieses Zitat fast 13 Jahre lang verdrängt hatte):

„Die Kooperativfabriken der Arbeiter sind, innerhalb der alten Form, das erste Durchbrechen der alten Form, obgleich sie natürlich überall, in ihrer wirklichen Organisation, alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren und reproduzieren müssen. Aber der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist innerhalb der selben aufgehoben, wenn auch zuerst nur in der Form, daß die Arbeiter als Assoziation ihre eigenen Kapitalisten sind, d.h. die Produktionsmittel zur Verwertung ihrer eigenen Arbeit verwenden... letzteres (das Kreditsystem. Anm. R.S.), wie es die Hauptbasis bildet zur allmählichen Verwandlung der kapitalistischen Privatunternehmen in kapitalistische Aktiengesellschaften, **bietet ebenso sehr das Mittel zur allmählichen Ausdehnung der Kooperativunternehmungen auf mehr oder minder nationaler Stufenleiter.** Die kapitalistischen Aktienunternehmungen sind ebenso sehr wie die Kooperativfabriken als Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte zu betrachten, nur daß in der einen der Gegensatz negativ und in der anderen positiv aufgehoben ist." (Kapital III, S. 456). (M 72, Vester, Marx, 1. Internationale, SPD).

Dieses Bild von Selbstverwaltungswirtschaft und assoziierter Gesellschaft hat in der neueren Diskussion gleich mehrfach Bedeutung erlangt, auch wenn der Zusammenhang zu den Traditionen der Arbeiterbewegung unterbrochen worden war:

- In den Bestrebungen, Konkursbetriebe mittels Krediten (u.U. auch mit Staatshilfe, wie z.B. in Österreich) aufzufangen, und, bei eventuell konvertierter Produktpalette, in Selbstverwaltung der Arbeitenden weiterzuführen;
- in der Herausarbeitung der Konkurrenzvorteile überschaubarer Arbeiter(innen)genossenschaften, soweit sie mit zeitgenössischer elektronischer Maschinerie ausgestattet sind (was wiederum Kredit erheischt),
- schließlich in der unter mühsamen Diskussionen allmählich erfolgenden Herausbildung eines alternativen Kreditsystems aus Direktkreditvermittlungen, regionalen Bürgschaftsbanken und zentral-dezentralisierten Bankinstitutionen (GLS-Bank, Bankinitiative für Frieden und Ökologie, schließlich die anvisierte Ökobank).

(M72, M. Springenberg, Bollweg/Nowakowski, Otten, GLS-Bank, Flieger, Kück, Ökobankverein, Stattwerke)

In dieser Problematik lassen sich auch am ehesten jene Interessen wiedererstehender sozialdemokratischer Genossenschaftspolitik wiederfinden (bes. M 72, Otten), die nicht durch das gleichzeitige Schlagwort vom „zweiten Arbeitsmarkt" abgedeckt werden. Daß diese Position innerhalb der SPD (wie auch wohl der SPÖ) minoritär ist, daß insbesondere die DGB-Gewerkschaften jeglicher Form Alternativer Ökonomie mit fortwirkendem Mißtrauen begegnen, läßt sich der Kritik des WSI-Mitarbeiters Wolfram Elsner an den „Alternativen der Alternativbewegung' (was letzteres wohl auch immer sein mag) entnehmen (M 72, Elsner).

Besondere Bedeutung dafür, ob es nun auf lange Sicht zu einer Selbstverwaltungswirtschaft kommen könne, haben auch schon in der Vergangenheit jene Vernetzungen gehabt, in welchen ein Verbund vielfältiger Betriebe, Projekte, zumeist auch einer Bank, in gegenseitiger Hilfe aufeinander angewiesen ist. Mag es sich dabei um die sozialdemokratische (insbesondere die österreichische) Gemeinwirtschaft der Zwischenkriegszeit oder um den Münzenberg-Konzern gehandelt haben, mag es sich um die Kombination Hisdatrut / Kibbuzim, um die kalifornische Westküste (4) oder um das baskische Mondragon handeln: gelungene Versuche sind aufzuweisen, die gleichwohl voller Fallen stecken (5) und jedenfalls eine „Remoralisierung der Ökonomie" erfordern (M 72, Novy, Gross, Gubitzer u.a.).

Eine andere, gleichsam gemischtwirtschaftliche, Konzeption entfalteter Alternativer Ökonomie ist mit dem Stichwort der „Dualwirtschaft" entstanden mit der in „heteronomen Sektor" und „autonomen Sektor" zweiteilenden Utopie André Gorz' als Gipfelkreuz dieses Diskurses. Diese Konzeption kann davon ausgehen, daß Wirtschaft unter bürgerlichen (und realsozialistischen) Bedingungen jedenfalls immer schon „dual' ist, sich in Lohnarbeit und unbezahlte Arbeit (6) unterteilen läßt. Der Doppelcharakter der Dualökonomie liegt auf der Hand. Zum einen ist sie unmittelbar gebrauchswertorientiert, zielt auf Subsistenz ab, eröffnet emanzipatorische Möglichkeiten. Zum anderen ist sie gleichzeitig weithin unbezahlte Zwangsarbeit, in ihren Vollzügen von der hegemonialen Lohnarbeit voll durchdrungen, ebenso geeignet, einen Unterdrückungszusammenhang zu markieren (M 72, Huber, Olk/Heinze, Teichert, von Werlhof, Goldberg/Sörgel, M 73, Bierter/von Weizäcker).

Dualwirtschaft als Konzeption verlängert nun diese ausgewiesene Wirklichkeit, und gerät in entsprechende Schwierigkeiten. Zum ersten subsumiert mit Sicherheit der „heteronome Sektor" den „autonomen Sektor" unter sich, womit der „Autonomie" schon einmal enge Grenzen gesetzt wären. (7) Zum zweiten ist, wie ich bereits 1977 ausgeführt habe (M 73, R. Schwendter), die Formbestimmung von Dualökonomie extrem abhängig vom Stand der Akkumulationszyklen: Es ist anzunehmen (und in der zeitgenössischen Wirklichkeit bislang schlagend bewiesen), daß es sich in Zeiten strukturellen Aufschwungs vermehrt um neben der Lohnarbeit durchgeführte unbezahlte Arbeit handeln wird, in Zeiten struktueller Krise hingegen um warenförmige Alternativökonomie zwecks Sicherung alternativer Arbeitsplätze. Damit ist die (bereits von Joseph Huber seinerzeit kritisierte) „Doppelökonomie" in Kleinform bereits angelegt: eine tariflich-sozialstaatlich abgesicherte relativ privilegierte Form von Lohnarbeit gegenüber einer ungesichert-hausfrauisierten Form von staatlich subventionierter, eventuell durch ein Mehr an Selbstverwaltung ausgezeichneter Arbeit. Diese Gefahr liegt fraglos in den Konzeptionen vom „zweiten Arbeitmarkt", von den „lokalen Beschäftigungsinitiativen " etc.: in ihnen liegt die gesamte Spannweite von einer verschleierten Zwangsarbeit zu Sätzen, die noch unter der Arbeitslosenhilfe lägen, bis zur Chance zum Ottenschen „Rochdale-Revival". Zum dritten, trifft die Abhängigkeit von Akkumulationszyklen zu, hätte dies auch Konsequenzen für Claudia Werlhofs Hausfrauisierungs Theorie: Diese, eine Folge der weltweiten Strukturkrise, würde im Zuge des nächsten strukturellen Aufschwungs durch einen Prole-

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 12

tarisierungsschub abgelöst werden, dieser wieder in der nächsten Krise durch erneute Hausfrauisierung, und so endlos weiter – bis zum Eintreten des Ökosozialismus oder der Barbarei. Zum vierten schiene es mir jedoch falsch, die dualwirtschaftlichen Konzeptionen vorschnell abzuschreiben. Solange von der Existenz der Geldware auszugehen ist (8), wird bei einer wie immer gearteten Assoziation der Produzent(inn)en ein Konsens darüber hergestellt werden müssen, welche Tätigkeit bezahlt werden wird, und welche nicht.

Viertens sind im Umkreis der ökologischen Bewegung immer wieder Ansätze einer Selbstverwaltungsgesellschaft entworfen worden. (9) Schon die adjektivischen Metaphern dieser Konzeption kennzeichnen ihren beabsichtigten Inhalt: fließend, sanft, permanent, lebenswert. Schon der Vergleich dieses meist idyllisch-harmonisch gezeichneten Überlebensmodells mit dem realalternativen Hickhack läßt die Umsetzung der Mühen der Berge in die Mühen der Ebenen als problematisch erscheinen. Zum Ausdruck kommt dies etwa in dem eingeschriebenen Widerspruch (10), gleichzeitig (und zu Recht) eine Gesellschaft mit beendetem Akkumulationsprozeß des Kapitals als Grundlage des Flusses, der Sanftheit, und der Dauerhaftigkeit voraussetzen zu müssen, gleichzeitig aber auch gezwungen zu sein, selbst zu akkumulieren, um sich zu einer Selbstverwaltungswirtschaft ausdehnen zu können. Immerhin ist aus diesen Ansätzen dennoch eine Menge zu lernen. Nicht nur, daß sie die zwischenzeitlich längst vertrauten Konzepte von Überschaubarkeit, Dezentralisierung, Rotation, Umweltverträglichkeit, wiedergewinnbarer Energie so nicht entworfen, so doch aktualisiert haben, haben sie einen Markstein zukünftiger Selbstverwaltungskonzeption gesetzt, der über jene der Arbeiterbewegung ebenso hinausragt, wie über jene der Kommuneideen und auch jene der feministischen Utopien: den der Antwortvielfalt. Von nun an wird Selbstverwaltungswirtschaft, herrschaftsfreie Gesellschaft nicht anders denkbar sein, denn als ein (11) Sammelsurium von höchst verschiedenartigen Kommunen, Genossenschaften, Projekten, Vereinigungen, Gemeinschaften, Produktionseinheiten, Kollektive, deren „Vereinheitlichung" eher ein Alarmzeichen wäre, denn eine besondere „sozialistische Errungenschaft".

Die erwähnte Komplikation und Anstrengung führt uns nun zu einem der mühsamsten Berge Alternativer Ökonomie auf dem Wege zur Selbstverwaltungswirtschaft, zur Frage nämlich, wie sich diese verschiedenartigen Gebilde vernetzen können, ohne nicht sogleich wieder hierarchisierende Experten auszusondern. Letztlich scheint mir dies der Kern der berühmten Polemik Karl-Heinz Roths gegen die „neuen Geschäftsführer" alternativer Bewegungen zu sein. Diese hat von ihrer Aktualität nichts verloren. Schon 1991 könnte zu erwarten sein, daß grüne, nicht mehr rotationspflichtige, Berufspolitiker(innen), alternative Verbandsmanager(innen) und Ökobank-Aufsichtsrät(inn)e(n) einander freundlich die Hände schütteln, um für die weniger privilegierten Einrichtungen subkultureller Ökonomie nur noch „die da oben" zu sein. (12) Doch auch hinter Karl-Heinz Roths Polemik steckt ein Stück bislang nicht ausgewiesener Realutopie: ausdrücklich betont er, eine entstehende Selbstverwaltungswirtschaft der Kollektive zu unterstützen, ohne daß ersichtlich wird, wie es die Kollektive leisten werden können, Kollektive auf Dauer zu bleiben, ohne aus sich heraus „neue Geschäftsführer" zu entwickeln. Von der Beantwortung dieser Frage (vor allem in praktischer Hinsicht) würde im erfolgreichen Falle abhängen, ob Selbstverwaltungswirtschaft zu einer Assoziation der Produzent(inn)en werden könnte – oder zu einer Wirtschaft der Selbstverwalter (innen).

Die zunehmende Konkretisierung der alternativ-ökonomischen Diskussion in den bislang letzten Jahren (vor allem seit ca. 1982) hat dazu geführt, daß zu Recht vermehrt Fragen aufgeworfen worden sind, die die zukünftige Sicherung der im alternativen Sektor arbeitenden betreffen. Dies scheint mir für eine gestiegene Kontinuität (und damit einer verstärkten Authentizität eines latent-tendenziellen Übergangs Alternativer Ökonomie in eine realutopische Selbstverwaltungswirtschaft) zu sprechen: wer im „Freistaat Sowieso" mit guten Feelings generationsübergreifend „autark leben" will, kann in drei Jahren auf Weltreise, in einer Rockband, oder sonstwo, sein – wer sich Gedanken über garantiertes Mindesteinkommen, Sozialversicherung oder Altersversorgung macht, will hingegen wahrscheinlich dableiben (M 72, Deerberg)

Bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland, ist es dem Garantierten Mindesteinkommen gelungen, innerhalb von nur vier Jahren von einem Geheimtip unter Insidern zu einer veritablen politischen Forderung zu werden. Seine Problematik ist bekanntlich vielschichtig. Zum ersten, vom Gesichtspunkt der Realutopie aus gesehen, bedeutet es mit Sicherheit einen Rückschritt: ging die Konzeption der Arbeiterbewegung (nicht ihre Realpolitik) von einer schließlichen unentgeltlichen Verteilung aller Güter und Dienstleistungen aus – ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" –, so schreibt die Forderung nach einem Garantierten Mindesteinkommen (13) den Fortbestand der Geldware auf absehbare Zeit fest. Zum zweiten bedeutet es einen erheblichen Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiete. Schon allein das Ende jener Demütigungen, Entwürdigungen, Entmenschlichungen, sozialen Kontrollen, die mit dem Bezug von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe unabdingbar verkoppelt sind, würde es gerechtfertigen, entschieden für diese Forderung zu kämpfen – ganz zu schweigen davon, daß damit gleichzeitig die Probleme des Lohnes für Hausarbeit, der Mindestrente, der Ausbildungsförderung, der bislang weithin ausgebliebenen Unterstützung wissenschaftlicher und künstlerischer Tätigkeiten mit einem Schlage vorerst gelöst wären. Zum dritten – und dies wäre der etablierten Seite durchaus noch zu konzedieren – bedeutete es eine weitreichende Verwaltungsvereinfachung. Zum vierten jedoch steht zu befürchten, daß es sich seitens der etablierten Seite nur um eine Art Sozialhilfe im neuen Gewande handeln würde, falls die Höhe nicht hinreichend wäre: nach den Absichten Milton Friedmans etwa läge es noch unter dem physischen Existenzminimum. Schließlich gäbe es eine Art materieller Mindestbasis für die Arbeitenden in alternativen (vor allem sozialen und kulturellen) Projekten – wenn auch dieser Aspekt von den Freund(inn)en des Garantierten Mindesteinkommens zuerst maßlos überbetont wird. (Das gesamtgesellschaftlich allemal Wahrscheinlichere wäre eher Garantiertes Mindesteinkommen plus Videospiele). „Das Garantierte Mindesteinkommen ist unabdingbar, aber es genügt nicht" (M 72, Opielka, Stalb)

Somit halte ich in der Bergbesteigung inne – zu bedenken ist, daß bei alledem noch Gedanken darauf zu verschwenden sein werden, wie die Systemgrenzen Alternativer Ökonomie hinauszuschieben sein werden (die Bankengündungen, wie auch die Staatsknetevergaben, sind der erste Schritt hierzu). – (M72, Schwendter, Kraushaar) Die Kommunen, die kreditgestützten Kollektivfabriken und Genossenschaften, die dualen und subsistenzbezogenen Ansätze, die dezentral fließende, auf Permanenz ausgerichtete Antwortvielfalt, die hierarchiearme Assoziation hierarchiearmer Kollektive, garantiertes Mindesteinkommen und soziale Sicherung: mühsame Berge mit vielen Abgründen dazwischen, von wackligen Stegen eher provisorisch überbrückt.

Rolf Schwendter

Anmerkungen:

(1) Um es sinnlicher zu machen: im Netzwerk Berlin gab es 1979 Leute, die im Planspiel davon ausgingen, daß um 1990 der „alternative Sektor" bereits 8 - 10 % des Bruttosozialproduktes erarbeiten würde.

(2) Ein eigener Band wäre notwendig, um diesen Prozeß, etwa an den Beispielen taz, Netzwerk Selbsthilfe, Partei DIE GRÜNEN, Netzbau, Emma, ASH, CONTRASTE, Gesundheitstag 1987, Ökobank, zu dokumentieren.

(3) Wie schon der große Utopist Charles Fourier, wie Goldsmith/Allen in ihrem „Planspiel zum Überleben" (dem heimlichen Vorbild des Rudolf Bahro von 1984) Großbritannien in einem Hundertjahresplan in über hunderttausend Großkommunen zerlegen.

(4) Wie in Leineweber/Schibels „Die Revolution ist vorbei, wir haben gesiegt" dokumentiert.

(5) Von der inneren Auflösbarkeit durch offene oder schleichende Zentralisierung bis zur Zerschlagung durch den Staat im Falle des Faschismus.

(6) Vor allem Hausarbeit, aber auch Eigenarbeit, Selbsthilfe, gegenseitige Hilfe etc.

(7) Einen Vorschein davon gibt die Entwicklung der bislang letzten Jahre unter dem (an sich fortschrittlichen) britischen Kleingenossenschaftsgesetz, wo schon von Patenschaften multinationaler Konzerne für alternative Projekte die Rede war. Überhaupt scheint mir eines der Dilemmata der „Mühen der Berge" darin zu bestehen, daß mir, sei es als theoretische Analyse, sei es als Utopie, sei es als Konzeption aus den Reihen alternativer Projekte, kein einziger Entwurf bekannt ist, der auch nur plausibel machen würde, wie auf dem Wege zu einer Selbstverwaltungsgesellschaft mit den multinationalen Konzernen umgegangen werden sollte.

(8) Und dies ist es derzeit, von den Kommune-Konzeptionen abgesehen, im alternativ-ökonomischen Diskurs allemal.

(9) Erinnert sei ebenso an die Ausführungen von Robin Clarke, Robert Jungk, Thedor Roszak, der Gruppe PROKOL (aus welchen Ausschnitte im vorliegenden Band dokumentiert sind) und vieler anderer, wie an die Realutopien von Ernest Callenbach, James Robertson, Hartmut Bossel (um nur einige zu nennen).

(10) Mit dem in etwas anderer Formbestimmung die Arbeiterbewegung auch schon befaßt war.

(11) Gleichwohl vernetztes, was die Sache sehr kompliziert und auch anstrengend machen wird.

(12) In den sozialen und kulturellen Projekten wiederholt sich dies tendenziell im Verhältnis zwischen Hauptamtlichen und unbezahlt Arbeitenden.

(13) Etwa im Gegensatz zu Kommunen, zu Kibbuzim, die die Unentgeltlichkeit auf kleiner Stufenleiter vorwegnehmen.

M 72
DIE MÜHEN DER BERGE

Inhalt:

Zur Geschichte der Alternativen Ökonomie
- Zur Geschichte der Genossenschaftsbewegung (Michael Vester)
- Die Kooperationsfabrik (Karl Marx)
- Positionen zur Genossenschaftsfrage (Rolf Schwendter)
- Der Münzenberg-Konzern (Babette Gross)

Zur Zeitgeschichte der Alternativen Ökonomie
- Der Jahrtausendmensch (Robert Jungk)
- Zum Modell einer neuen Kommune (Horst von Gizycki)
- Notate zur Kritik der alternativen Ökonomie (Rolf Schwendter)
- Eine Wirtschaft der Permanenz (Theodor Roszak)
- Die sanfte Ökonomie (PROKOL)
- Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung (Wolfgang Kraushaar)
  Die neuen Geschäftsführer der Alternativbewegung (Karl-Heinz Roth)
- Soziale Ökonomie und Dualwirtschaft (Josef Huber)

Zur Alternativen Diskussion
- Eigenarbeit, Selbsthilfe, Alternativökonomie: Entwicklungstendenzen des informellen Sektors (Rolf G. Heinze/Thomas Olk)
- Der intermediäre Sektor. Die Alternativökonomie im Modell der Dualwirtschaft (Volker Teichert)
- Hausfrauisierung der Arbeit (Claudia von Werlhof)
- Zur Tradition und aktuellen Bedeutung von Selbstverwaltungswirtschaft (Maria Springenberg)
- Das garantierte Mindesteinkommen ist unabdingbar, aber es genügt nicht (Michael Opielka/Heidrun Stab)
- Kommune wagen (Rudolf Bahro)
- Remoralisierung der Ökonomie (Klaus Novy)
- Kollektivbetriebe (Heinz Bollweg/Gerd Nowakowski)
- Rochdale Revival oder: Neue Chancen für die redlichen Pioniere der Cooperation (Dieter Otten)
- Die Genossenschaften von Mondragon (Luise Gubitzer/Jörg Flecker/Franz Tödtling)

Die Grundsätzliche Kritik an der Alternativen Ökonomie
- Die Alternativen der Alternativbewegung (Wolfram Elsner)
- Zur Kritik der Dualwirtschaftskonzeption (Jörg Goldberg/Angelina Sörgel)

Zur nächsten Zukunft der Alternativen Ökonomie
- Selbstdarstellung GLS Gemeinschaftsbank eG (Walter Burkart)
- Dritter Weg gleich zweimal (Burghard Flieger)
- Bank für Freaks (Marlene Kück)
- Die Ökobank: Entstehungsgeschichte, konzeptionelle Vorstellungen und aktueller Stand (Torsten Martin)
- Finanzwunder – Spargelder für selbstverwaltete Betriebe (STATTwerke Berlin)
- Altersversorgung – alternativ (Harald Deerberg)
- Notate zu den Mühen der Berge (Rolf Schwendter)

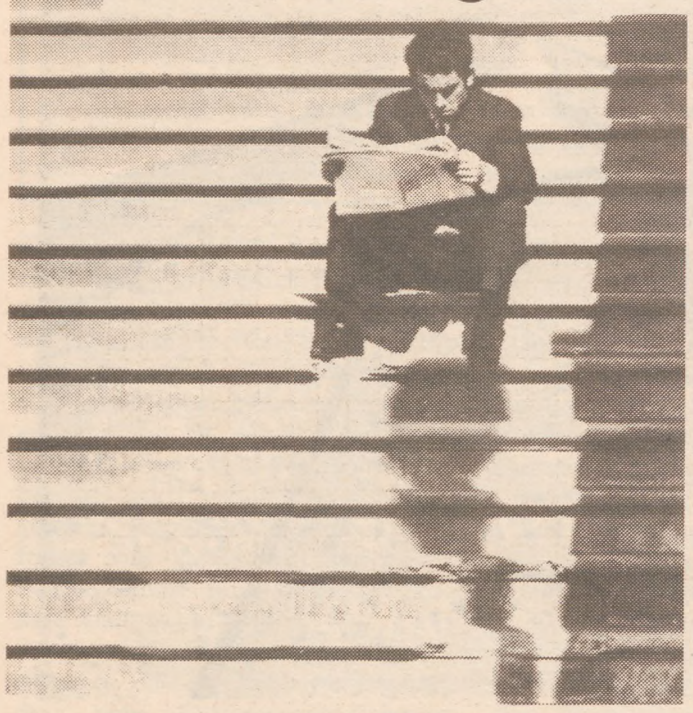
Zu beziehen über den Buchhandel oder:
AG SPAK Publikationen, Kistlerstr. 1, 8 München 90

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Notizen aus der Kulturszene

Von Eckard Holler



Red. Tübingen In CONTRASTE 21/86 berichteten wir über die MV im Theaterhaus Stuttgart am 8.5.86, bei der eine Übernahme der Geschäftsstelle der LAKS Baden-Württemberg (= Landesvereinigung der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren) aus unterschiedlichen Gründen nicht für möglich erklärt wurde.
Auf den Bericht von Eckard Holler antwortet Peter Grohmann (Mitarbeiter des Theaterhauses) mit einer persönlichen Stellungnahme.

Das Theaterhaus Stuttgart ist eigentlich eine Nummer zu groß, wenn ich mir die Fülle nicht erledigter Aufgaben anschaue. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nur von einer 60-Stunden-Woche träumen können, ist ein Beleg dafür. Fast alles, was wir machen wollen oder machen, muß aus der Not heraus Hals über Kopf getan werden. Handzettelverteilung und Werbung, Außen- und Innenkontakte, inhaltliche Vorbereitungen von Veranstaltungen – von den organisatorischen oder den finanziellen Bedingungen ganz zu schweigen – alles zwar mit ganzer Kraft – aber die doppelte wäre notwendig. Mitgliederbetreuung und Mitgliederwerbung kommen zu kurz, ein Termin hetzt den anderen, an allen Ecken und Enden fehlt es an Geld und Material, die Pressearbeit hinkt, der Vorverkauf müßte besser organisiert werden – all das geht nicht, weil uns schlicht die Menschen fehlen, die das leisten können. Im Wissen um diese innere Situation, die zu großen Belastungen, zu Frust bei allen, die am Haus mitarbeiten, führt, habe ich mir gesagt: Eine weitere Aufgabe können wir einfach nicht übernehmen es wäre den Freundinnen und Freunden von der LAKS gegenüber unverantwortlich, weil es im Desaster enden müßte.

Vielleicht fragt Ihr jetzt, warum denn das alles so ist. Es hat vielerlei Gründe. Einer davon: Wir sind kein in sich geschlossener Kreis – die am Haus Mitarbeitenden wurden aus allen Ecken und Enden zusammengetrommelt. Unsere Erfahrungshintergründe, unsere Vorstellungen von Organisation, Kultur, Politik sind sehr unterschiedlich, gemeinsame, fest fixierbare Ziele noch schwer auszumachen. Ihr wißt aus eigener Arbeit, wie lange es braucht, einen festen Kreis zusammenzufügen, zusammenzuschweißen, wenn das nicht zu pathetisch klingt. Dieser Prozeß ist im Theaterhaus noch lange nicht abgeschlossen. Ein weiterer Grund: wir sind eine im Rahmen der LAKS sehr untypische Einrichtung, haben unsere Rolle, unsere Funktion weder in Eurem noch in anderen Zusammenhängen auch nur annähernd diskutiert, weil uns das Haus verschluckt hat. Sowohl viele Mitglieder als auch viele Aktive kommen aus Arbeits- und Lebenszusammenhängen, die sie mit der soziokulturellen Bewegung noch nie in Verbindung gebracht hat. Daher tun wir uns so schwer mit einem Antrag, der mehr fordert, als wir leisten können.

Peter Grohmann

Goldesel für die GEMA?

Über den Umgang mit der GEMA

2. erweiterte Auflage, März 1986

Was ist die GEMA? ...was ist wofür an die GEMA zu zahlen? ...was ist die günstigste Vertragsart? ...
Auf diese und viele weitere Fragen geht die vorliegende 2. erweiterte Auflage dieser Arbeitshilfe ein.
Neu aufgenommen wurde insbesondere ein Kapitel zur Änderung des Urheberrechts, in der Erleichterungen für ‚Veranstaltungen der Jugendhilfe' festgeschrieben sind.
Bestellungen über:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1.
Preis. 4 DM und 1 DM Porto- und Versandkosten (bitte der Bestellung in Briefmarken beilegen).

Die Bundesvereinigung soziokultureller Zentren ist vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft beauftragt worden, eine Untersuchung der Situation der soziokulturellen Zentren in der Bundesrepublik und in Westberlin durchzuführen. Das Forschungsprojekt läuft vom 1.9. 86 bis 1.7.88. Zur Durchführung der Studie wurde von der Bundesvereinigung Udo Husmann (Hagen bzw. Hannover) und in beratender Funktion Thomas Steinert (Hannover) eingestellt. Die Abwicklung betreut Gerd Dallmann (Pavillon, Hannover) als Vertreter der Bundesvereinigung. Die Landesarbeitsgemeinschaften sind aufgefordert, die Arbeit zu unterstützen. Das Forschungsprojekt (incl. abschließenden Symposium) ist mit insgesamt 250.000 DM dotiert, so daß die Möglichkeit besteht, die in den einzelnen Bundesländern notwendigen Zuarbeiten zu vergüten. Der „offizielle" Titel des Forschungsprojektes lautet: „Berufsfelderweiterung und Qualifikationsbedarf der Hochschulabsolventen insbesondere der künstlerischen und kulturpädagogischen Studiengänge in der praxisnahen Kulturarbeit".

Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg (Prof. Dr. Helmut Engler) hat eine Übersicht über die Förderung soziokultureller Zentren in der BRD – Stand 1.6.86 erstellt und mit Schreiben vom 16.6.1986 dem Landtagsausschuß für Wissenschaft und Kunst zur Verfügung gestellt. Daraus geht hervor, daß es eine relevante und regelmäßige Förderung soziokultureller Zentren (in Hamburg: „Stadtteil-Kulturzentren") bisher nur im Stadtstaat Hamburg gibt. Stadtteil-Kulturzentren erhalten in Hamburg in der Regel Zuschüsse zu den laufenden Aufwendungen (Fehlbedarfsfinanzierungen im Rahmen der institutionellen Förderung). Außerdem werden hohe einmalige Aufwendungen für Erwerb, Herrichtung und Einrichtung von Gebäuden gewährt. Für 1987 sind 3,59 Mio. Mark laufende Zuschüsse und 250.000 Mark für Investitionen vorgesehen (1986: 2,927 Mio. Mark). Unterschieden werden drei Kategorien der Förderung (Startförderung neuer Zentren – meist einmalige Zuschüsse – Erprobung neuer Modelle, Erprobung kleinerer Einrichtungen). Förderungswürdig ist, wer 6 Kriterien erfüllt: Vorhandensein einer Initiative, integratives Konzept Stadtteilbezug, Kooperationsbereitschaft, Vorhandensein eines geeigneten Gebäudes, Aufbringen von Eigenmitteln.

Nach Äußerungen von Ministerpräsident L. Späth sind in Baden-Württemberg erstmals im Doppelhaushalt 1987/88 Förderungsmaßnahmen für soziokulturelle Zentren vorgesehen. Geplant sind jedoch nur Zuschüsse für „Investitionsmaßnahmen".
Die finanzielle Förderung des laufenden Betriebs wird von Späth als Angelegenheit der Kommunen angesehen. (Brief vom 9.4.86 an die SPD-Landtagsabgeordnete Elisabeth Nill; sinngemäß wiederholt bei der Landestagung der Jungen Union am 12./13. Juli 1986). Vor der JU erklärte Späth, das Land werde kulturelle Einrichtungen fördern, unabhängig davon, ob sie „CDU-freundlich" sind oder nicht. Der neue (und alte) Landesvorsitzende der Jungen Union Baden-Württemberg hatte kürzlich eine Unterscheidung zwischen „förderungswürdigen" und „förderungsunwürdigen" soziokulturellen Zentren gemacht. Förderungswürdig sei, so meinte er, z.B. das Theaterhaus in Stuttgart, weil es „Kultur", förderungsunwürdig hingegen der Club Voltaire, weil er „linke Politik" betreibe. Einen Brief der LAKS Baden-Württemberg vom 11.3.86, in dem er zur Rücknahme seiner willkürlichen und kulturpolitisch fragwürdigen Unterscheidung aufgefordert wurde, ließ Oettinger bisher unbeantwortet.

Das Kulturzentrum „die Schreinerei" in Schweinfurt rechnet für 1987 mit einer Erhöhung des bisherigen Zuschusses von 9.000 DM (für 1986) auf mindestens 120.000 DM. Das ist das Ergebnis einer öffentlichen Diskussion mit Oberbürgermeister Petzold (SPD) am 24.6. und verschiedenen nichtöffentlichen Beratungen. Gefordert hatten die Kulturzentrumsarbeiter bei Gesamtausgaben von (geplant) 297.750 DM einen Zuschuß von 173. 350 DM (=58,2 %) OB Petzold sprach auch von seiner Absicht, die Einrichtung auf Dauer abzusichern, d.h. ihr nach dem in Kürze bevorstehenden Abriß zu einem neuen Gebäude zu verhelfen. Eine politische Opposition, die eine Unterstützung blockieren würde, fürchtet er nicht, da im Schweinfurter Gemeinderat die SPD die absolute Mehrheit hat. (Intern wurden die Mitarbeiter der Schreinerei allerdings vor einer zu großen Nähe zu den GRÜNEN gewarnt!).

Die in greifbare Nähe gerückte Erhöhung der laufenden Zuschußmittel für den „Goldenen Anker" in Pforzheim scheiterte Anfang Juli bei der Abstimmung im Pforzheimer Gemeinderat am Fehlen von vier SPD Stadträten. Mit 23 Stimmen von CDU (22, 1 Enth.) und FDP/FWV (1) wurde die Erhöhung des Zuschusses gegen 22 Stimmen von SPD (12) FDP/FWV (6) und GRÜNEN (4) abgelehnt. Eine Erhöhung des Zuschusses von 22.000 DM (1986) auf 72.000 DM war für sicher gehalten worden, nachdem sowohl der Jugendwohlfahrts- und Sozialausschuß wie der Hauptausschuß die Erhöhung (allerdings gegen die Stimmen der CDU) befürwortet hatte.

Der „Goldene Anker" hat zu einer Solidaritätskampagne für seine Arbeit aufgerufen und fordert alle befreundeten Einrichtungen auf, gegen die Zufallsentscheidung des Pforzheimer Stadtrates mit Protestbriefen zu antworten.
Kontakt: Goldener Anker, Felsenstr. 2, 7530 Pforzheim-Dillweißenstein, Telefon (07321) 7 44 33.

Dem Club Voltaire Tübingen wurde dieses Jahr der seit 1983 vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst in Stuttgart regelmäßig gewährte Zuschuß von 8.000 DM beim Tübinger Festival (Thema dieses Jahr: „Heimat und internationale Solidarität") gestrichen. Begründet wurde die Mittelstreichung mit dem Hinweis auf die noch nicht abgeschlossene „Diskusssion" in der CDU-Landtagsfraktion, bei der der Club Voltaire als eine ‚kommunistische Kampfgemeinschaft" gilt, die die „kommunistische Revolution" herbeiführen will (zitiert aus der Denkschrift von Dr. Scheuer MdL, CDU aus Weinheim). Auch die Interventionen von Waltraud Ulshöfer (MdL, GRÜNE) und Elisabeth Nill (MdL, SPD) führten im Ministerium zu keinem Sinneswandel.

Gegen eine Förderung von Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren hat sich auch Christof Stählin, Liedermacher und Stadtrat der (konservativen) Freien Liste in Tübingen gewandt. Im Szene-Magazin Ketchup 7/8-1986 bezeichnete er soziokulturelle Zentren als einen „Atavismus aus den 60er Jahren" und die Forderung nach öffentlichen Subventionen als eine „schlichte schwäbische, geizige Unverschämtheit". Im gleichen Interview gab Stählin an, daß er zu 50% von Konzertgagen lebt. (Anmerkung: Soziokulturelle Zentren, in denen Stählin demnächst auftritt, sollten ihn einmal fragen, ob er seine eigene Gagenforderung auch als „schwäbische Unverschämtheit" angesehn wissen will!).

Im August 1986 führte die LAKS Hessen ein Wochenendseminar durch, bei dem die Aufstellung eines Förderprogramms für Soziokultur in Hessen beraten wurde. Bei Redaktionsschluß waren Ergebnisse des in Herbstein/Vogelsberg stattfindenden Seminars noch nicht bekannt.

CONTRASTE wird darüber berichten. Außerdem ist für den Oktober '86 eine Selbstdarstellungsbroschüre der LAKS Hessen mit kulturpolitischen Forderungen und „Steckbriefen" der Kulturzentren geplant.
Kontakt:
LAKS Hessen
c/o Kfz Marburg
Henner Koch/Ibna Kroll
Schulstr. 6
3550 Marburg
Tel. (06421) 1 38 98

Der Club Voltaire hat einen Fragebogen für Festivalveranstalter ausgearbeitet, mit dem er eine Untersuchung der Festivalbewegung in der Bundesrepublik durchführen will. Ziel der Untersuchung ist es, die künstlerische Bedeutung, die ökonomische Situation und die Besucherresonanz der vielen Open-Air- und Zeltfestivals, Kulturwochen und ähnlichen kulturellen Großveranstaltungen zu ermitteln, die in vielen Städten und Gemeinden heute zu den bedeutensten Kulturereignissen am Ort zählen. Es besteht die Absicht, die Ergebnisse der Untersuchung in allen erreichbaren Medien zu veröffentlichen.

Die Fragebögen sind beim Club Voltaire anzufordern und spätestens bis 15.9.1986 wieder ausgefüllt zurückzuschicken.

Am 27./28. September findet in Tübingen zur Auswertung der Fragebogenaktion eine zentrale Tagung von Festivalveranstaltern statt, bei der ein Erfahrungsaustausch durchgeführt und Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Festivals besprochen werden sollen. Auch sollen Fragen der inhaltlichen Konzeption und der Zielsetzung der Festivals erörtert und der Versuch einer Reihe „großer" Festivals diskutiert werden, dieses gemeinsam den Kampf gegen die Apartheid in Südafrika zum Schwerpunkt ihrer Festivals zu machen.

Die Festivalveranstaltertagung steht unter dem Thema „Festivals als Orte der Solidarität?". Kontakt: Club Voltaire, Haaggasse 26b, 7400 Tübingen.

Das Kulturzentrum Schlachthof in Kassel veranstaltet vom 3. bis 5. Oktober 1986 einen Kongreß für Mitarbeiter aus soziokulturellen Zentren, bei dem die Themen „Ausländerinnen und Ausländer in der BRD", „Soziokulturelle Bewegung und gewerkschaftliche Kulturarbeit" und „Freie Theatergruppen und Staatstheater" behandelt werden. Als Referenten sind angesagt Ursula Apitsch, Peter Alheit und Stefan Becker.
Kontakt. Kulturzentrum Schlachthof, Mombacher Str. 12, 3500 Kassel, Tel. (0561) 89 99 83

Das IX. Plenum des Deutschen Kulturrats findet am 9./10. Oktober 1986 in Stuttgart statt und wird gemeinsam vom Landesmusikrat Baden-Württemberg und der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren organisiert. Im Mittelpunkt steht ein politischer Diskurs zum Thema „High Tech – High Culture?", an dem hochrangige Politiker (u.a. Ministerpräsident Lothar Späth) und Mitarbeiter von Kulturzentren teilnehmen. Die verschiedenen Veranstaltungen des Plenums finden in der Staatsgalerie und der Bach-Akademie, aber auch im Theaterhaus Stuttgart-Wangen statt. Ein Bestandteil des Treffens sind auch Gespräche zwischen dem Deutschen Kulturrat und dem Landtagsausschuß für Wissenschaft und Kunst sowie dem ständigen Ausschuß (zuständig für die Mediengesetzgebung). Für die Bundesvereinigung soziokultureller Zentren ist Gerhard Baral (Goldener Anker, Pforzheim) bei den Vorbereitungen zuständig.

Bei der ersten Sitzung des Bundesvorstandes soziokultureller Zentren nach der Kieler Mitgliederversammlung Ende Mai 86 wurde im Juni in Wehrda/Haunetal beschlossen, die Stuttgarter Geschäftsstelle aufzugeben und stattdessen in Tübingen eine neue Geschäftsstelle einzurichten, die sich schwerpunktmäßig mit dem Aufbau und der Koordination der Tätigkeiten der Landesarbeitsgemeinschaften befaßt. Verantwortlich für diese Tätigkeit wird Eckard Holler, der mit diesem Aufgabenbereich in Kiel in den Bundesvorstand gewählt wurde.
Kontakt: Bundesvereinigung soziokulturelle Zentren, Geschäftsstelle Tübingen, c/o Club Voltaire, Haaggasse 26b, 7400 Tübingen.

Frauenadressbuch Ruhrgebiet! Bitte schickt Adresse etc. an: Frauen, Arbeit und Zukunft e.V. Postfach 278, 4600 Dortmund, Tel. 0231/83 60 54. Nur Projekte etc. von Frauen!

Kleinanzeigen / Stellenanzeigen

Junger Landschaftsbaubetrieb, um ökologische Gesichtspunkte bemüht, sucht einen Meister dieses Faches und Fachleute im Bereich alternativer Energien.
Tel. (07335) 22 94 o. 68 89

Suchen **Bäckermeisterin/Gesellin** zur Gründung eines Frauenvollkornkollektivs im schönen Wuppertale. Lembas, Tel. (0202) 52 73 67

Benötige halbe Stelle im Anerkennungsjahr als Sozialpädagogin ab Sommer oder Herbst '87, möglichst im Großraum Köln/Bonn/Düsseldorf/Aachen. Welche Einrichtung sucht für den genannten Zeitraum (oder auch ein wenig früher oder später) jemanden? Bin für jede Anwort dankbar. Karin Anders, Münchener Str. 29, 5 Köln 91, Tel. (0221) 87 16 40

Dipl. Ing. (FH) Maschinenbau Studienrichtung Regelungstechnik sucht Arbeit im selbstverwalteten Betrieb. Muß nicht unbedingt meiner Studienrichtung entsprechen. Ich heiße Martin und bin 28 Jahre alt.
Martin Kröhn, Wester Str. 122, 2800 Bremen 1
Tel. (0421) 50 29 76

Ich suche sinvolle kaufmännische Tätigkeit in selbstverwalteten Betrieb/Projekt.
Ich bin: Andreas, 27 J., Betriebswirt (FH), Bürokaufm., akt. Netzwerker. Andreas Diederich, Hofangerstr. 10, 8 München 83

Wer kennt und lebt in generationsübergreifender Lebens- bzw. Hausgemeinschaft (mit Erwerbscharakter?). Suche Alternative zur Arbeit mit alten Menschen außerhalb von Heim und Hauskrankenpflege! Ich hab's satt den vorgegebenen Rahmen zu akzeptieren! Tips, Erfahrungen... – ich bin für alles dankbar!
Volker Holtermann, Schwedenstr. 17, 1000 Berlin 65, Tel. (030) 492 65 28

Videoproduktion im Rhein-Main-Gebiet. Wer macht bei GbR mit? Tel. (06151) 42 33 75 od. 71 92 65, Christian

Malermeister für bestehenden Kollektivbetrieb in Selbstverwaltung, aus dem Raum Dillingen/Saarlouis gesucht.
– ökologische Oberflächenbehandlung
– Verarbeitung von Auro-Naturfarben.
Näheres: Rundum-Service GmbH Tel. (06831) 7 29 31

Dies ist keine **Stellenanzeige**, aber sowas ähnliches:
Gesucht wird für ein größeres anarchistisches Projekt ein(e)

Fotosetzer(in)
Einarbeitung möglich!!!
Voraussetzungen:
- Gute Schreibmaschinenkenntnisse
- Gefühl für grafische Gestaltung
- Ernsthaftes Interesse an kollektiver Projektarbeit

Merke: *Wir haben keinen ›Job‹ zu vergeben – wir suchen jemanden, der (die) voll mit uns in eine Perspektive einsteigen will, die Arbeit, Leben und Politik umfaßt.*
Interesse? Meldet Euch

LetraSatz
Turmstraße 2
6330 Wetzlar

Alternative Kommunalpolitik. Informationsdienst
Alternative Kommunalpolitik. Fachzeitschrift für Grüne und Alternative Politik. 6mal im Jahr. 68 Seiten. Einzelpreis DM 7,- (zzgl. Versand). Jahres-Abo DM 42,- (incl. Versand).

...und noch was: Das aktuelle AKP-Heft zum Kennenlernen versenden wir postwendend, wenn uns DM 7,- in Briefmarken zugehen.

Redaktion/ Vertrieb: Alternative Kommunalpolitik Herforder Str. 92 4800 Bielefeld 1 (0521/17 75 17)

Zentrales Zusammenkommen steht an

Food Coops

Red. Frankfurt Seit ungefähr 12 Jahren bestehen Food Coops. Inzwischen sind es 150 bis 250 Gruppen. In ihnen haben sich Verbraucher von Naturkost und umweltfreundlichen Haushaltsprodukten zusammengeschlossen.

Sie beziehen Waren direkt vom Bauern, Verarbeiter oder Großhandel. Sie legen ein Warenlager an und führen ähnlich wie die traditionellen Konsumgenossenschaften einen nichtöffentlichen Laden. Die Mitarbeit ist unbezahlt. Weniger institutionalisiert sind Einkaufsgemeinschaften – die Namensgebung ist uneinheitlich – die sich zum Zweck der Sammelbestellung zusammentun. Auf dem anderen Ende sind fester zusammengeschlossen – mit öffentlichem Laden, auch bezahlter Arbeit und rechtlich verankert – die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften.

Die EVGs tauschen sich überregional aus über ihre Tagungen in der Heimvolkshochschule in Bielefeld. Vernetzt sind Food Coops mit ihrer schwerpunktmäßig anderen Zielsetzung bestenfalls nur regional. Gründe, einen überregionalen Austausch und Zusammenschluß einzurichten, gibt es jedoch genug

1. Gruppenintern
Wie läßt sich die Aufgabe weiterentwickeln, daß die Arbeit der Mitglieder selbstorganisiert geschehen soll, aber immer wieder Arbeit liegen bleibt, weil sich die verantwortlichen Mitglieder überlastet fühlen? Besser eingelöste Ansprüche und gleichere Arbeitsverteilung in den Gruppen durch Austausch der verschiedenen Food Coops untereinander stärkt intern die Gruppen und extern die Bewegung.

2. Verbraucherpolitik nach Tschernobyl
Die Nahrung und die Böden sind zusätzlich mit Radioaktivität belastet. Hier gilt es als aktive, von offizieller Seite unabhängig organisierte Verbraucher, Einfluß zu nehmen auf Verbraucher- und Energiepolitik. Auch gilt es Wege zu finden wie die Belastung der aufgenommenen Nahrung kontrolliert und niedrig gehalten werden kann. Hier ist eine Verbindung von zentralem (bundesweit) und dezentralem (regional vor Ort) Handeln sicherlich fördernd. Die Zusammenarbeit mit den Bio-Bauern und der gewerblichen Naturkostszene sollte ausgebaut werden.

3. Kooperation mit der gewerblichen Naturkostszene
Hier besteht trotz eigentlich immer proklamierter Interessengleichheit in der Zielsetzung nur teilweise Einheit. Die gewerbliche Naturkostszene ist ursprünglich mit dem politischen Ziel aufgebrochen, auch die Selbstorganisation der Verbraucher zu fördern. Food Coops und Einkaufsgemeinschaften werden daher oft solidarisch und gleichberechtigt auf dem gewerblichen Naturkostmarkt behandelt. Ein Angriff auf die Existenz dieser Gruppen bedeuten jedoch, bei gleichen Abnahmebedingungen, die 10 bis 15 %igen Preisaufschläge, die die Großhändler verlangen.

In anthropsophischen Kreisen werden Food Coops und Einkaufsgemeinschaften kritisiert, weil sie durch ihre Integration des Einzelhandels dem Gedanken der Dreigliederung (Produzent-Händler-Verbraucher) widersprechen würden.

Ist manche Kritik im Kern berechtigt, so ist dennoch nicht zu akzeptieren, daß als Reaktion Preisaufschläge gemacht werden, um die angebliche Mehrarbeit auszugleichen. Von der Naturkostgroßhandels - Seite wird hier auf Kosten der umsatzschwächeren, schlechter organisierten Food Coops wirtschaftliche Macht ausgenutzt – die politischen Ziele bleiben auf der Strecke. Manchmal entsteht der Eindruck, daß versucht wird, aus dem Markt herauszuholen, was er hergibt. Auf diesem Gebiet sind besonders überregional viele Gespräche und Auseinandersetzungen nachzuholen, ein Ausgleich von privatem und gewerblichen Handeln zu suchen. Dazu müssen die vereinzelten Food Coops zusammenkommen um eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Vertretung aufzubauen.

Konkret soll dies auf einem ersten Bundeskongreß der Lebensmittelkooperativen im November 1986 angegangen werden. Er wird von einer Arbeitsgruppe der Berliner Food Coops vorbereitet.

Auf dem Kongreß sollten außerdem behandelt werden: Standortbestimmung der Food Coop-Bewegung – was besteht an Zielen über das gesunde, billige Essen hinaus? Gründung einer Vorbereitungsgruppe für einen zweiten öffentlichen Kongreß unter Einbeziehung der gewerblichen Naturkostszene und der offiziellen Verbrauchervertretungen. Herausgabe eines überregionalen Food Coop Rundbriefes.

Die Berliner Kongreß AG sucht noch nach Adressen von Food Coops, die eingeladen werden sollen, nach Referenten und Mitarbeiter/inne/n für den Kongreß, Anregung und Kritik zu den vorgeschlagenen Themen und dem Konzept und zu guter Letzt ein Tagungshaus im Großraum Frankfurt mit Vollwertkostküche für ca 60 Personen.

Wenn Zeit und Ort feststehen, wird noch einmal besonders eingeladen!
Kontakt:
Food Coop Kongreß AG
c/o Thomas Albrecht
Graefestr. 19
1000 Berlin 61

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). **Private Stellengesuche** sind kostenlos! **Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen,** jede weitere 5 DM. **Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht** mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. **Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb.** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin: jeweils zum **15. des Monates. Chiffreanzeigen** kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name .....

Straße/PLZ/Ort .....

Telefon. . . . . .Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1

Ist CONTRASTE immer pünktlich?

Wir wollen unsere Abo-Vertriebswege überprüfen.
Wenn CONTRASTE nicht pünktlich ist, laßt es uns wissen.
Wir gehen Eurer Beschwerde nach, und werden für eine regelmäßige Belieferung sorgen.
Schickt Eure Beschwerde an:
STATTwerke e.V., Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36

Abo-Nr. (lt. Adressaufkleber)

Name .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

Tel.: .....

CONTRASTE kam in folgenden Monaten unpünktlich:

.....

CONTRASTE kam in folgenden Monaten garnicht:

.....

Andere Unregelmäßigkeiten: .....

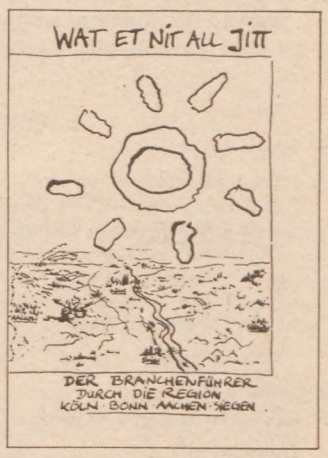
.....

.....

.....

WAT ET NIT ALL JITT

steht von
A *wie Abfall oder Astrologie*
bis
Z *wie Zeitschriften oder Zauberei*
im Branchenführer der selbstverwalteten und/oder ökologisch produzierenden Betriebe der Region
KÖLN / BONN / AACHEN / SIEGEN.



WAT ET NIT ALL JITT
für sechs Mark
in allen Buchläden, Kneipen, Cafés und Läden, die auf dem Laufenden sind und wissen

WAT ET NIT ALL JITT
beim Kölner Volksblatt Verlag
Postfach 250 405
5000 Köln 1

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Tagungen...Seminare...Treffen

Sozialpädagogisches Bildungswerk

Tai Ji Quan (Einführung)
12. bis 14. September 1986
Gebühr: 65 DM
Frauen und neue Technologien
19. bis 21. September 1986
Gebühr: 45 DM
Portrait und Selbstportrait
(in der Fotografie)
22. bis 26. September 1986
Gebühr: 140 DM (incl. Material)
Experimentelles Bewegungstheater. Meditation-Körperarbeit-Massage
26. bis 28. September 1986
Gebühr: 85 DM
Bigbandworkshop
Für Fortgeschrittene und Amateure
6. bis 10. Oktober 1986
Gebühr: 250 DM

Alle Seminare finden im Haus Einschlingen in Bielefeld-Quelle statt. Unterkunft und Verpflegung sind in der Gebühr enthalten

Anmeldung und Information:
Sozialpädagogisches Bildungswerk
Schlingenstr. 65
4800 Bielefeld 14
Tel. (0521) 45 18 11

Das Fest, ein bißchen Abseits des großen Kommerz, mit dem etwas mehr alternativen Beigeschmack, wie bei den frühen „Umsonst & Draußen-Festivals".

Das Programm – bunt gemischt und reichlich garniert – wird von allen beteiligten Gruppen finanziell mitgetragen.

Die Stadt Schlüsselfeld, an der Bundesautobahn Nürnberg-Würzburg recht zentral im nordbayrischen Raum gelegen, stellt ihr altes Schwimmbad zur Verfügung, um dieses unmögliche Fest zu ermöglichen.

Die Gruppen: Panda re, The Capers (Austria), Mathom-Theater, Sas pe haj nas pe Puppenbühne Pfefferkorn, Klaus Kreuzeder & Surprise, Limbus funkt, The Blech, Flavor, Thomas Koppelberg (Theater Freudenhaus Essen), Pommes & frites, UFA-Kinderzirkus, Pramashivam, Harem, Locko Richter Agreement, Embryo & Yoruba Dun-Dun Orchester.
Programm und Vorverkauf:
Coo. – M.A.X.
Neutorstr. 26 (Rgb.)
8720 Schweinfurt
Tel. (09721) 18 56 13

Schreinertreffen

Das 6. überregionale Schreinertreffen findet vom 3. bis 5.10.86 in Oberursel-Weißkirchen statt.
Anmeldungen (bis 20. Sept.) an:
Elephant-Holzwerkstatt GmbH
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 61 44
Programm und Wegbeschreibung werden zugeschickt

HEIMVOLKS-HOCHSCHULE
ALTE MOLKEREI FRILLE

Frauenleben heute
Erwerblosigkeit von Frauen, Gentechnologie, Technologiewahnsinn. Was müssen Frauen dagegen tun?
vom 3. bis 5. Oktober 1986
Arbeitsplätze selber schaffen
Ein Seminar für Leute, die ein Projekt planen und Wissen über Finanzierung, Rechtsformen, Kooperationsstrukturen usw. brauchen.
vom 10. bis 12. Oktober 1986
Berufsausbildung ja-bitte, aber mit Arbeitsplatzzukunft!
Teil II, für Mitarbeiter/innen aus Aus- und Weiterbildungsprojekten.
Anmeldung und Information:
HVHS Frille
Freithof 16
4953 Petershagen
Tel. (05702) 97 71

Jugendhof Bessunger Forst

Der Jugendhof Bessunger Forst hat sein Kursprogramm für das 2. Halbjahr 1986 herausgegeben.

Es enthält eine Kursreihe mit dem Schwerpunkt **Einsatz von Personalcomputern in Initiativen, Vereinen, und sozialen Einrichtungen** *mit folgenden drei Wo*chenendkursen:
19. bis 20.11. Verwaltungsvereinfachung mit PCs
5. bis 7.12. Hilfen bei der Geschäftsführung mit PCs
19. bis 21.12. Wissenschaftliches Arbeiten mit PCs
Weiterhin findet im Oktober ein **Bildungsurlaub für Frauen** statt mit dem Thema Frauen im öffentlichen Leben.
Aus Anlaß des **20-jährigen Bestehens** des Jugendhofes findet am Samstag den 6.9. ein Tagesseminar unter dem Titel: Vom bündischen Jungenleben bis zur emanzipatorischen Bildung statt.
Am Sonntag den 7.9. findet von 10 bis 22 Uhr ein **Tag der offenen Tür** mit Bands, Theater, Kinderprogramm und Informationen statt. Dazu gibts natürlich auch zu Essen und zu Trinken.
Programm anfordern bei:
Jugendhof Bessunger Forst
6101 Roßdorf 1

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Sozialarbeit?
Läßt sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auch in der Sozialarbeit feststellen? Und wenn ja wie sieht sie aus? Wie wird sie hergestellt? Wie von Frauen erlebt? Soll man/frau sie abbauen oder selbstbewußt vertreten und stärken?
vom 10. bis 12. Oktober 1986
Anmeldung und Information:
Burckhardthaus
Herzbachweg 2
6460 Gelnhausen

Öko bildungswerke

Rund um den ökologischen Alltag
vom 22. bis 26. September 1986
Anmeldung und Information:
Ökobildungswerke
Herwarthstr. 22
5000 Köln 1
Für DM –,80 in Briefmarken gibt es das Gesamtprogramm mit Kursen, Workshops, Wochenenden zu den Bereichen Ökologie, Atom. Geschichte, 3. Welt, Sprachen, Körperarbeit und Kreativität

dialog BILDUNGSWERK

Bildungsurlaub

Wohin fährt die Automobilindustrie?
vom 8. bis 12. September 1986
Schloß Gnadenthal, Kleve
Anmeldung:
Forum Eltern und Schule
Postfach 12 04 06
4600 Dortmund 12

Der junge Marx
vom 29.9. bis 3.10.1986
Bildungsstätte Vreden bei Ahaus
Anmeldung:
Bildungswerk der Humanistischen Union Nordrhein-Westfalen
Kronprinzenstr. 15
4300 Essen 1

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kultur

Freie Kultur zwischen Aufbruch und Anpassung. Wochenendseminar im Goldenen Anker Pforzheim, Tel. (07231) 7 44 33. Vom 10. bis 12. Oktober 1986 Wo steht die freie Kulturarbeit auf dem Weg zwischen Aufbruch und Anpassung?

Die grundsätzliche Frage nach dem Standort freier Kultur soll zuerst anhand von Modellen aus der kulturellen Praxis beleuchtet werden (Darstellung der Modelle der Roten Fabrik /Zürich und des Pavillon', Hannover). Die These von der Erneuerung der 'Kultur' von unten, in der Kommune, eröffnet Perspektiven für die Kulturarbeit der 90er Jahre, welche „von Solidarität geprägt sein wird, oder nicht stattfindet' (Siegfried Hummel, Kulturdezernent der Stadt Osnabrück).

Ausgehend von der Kulturszene Frankfurts weist Dr. Dieter Kramer (Wiss. Mitarb., Kulturamt Frankfurt) auf das Eingebundensein von Kultur, eine gesellschaftliche Funktion freier Kultur, hin.

Die Problematisierung und gleichzeitige Suche nach dem Standort der Alternativen soll Rückschlüsse auf die freien Träger innerhalb der gemeinsamen politischen Kultur geben.

Die noch relativ unbekannte Seite 'Freier Kultur' als Wirtschaftsfaktor rundet den themenbezogenen Block ab (Dr. Frank, Zentrum für Kulturforschung/Bonn).

Bundeskongreß der Bundesvereinigung *soziokultureller Zentren* anläßlich des 10jährigen Bestehens des „Schlachthof e.V" Kassel. Vom 3. bis 5. Oktober 1986 im Kulturzentrum „Schlachthof", Kassel, Mombachstr. 12, Telefon (0561) 89 99 83

Bundesweites Festivalveranstaltertreffen in Tübingen. Ort. Club Voltaire, Haaggasse 26b, 7400 Tübingen, Tel. (07071) 5 15 24
Termin: 27./28.9.1986
Thema. **Festivals als Orte der politischen Solidarität?**

„Kultur und Poltik" bei Jose Carlos und Antonio Gramsci"
vom 2. bis 5. Oktober 1986
Information:
Kulturfestival e.V.
Jarrestr. 20
2000 Hamburg 60

Frauennetzwerk

Frauenprojekte
– Frauenmacht – Frauenland
Vom 24. bis 26. 10.1986 veranstaltet das Frauennetzwerk zur Arbeitssituation einen bundesweiten Kongreß zur autonomen Frauenpolitik, selbstbestimmten Frauenarbeit und Ausweitung von Frauenräumen. Veranstaltungsort: Zeche Carl (a), Hömannstr. 10 in 4300 Essen-Altenessen.
Parallel zu dem Kongreß finden Infobörse, Kunsthandwerkerinnenmarkt und eine Postersession statt.
Samstag, 25.10. ab 20 Uhr Frauenfest mit dem Fantastischen Damenensemble. Eintritt: 7.– DM
Anmeldung (bis 15.10.) und Infos zum Kongreß bei:
Gisela Netzeband
Maybachstr. 1
4800 Bielefeld

AG SPAK

KRAK Kriminalpolitischer AK

Ambulante Maßnahmen im Jugendbereich – Mögliche Alternativen oder bloße Begleitmusik repressiver Kriminalpolitik?
vom 19. bis 21. September 86
Jugendburg Ludwigsburg
Anmeldung und Information:
Wolfram Michel
Gießener Str. 1
6339 Wilsbach

Behindertenbereich

Auflösung der Heime – aber wie?
vom 26. bis 29. September 86
in Walberberg bei Bonn
Anmeldung und Information:
AG SPAK, Bundesgeschäftsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Selbstverw. Jugendzentren

Jugendzentren und kommunale Jugendpolitik
– Selbstorganisierte Jugendarbeit zwischen Jugendfürsorge und städtischem Freizeitheim –
Selbstverwaltete Jugendzentren sind in den letzten Jahren in die Defensive geraten. In städtischen Bereichen haben sie sich teilweise zu Angeboten der offenen Jugendfürsorge für gefährdete Jugendliche entwickelt mit Anforderungen, denen die ehrenamtlichen Jugendlichen nicht gerecht werden konnten und wollten, teilweise sind sie Jugendfreizeitheime geworden, die, weitgehend hauptamtlich geführt, Freizeitangebote realisieren.

Im ländlichen Bereich sind selbstorganisierte Jugendclubs noch häufig vertreten, geraten aber zunehmend in eine Abhängigkeit von der öffentlichen Hand, auf die sie angewiesen sind.
Diese Fachtagung wird sich mit der Zukunft selbstorganisierter Jugendzentrumsarbeit befassen.
vom 26. bis 28. September 86
im Haus Buchwald, 6697 Nohfelden
Anmeldung und Information:
Tiedeke Heilmann
3111 Suhlendorf

19. Landestreffen BaWü
vom 3. bis 5. Oktober 1986
Anmeldung und Information:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

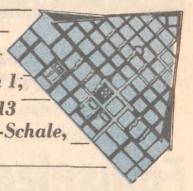
Koordinierungsstelle für Wohngemeinschaften

Herbstferienseminar – Theaterworkshop
vom 3. bis 17. Oktober 1986
Jugendhof Bessunger Forst
Anmeldung und Information:
KOST
Postfach 15 05 48
2800 Bremen 15

Übergreifende Tagungen

Seminar zur Erwachsenenalphabetisierung
5. bis 7. September 1986
Bahnhof Göhrde
Anmeldung und Information:
HEB
Fruchtallee 7
2000 Hamburg 20

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.



Frauen und GEN/Reproduktionstechnologien
Fr., 5. bis So., 7.9.86
Kosten: 100 bis 200 DM

Selbsterfahrung mit Farben und Tönen
So., 7. bis Fr., 12.9.86
Kosten: 200 bis 300 DM

Beziehungsmuster: Mütter und Töchter
Fr., 12. bis So., 14. Sept. 1986
Kosten. 100 bis 200 DM

Finanzierungsmöglichkeiten von Frauenprojekten
Eine große Schwierigkeit für die Arbeit der meisten Frauenprojekte besteht in der finanziellen Absicherung. In der Regel steht diese auf wackligem Boden – geänderte politische Verhältnisse oder auch eine kleine Bedingung mehr können diesen Boden entziehen. Zudem bekommen nach wie vor (und wieder mehr) Initiativen von Frauen keinerlei kommunale oder sonstige staatliche Zuwendungen – oder wollen diese auch nicht.
Welche Finanzierungsmöglichkeiten es über die „Staatsknete" hinaus gibt und wie diese und andere erstritten werden (von Antragstellung bis zum Gespräch mit dem meist männlichen Gegenüber), wollen wir uns in diesem Seminar erarbeiten.
So., 14. bis Di., 16. Sept. 1986
Kosten: 100 bis 200 DM

Rhetorik – Über die Nützlichkeit des Sprechens
Di., 16. bis Fr., 19. Sept. 1986
Kosten 150 bis 250 DM

Lesbisch leben in der Weimarer Zeit und der NS-Zeit
Fr., 19. bis So., 21. Sept. 1986
Kosten 100 bis 200 DM

Einführung in den Computer – Funktion – Programmierung – Anwendung – Gefahren
Fr., 26. bis So., 28. Sept. 1986
Kosten: 100 bis 200 DM

Selbsterfahrung – „Frag den Abendwind, wo das Glück beginnt..."
So., 28.9. bis Fr., 3.10.1986
Kosten 200 bis 300 DM

Frauen im Bau- und Handwerksberufen schaffen sich ihren Arbeitsplatz
Für Frauen in Bauberufen ist es schwierig, einen bezahlten Arbeitsplatz in ihrem erlernten Beruf zu finden. Dieser Kurs will Frauen ansprechen, die sich überlegen, sich ihren Arbeitsplatz selbst zu schaffen – durch Gründung eines Betriebes zusammen mit anderen oder im Alleingang.
Die vorab zu klärenden Fragen und die Probleme und Chancen sollen in dem Kurs angesprochen werden. Durch die Vermittlung von Basis-Fachwissen sollen die Teilnehmerinnen die Möglichkeit erhalten, Ideen auf ihre Tragfähigkeit hin zu überprüfen und realistische Projektideen zu entwickeln. Insoweit werden Schwerpunkte des Kurses sein:
- Welche Gründungsschritte und -formalitäten sind notwendig?
- Standortwahl und Marketingfragen?
- Welche Rechtsformen eignen sich für welche Vorhaben?
- Woher kommt das Geld (private und öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten)?
- Steuer- und Versicherungsfragen

Neben der reinen Wissensvermittlung wird es aber auch umFragen gehen, wie
- Qualität von Arbeit – wie soll ein idealer Arbeitsplatz aussehen?
- Selbstverwaltung – Welche Voraussetzungen braucht sie? Welche Konseqenzen hat sie?

So., 21. bis Fr., 26. September 86
Kosten. 200 bis 300 DM

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 24.– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler / sonst DM 36.– (incl. Versand).
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . .Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . .BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorrauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an Kerstin Schmidt, ASH Krebsmühle, 6370 Oberursel, einsenden

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.